

Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele unter der Führung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen zusammengestellt wurde. Damit wurde dem Wunsch der Generalversammlung nach einer regelmäßigen Fortschrittsbewertung hinsichtlich der Ziele entsprochen. Die Gruppe besteht aus Vertretern der nachstehend aufgeführten internationalen Organisationen, zu deren Aufgaben die Erstellung einer oder mehrerer der statistischen Indikatorreihen gehört, die für die Überwachung des Umsetzungsstands der Ziele für geeignet befunden wurden. Weitere Beiträge stammten von Statistikern einzelner Länder sowie von externen sachverständigen Beratern.

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

WELTBANK

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS

KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN

ENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE FRAU

ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN

HOHER FLÜCHTLINGSKOMMISSAR DER VEREINTEN NATIONEN

PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN

BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

INTERNATIONALES HANDELSZENTRUM

INTERPARLAMENTARISCHE UNION

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

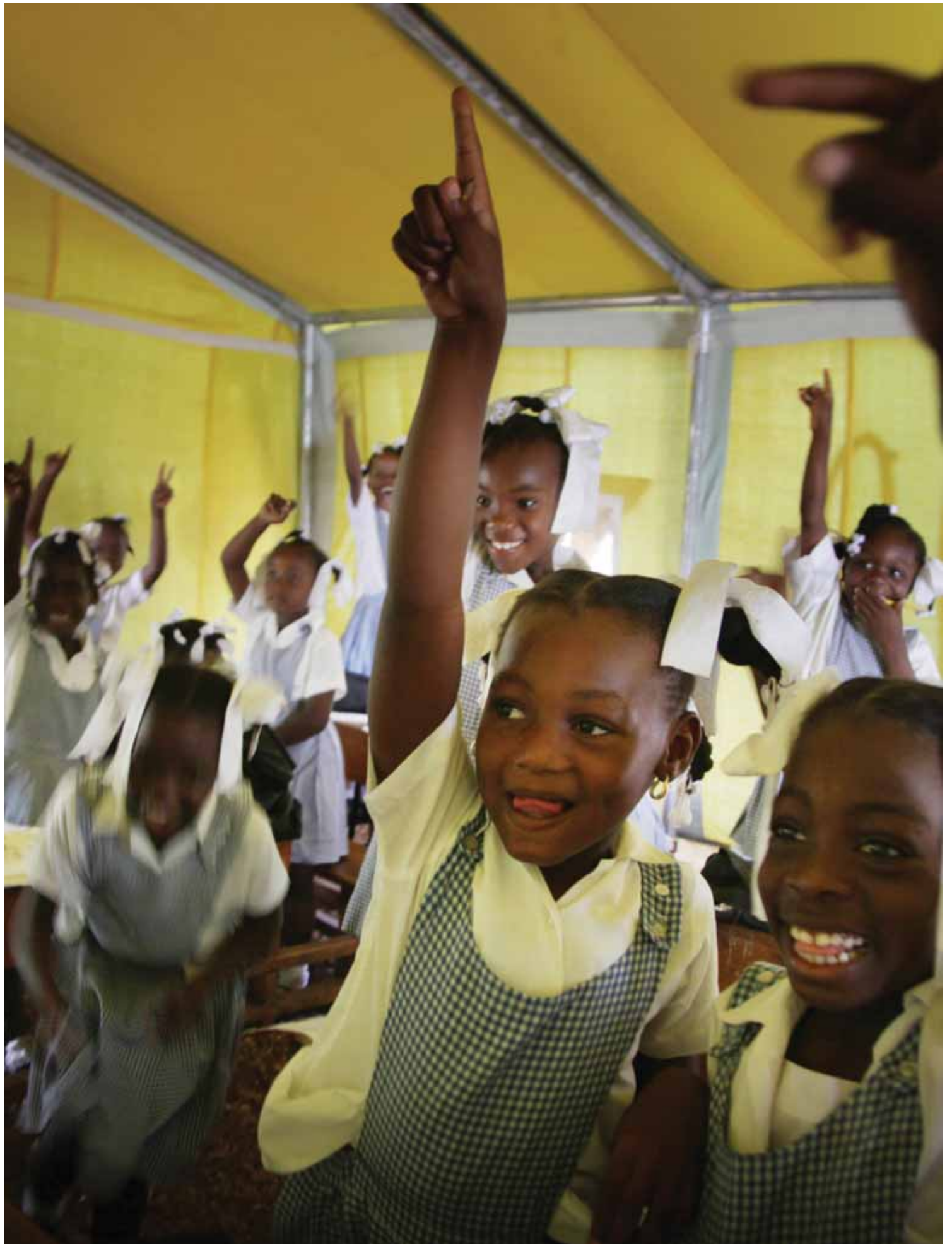
WELTHANDELSORGANISATION

Millenniums-Entwicklungsziele Bericht 2011



VEREINTE NATIONEN
NEW YORK, 2011

WIR KÖNNEN
DIE ARMUT BEENDEN
2015 MILLENNIUMS-
ENTWICKLUNGS-
ZIELE



Vorwort

Seit ihrer Verabschiedung haben die Millenniums-Entwicklungsziele ein stärkeres Bewusstsein gefördert und eine umfassende Vision geschaffen, die nach wie vor den übergreifenden Rahmen für die Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen bildet.

Auf dem Gipfeltreffen über die Millenniumsziele im September 2010 legten die Staats- und Regierungschefs der Welt einen ehrgeizigen Aktionsplan vor – einen Fahrplan, der vorgibt, was getan werden muss, um die Millenniumsziele innerhalb der vereinbarten Frist bis 2015 zu erreichen. Dies ist, wie die Informationen auf den folgenden Seiten zeigen, möglich, wenn konkrete Schritte unternommen werden.

Die Millenniumsziele haben schon jetzt dazu beigetragen, Millionen von Menschen aus der Armut zu befreien, Leben zu retten und zu gewährleisten, dass Kinder die Schule besuchen. Auf ihrer Grundlage gelang es, die Müttersterblichkeit zu senken, Frauen mehr Chancen einzuräumen, den Zugang zu sauberem Wasser zu verbessern und viele Menschen vor tödlichen und lähmenden Krankheiten zu bewahren. Gleichzeitig macht der Bericht deutlich, dass noch viel zu tun bleibt, um Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmtheit zu befähigen, die nachhaltige Entwicklung zu fördern und die Schwächsten vor den verheerenden Auswirkungen mehrfacher Krisen, seien es Konflikte, Naturkatastrophen oder stark schwankende Nahrungsmittel- und Energiepreise, zu schützen.

Fortschritte gehen zumeist an denjenigen vorbei, die auf der untersten Sprosse der wirtschaftlichen Leiter stehen oder anderweitig aufgrund ihres Geschlechts,

ihres Alters, einer Behinderung oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit benachteiligt sind. Auch die Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten ist ausgeprägt und schier unüberwindlich. Zur Erreichung der Ziele bedarf es eines ausgewogenen, alle einschließenden Wirtschaftswachstums, das jeden erreicht und es allen Menschen, insbesondere den Armen und Marginalisierten, ermöglicht, aus wirtschaftlichen Chancen Nutzen zu ziehen.

Wir müssen auch entschlossener dabei vorgehen, die Ökosysteme als Grundlagen des Wirtschaftswachstums und des Lebens auf der Erde zu schützen. Die im kommenden Jahr stattfindende Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung – Rio+20 – wird eine Gelegenheit bieten, die für die Erreichung der Millenniumsziele unerlässlichen Impulse in diese Richtung zu geben.

In den Jahren bis 2015 müssen wir dafür sorgen, dass die gegebenen Versprechen auch gehalten werden. Die Augen der Welt sind auf uns gerichtet. Allzu viele Menschen sind von Angst, Wut und Schmerz erfüllt. Sie fürchten um ihre Arbeitsplätze, ihre Familien und ihre Zukunft. Die Staatslenker der Welt müssen nicht nur ihre Anteilnahme, sondern auch ihren Mut und ihre Tatkraft unter Beweis stellen.



BAN KI-MOON
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Überblick

Leben wurden gerettet oder zum Besseren gewendet

Vor mehr als 10 Jahren setzten die Führer der Welt Ziele und Zielvorgaben, um die Menschheit von extremer Armut, Hunger, Analphabetentum und Krankheit zu befreien. Die Millenniums-Erklärung und der damit verbundene Rechenschaftsrahmen für die Millenniumsziele gaben den Anstoß für Entwicklungsmaßnahmen und trugen zur Festlegung globaler und nationaler Prioritäten und zur Fokussierung der Folgemaßnahmen bei. Auch wenn noch einiges zu tun bleibt, hat die Weltgemeinschaft Grund zur Freude, unter anderem aufgrund des anhaltenden Wirtschaftswachstums einiger Entwicklungsländer und der gezielten Interventionsmaßnahmen in kritischen Bereichen. Dank vermehrter Finanzmittel aus einer Vielzahl von Quellen konnten die Programme zur Bereitstellung von Leistungen und Ressourcen für die Bedürftigsten ausgebaut werden. Nachfolgend seien einige der Höhepunkte genannt:

- **In vielen Ländern und Regionen sinkt die Armut weiter**

Trotz der erheblichen Rückschläge nach dem Wirtschaftsabschwung 2008-2009, die durch die Nahrungsmittel- und Energiekrise noch verschärft wurden, ist die Welt weiter auf gutem Weg, das Armutsminderungsziel zu erreichen. Die globale Armutsquote wird nach heutiger Erwartung bis 2015 unter 15 Prozent und damit deutlich unter den Zielwert von 23 Prozent sinken. Dieser globale Trend ist jedoch hauptsächlich auf das rasche Wachstum in Ostasien, insbesondere China, zurückzuführen.

- **Einige der ärmsten Länder haben die größten Fortschritte im Bildungsbereich erzielt**

Burundi, Madagaskar, Ruanda, Samoa, São Tomé und Príncipe, Togo und die Vereinigte Republik Tansania haben das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung ganz oder beinahe erreicht. Beträchtliche Fortschritte vermeldeten auch Äthiopien, Benin, Bhutan, Burkina Faso, Guinea, Mali, Mosambik und Niger, wo die Netto-Bildungsbeteiligungsquote in den Grundschulen zwischen 1999 und 2009 um mehr als 25 Prozentpunkte anstieg. Mit einer Steigerung um 18 Prozentpunkte ist Afrika südlich der Sahara die Region, die in diesem Zeitraum die größten Verbesserungen verzeichnete.

- **Dank gezielter Interventionen konnte die Kindersterblichkeit gesenkt werden**

Die Zahl der Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren ging von 12,4 Millionen im Jahr 1990 auf 8,1 Millionen im Jahr 2009 zurück, das heißt, dass jeden Tag fast 12.000 Kinder weniger starben. Zwischen 2000 und 2008 führte eine höhere Durchimpfung im Zusammenspiel mit der Möglichkeit der Verabreichung einer zweiten Impfdosis zu einer Abnahme der weltweiten Sterbefälle durch Masern um 78 Prozent. Diese abgewendeten Sterbefälle machen ein Viertel des Rückgangs der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren für alle Ursachen zusammengenommen aus.

- **Durch höheren Mittelaufwand und stärkere Bekämpfung ging die Malariaersterblichkeit zurück**

Infolge unermüdlicher Bemühungen von Regierungen, internationalen Partnern, gemeindenahen Gesundheits Helfern und der Zivilgesellschaft wurde die weltweite Malariaersterblichkeit um 20 Prozent verringert, und zwar von fast 985.000 Fällen im Jahr 2000 auf 781.000 Fälle im Jahr 2009. Dies gelang dank kritischer Interventionen wie der Verteilung imprägnierter Moskitonetze, mit denen allein in Afrika südlich der Sahara 76 Prozent der gefährdeten Bevölkerung versorgt wurden. Der größte absolute Rückgang der Malariaersterblichkeit war in Afrika zu verzeichnen, wo 11 Länder die Zahl der Malariafälle und -toten um über 50 Prozent senkten.

- **Investitionen in die Verhütung und Behandlung von HIV zeitigen Ergebnisse**

Die HIV-Neuinfektionen gehen stetig zurück, vor allem in Afrika südlich der Sahara. 2009 infizierten sich schätzungsweise 2,6 Millionen Menschen neu mit HIV, 21 Prozent weniger als 1997, dem Jahr mit dem höchsten Wert. Dank aufgestockter Finanzmittel und der Ausweitung wichtiger Programme ist die Zahl der Menschen, die eine antiretrovirale HIV/Aids-Therapie erhalten, zwischen 2004 und 2009 um das 13-fache gestiegen. Ende 2009 wurden in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen 5,25 Millionen Menschen – über 1,2 Millionen mehr als im Dezember 2008 – auf diese Weise therapiert. Die Zahl der mit Aids verbundenen Sterbefälle ging daraufhin im selben Zeitraum um 19 Prozent zurück.

- **Wirksame Strategien zur Tuberkulosebekämpfung retten Millionen von Menschenleben**

Dank wirksamer internationaler Strategien für die Tuberkulosebehandlung wurden zwischen 1995 und 2009 insgesamt 41 Millionen Tuberkulosepatienten erfolgreich behandelt und nahezu 6 Millionen Menschenleben gerettet. Seit 1990 ist die Zahl der dieser Krankheit zugeschriebenen Sterbefälle um mehr als ein Drittel zurückgegangen.

- **In allen Regionen wurde der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser weiter verbessert**

Zwischen 1990 und 2008 erlangten etwa 1,1 Milliarden Menschen in städtischen und 723 Millionen in ländlichen Gebieten Zugang zu einer besseren Trinkwasserquelle. Den höchsten Zuwachs der Trinkwasser-Versorgungsdichte verzeichnete Ostasien – von 69 Prozent im Jahr 1990 auf 86 Prozent im Jahr 2008. In Afrika südlich der Sahara stieg die Zahl der Menschen, die eine bessere Trinkwasserquelle nutzen, im selben Zeitraum von 252 auf 492 Millionen und damit auf fast das Doppelte.

Trotz echter Fortschritte erreichen wir nicht die Gefährdeten

Viele Länder haben bewiesen, dass Fortschritte möglich sind, doch müssen stärkere Anstrengungen unternommen werden, die auch auf die am schwersten zu erreichenden Menschen

abzielen, nämlich die Ärmsten der Armen und diejenigen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder einer Behinderung benachteiligt sind. Das Fortschrittsgefälle zwischen städtischen und ländlichen Gebieten ist nach wie vor riesig.

- **Für die ärmsten Kinder hat sich die Ernährungslage am langsamsten verbessert**

2009 litten beinahe ein Viertel der Kinder in den Entwicklungsländern an Untergewicht, wobei die ärmsten Kinder am stärksten betroffen waren. In Südasien trugen die Knappheit an hochwertigen Nahrungsmitteln und eine suboptimale Ernährungspraxis in Verbindung mit unzureichender Sanitärversorgung zur weltweit höchsten Prävalenz von Untergewicht bei Kindern bei. In dieser Region hat sich zwischen 1995 und 2009 die Prävalenz von Untergewicht bei den Kindern aus den ärmsten Haushalten kaum verbessert, während sie bei den Kindern aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte um fast ein Drittel sank. Kinder in ländlichen Entwicklungsregionen sind doppelt so häufig untergewichtig wie ihre Altersgenossen in den Städten.

- **Die Chancen auf produktive Vollbeschäftigung sind für Frauen weiter besonders gering**

In mindestens der Hälfte aller Regionen sind Frauen beim Zugang zu bezahlter Arbeit weiter stark benachteiligt. Nach den massiven Arbeitsplatzverlusten im Zeitraum 2008-2009 profitierten Frauen insbesondere in den Entwicklungsländern weniger als Männer vom Beschäftigungswachstum während der wirtschaftlichen Erholung 2010. Frauen im verarbeitenden Gewerbe bekamen dies besonders stark zu spüren.

- **Arme Kinder, Mädchen und in Konfliktzonen lebende Kinder besuchen mit höherer Wahrscheinlichkeit keine Schule**

Die Netto-Bildungsbeteiligungsquote für Kinder in Grundschulen stieg zwischen 1999 und 2009 um nur 7 Prozentpunkte auf 89 Prozent. In jüngster Zeit hat sich das Fortschrittstempo sogar verlangsamt, was die Aussichten, das Millenniumsziel der allgemeinen Grundschulbildung bis 2015 zu erreichen, schmälert. Kinder aus den ärmsten Haushalten oder in ländlichen Gebieten sowie Mädchen gehen am wenigsten zur Schule. Weltweit leben von den Kindern im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, 42 Prozent – 28 Millionen – in armen, von Konflikten betroffenen Ländern.

- **Fortschritte in der Sanitärversorgung gehen oft an den Armen und an Landbewohnern vorbei**

Mehr als 2,6 Milliarden Menschen haben noch immer keinen Zugang zu Spültoiletten oder anderen verbesserten sanitären Einrichtungen. Selbst dort, wo sich Fortschritte eingestellt haben, blieben die Armen weitgehend davon ausgespart. Eine Trendanalyse des Zeitraums 1995-2008 für drei südasiatische Länder lässt erkennen, dass die verbesserte Sanitärversorgung überproportional den Wohlhabenderen zugutekam, während die Versorgungsdichte für die ärmsten 40 Prozent der Haushalte kaum stieg. Auch wenn sich die Lücke bei der Sanitärversorgung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten allmählich schließt, sind Landbewohner in einigen Regionen weiter erheblich benachteiligt.

- **Die Lebenssituation für eine wachsende Zahl armer Stadtbewohner zu verbessern ist nach wie vor eine gewaltige Herausforderung**

Die Fortschritte bei der Aufwertung von Slums konnten mit dem Wachstum informeller Siedlungen in den Entwicklungsländern insgesamt nicht Schritt halten. In den Entwicklungsregionen leben heute schätzungsweise 828 Millionen Stadtbewohner in Slums – 1990 waren es 657 Millionen, 2000 767 Millionen. Verstärkte Anstrengungen sind erforderlich, um die Lebenssituation der Armen in den Städten und Metropolen der Entwicklungsländer zu verbessern.

- **Der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser hat sich nicht gleichmäßig verbessert**

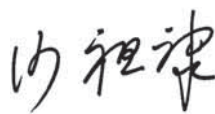
Die Versorgung ländlicher Gebiete liegt in allen Regionen hinter der städtischer Gebiete zurück. In Afrika südlich der Sahara ist der Grad der Versorgung mit einer besseren Trinkwasserquelle für Stadtbewohner 1,8 Mal höher als für Landbewohner.

Anhaltende Fortschritte setzen ein aktives Eintreten für Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Nachhaltigkeit voraus

Auf der Plenartagung 2010 der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele bekräftigten die Führer der Welt ihre Verpflichtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele und forderten intensivere kollektive Maßnahmen und die Ausweitung erfolgreicher Ansätze. Sie erkannten die Herausforderungen an, die von mehrfachen Krisen, wachsender Ungleichheit und hartnäckigen gewaltsamen Konflikten ausgehen.

In der Erkenntnis, dass die Erreichung der Millenniumsziele weitgehend von der Ermächtigung der Frauen abhängt, forderten sie, aktiv dafür zu sorgen, dass Frauen und Mädchen gleichen Zugang zu Bildung, Grundversorgungseinrichtungen, Gesundheitsversorgung, wirtschaftlichen Möglichkeiten und Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen haben. Die Führer der Welt betonten außerdem, dass beschleunigte Maßnahmen zur Erreichung der Ziele ein dauerhaftes, alle einschließendes und ausgewogenes Wirtschaftswachstum erfordern, das jeden befähigt, Nutzen aus Fortschritten zu ziehen und an wirtschaftlichen Chancen teilzuhaben.

Um bei der Verwirklichung der Millenniumsziele weiter und rascher voranzukommen, bedarf es schließlich auch einer erneuerten globalen Partnerschaft, der zügigen Erfüllung der bereits gegebenen Zusagen und eines reibungslosen Übergangs zu einer umweltverträglicheren Zukunft.



SHA ZUKANG

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

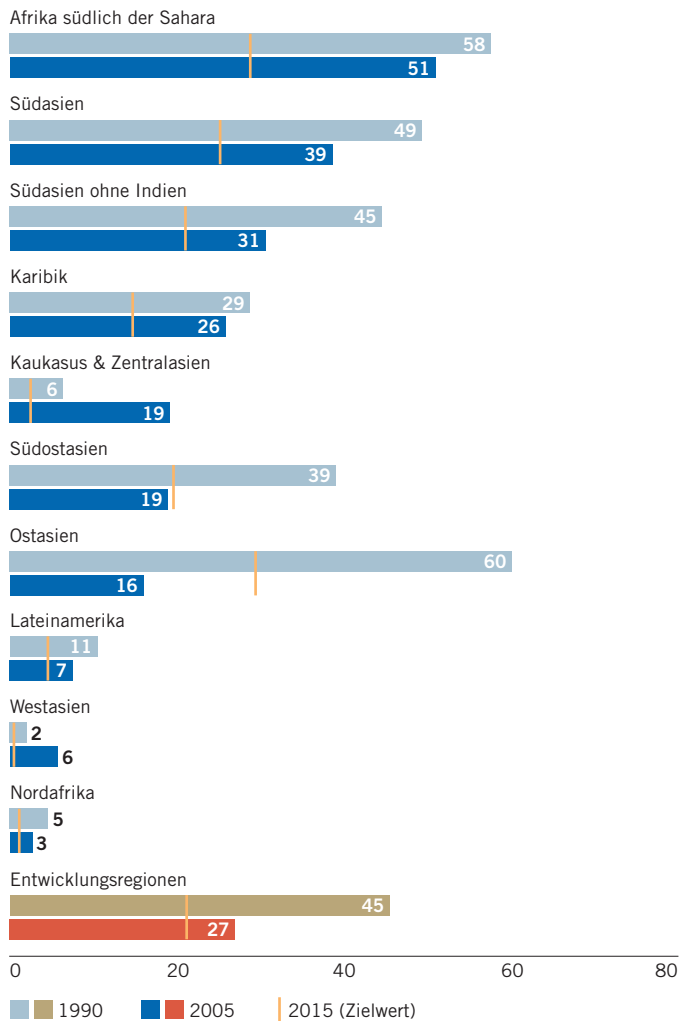


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Dank des anhaltenden Wachstums in den Entwicklungsländern, insbesondere in Asien, bleibt die Welt auf Armutsminderungskurs

Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – 1990 und 2005 (in Prozent)



Dank des robusten Wachstums in der ersten Hälfte der Dekade sank die Zahl der Menschen in den Entwicklungsländern, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, zwischen 1990 und 2005 von etwa 1,8 Milliarden auf 1,4 Milliarden. Gleichzeitig fiel die entsprechende Armutsquote von 46 auf 27 Prozent. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 in den fortgeschrittenen Ländern Nordamerikas und Europas begann, löste einen Rückgang der Rohstoffpreise und des Handels- und Investitionsvolumens aus und bremste so das weltweite Wachs-

tum. Dennoch ist das Wachstum in den Entwicklungsländern aktuellen Trends zufolge nach wie vor so dynamisch, dass das für die Erreichung des globalen Armutsminderungsziels erforderliche Fortschrittstempo beibehalten werden kann. Nach den letzten Weltbank-Prognosen wird die Armutsquote insgesamt bis 2015 wohl noch immer unter 15 Prozent fallen, was das Millenniumsziel erreichbar erscheinen lässt.

Die neuen Weltbank-Prognosen tragen mehreren Veränderungen Rechnung: Sie enthalten zusätzliche Daten aus mehr als 60 neuen Haushaltserhebungen, aktualisierte historische Daten zum Pro-Kopf-Verbrauch aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie eine neue Prognose für das Wachstum des Pro-Kopf-Verbrauchs. Somit erfassen sie bei den Ländern mit neuen Erhebungsdaten die Veränderungen in der Einkommensverteilung und gehen für die anderen Länder von einer unveränderten Ungleichheit aus. Zudem berücksichtigen sie einige Folgen der Weltwirtschaftskrise wie Preisschocks bei Nahrungsmitteln und Brennstoffen. Bis 2015 wird die Zahl der Menschen in den Entwicklungsländern, die mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, voraussichtlich auf unter 900 Millionen fallen.

Das rascheste Wachstum und der größte Armutsrückgang werden weiter in Ostasien, insbesondere in China, verzeichnet, wo die Armutsquote bis 2015 voraussichtlich auf unter 5 Prozent fallen wird. Großen Anteil an der Verringerung hat auch Indien, dessen Armutsquote zwischen 1990 und 2015 von 51 Prozent auf etwa 22 Prozent sinken dürfte. In China und Indien zusammen genommen sank die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen zwischen 1990 und 2005 um etwa 455 Millionen. Bis 2015 dürften es weitere 320 Millionen sein. Die Projektionen für Afrika südlich der Sahara fallen gegenüber früheren Schätzungen etwas optimistischer aus. Neueste Wirtschaftswachstumswahlen und Trendprognosen lassen hier einen Rückgang der Quote auf unter 36 Prozent erwarten.

Die Überwachung der Fortschritte bei der Armutsminderung wird durch das Fehlen hochwertiger, regelmäßiger Erhebungen, die verspätete Meldung von Erhebungsergebnissen und die unzureichende Dokumentation der nationalen Analysemethoden erschwert. Schwierig gestaltet sich auch der Zugang zu den Mikrodaten, die den Erhebungen zugrundeliegen und zur Berechnung der Armutsschätzungen erforderlich sind. Besonders problematisch sind diese Datenlücken nach wie vor im subsaharischen Afrika, wo die für Vergleiche aller Millenniumsziele notwendigen Daten für weniger als die Hälfte der Länder vorliegen. Die Länder, die zwischen 2007 und 2009 Daten erhoben, analysierten und verbreiteten, stellen lediglich 20 Prozent der Bevölkerung der Region.

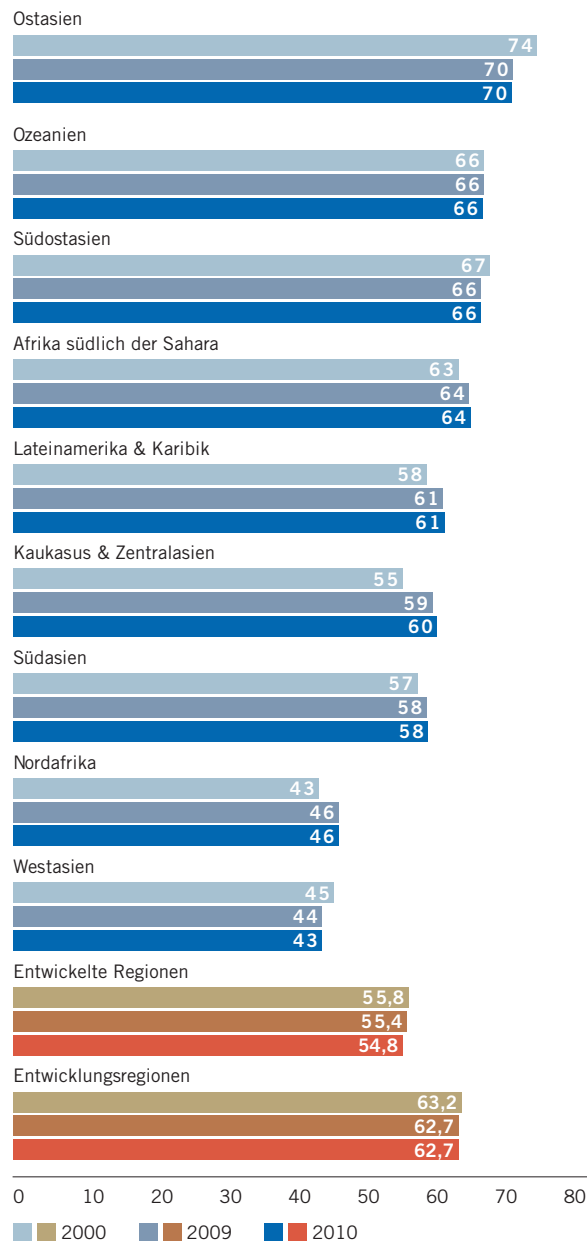


ZIELVORGABE

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Die wirtschaftliche Erholung hat nicht zu mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geführt

Verhältnis Beschäftigung – Bevölkerung 2000, 2009 und 2010 (vorläufige Schätzwerte)

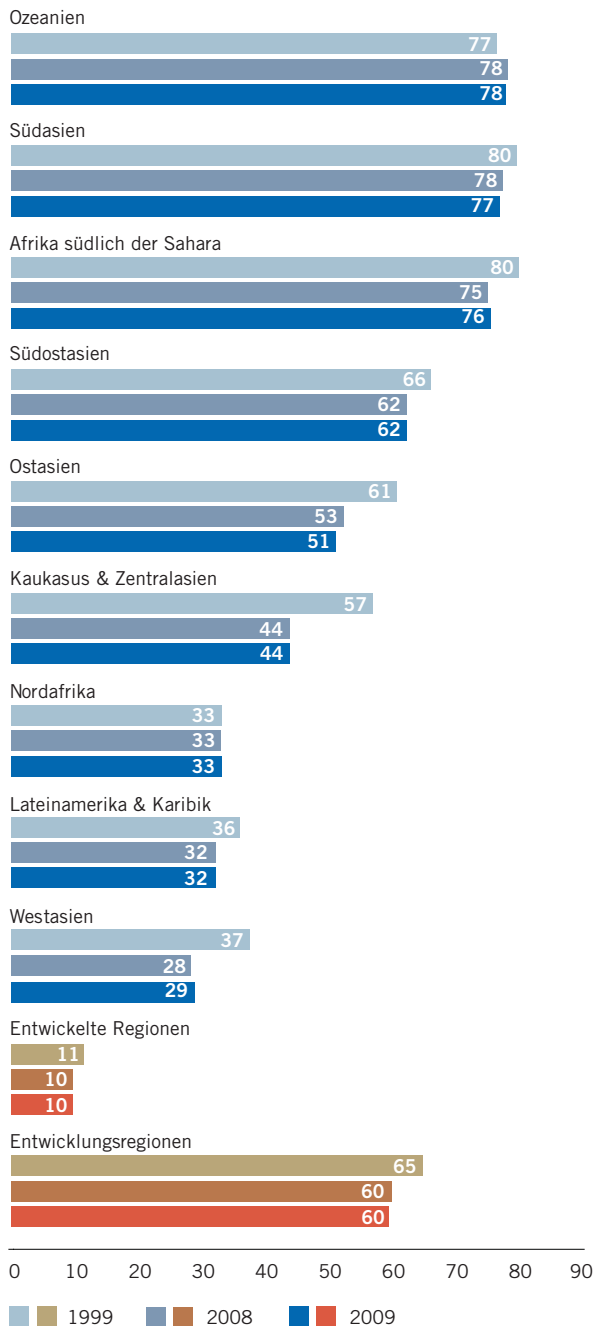


Drei Jahre sind vergangen, seit der rasanteste und steilste Rückgang der globalen Wirtschaftstätigkeit seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre einsetzte. Auch wenn sich das weltweite Wirtschaftswachstum mittlerweile erholt, verhält sich der globale Arbeitsmarkt in vielerlei Hinsicht so, wie dies inmitten der Krise zu erwarten war: unverändert hohe Arbeitslosigkeit und langsame Schaffung von Arbeitsplätzen in den entwickelten Ländern, gekoppelt mit einem weit verbreiteten Mangel an menschenwürdiger Arbeit selbst in den am schnellsten wachsenden Entwicklungsländern.

In den entwickelten Regionen sank das Verhältnis Beschäftigung – Bevölkerung von 56,8 Prozent im Jahr 2007 auf 55,4 Prozent im Jahr 2009 und fiel 2010 weiter auf 54,8 Prozent. Offensichtlich schaffen viele entwickelte Volkswirtschaften einfach nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten, um das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu absorbieren. Wiederum zeigt sich, dass die Erholung der Beschäftigung in dieser Region immer noch langsamer verläuft als die der Wirtschaft. Anders verhielt es sich in vielen Entwicklungsregionen, wo das Verhältnis Beschäftigung – Bevölkerung zwar anfangs zum Teil zurückging, die geschätzte Beschäftigungsquote für 2010 sich aber mit Ausnahme des Kaukasus, Zentralasiens und Ostasiens gegenüber 2007 kaum veränderte.

Die Wirtschaftskrise verhinderte den weiteren Abbau unsicherer Beschäftigungsverhältnisse

Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung – 1999, 2008 und 2009 (in Prozent)



In den Entwicklungsregionen insgesamt befindet sich die Mehrzahl der Arbeitskräfte in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, die definiert werden als der Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familien-

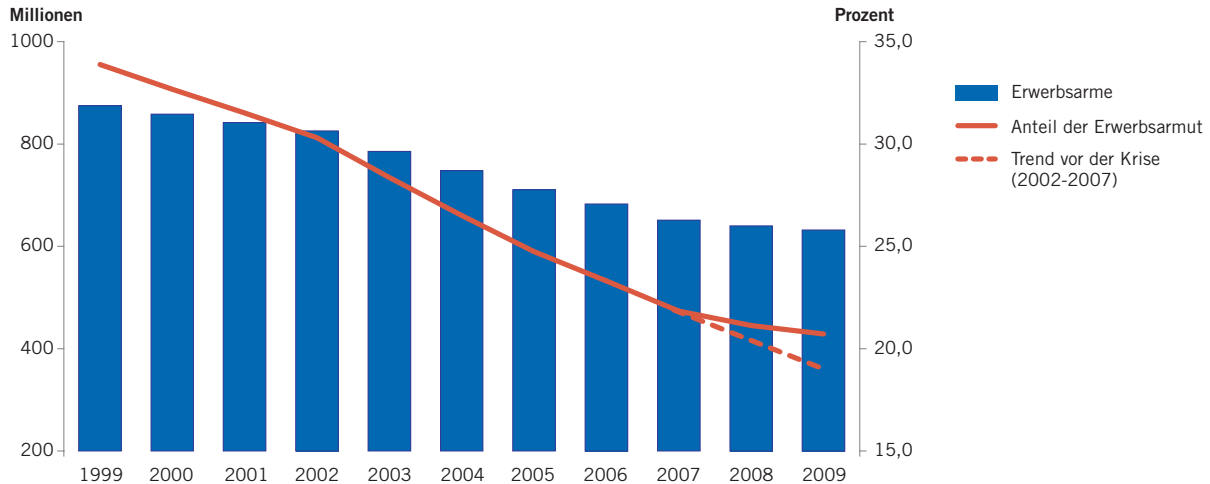
angehörigen an der Gesamtbeschäftigung. Unsichere Beschäftigung ist durch informelle Arbeitsregelungen, unzureichenden Sozialschutz, niedrige Bezahlung und schwierige Arbeitsbedingungen gekennzeichnet.

Die verfügbaren Daten lassen darauf schließen, dass der Anteil der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse zwischen 2008 und 2009 sowohl in den Entwicklungsregionen als auch in den entwickelten Regionen ungefähr gleich geblieben ist, während er in den Jahren vor der Wirtschafts- und Finanzkrise im Durchschnitt stetig zurückgegangen war. Eine Zunahme der unsicheren Beschäftigung verzeichneten Afrika südlich der Sahara und Westasien.



Weltweit leben jeder fünfte Erwerbstätige und seine Familie in extremer Armut

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen (in Prozent) und Zahl der Erwerbsarmen (in Millionen) – 1999-2009



Das langsamere Fortschritts-tempo bei der Armutsmin- derung zeigt sich in der Zahl der erwerbsarmen Men- schen. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorga- nisation lebten 2009 weltweit jeder fünfte Erwerb- stätige und seine Familie in extremer Armut, das heißt sie mussten mit weniger als 1,25 Dollar pro Person und Tag auskommen. Dies bedeutet, dass die Armut gegen- über dem vorangegangenen Jahrzehnt stark zurück-

ging, die sinkende Kurve der Erwerbsarmut jedoch seit 2007 abflachte. Für 2009 liegt sie um schätzungswei- se 1,6 Prozentpunkte über den Prognosen aufgrund des Trends vor der Krise. Auch wenn dies nur eine gro- ße Schätzung ist, so werden doch 40 Millionen mehr erwerbsarme Menschen mit 1,25 Dollar pro Tag in ex- tremen Armut leben, als dies anhand der Trends vor der Krise zu erwarten gewesen wäre.

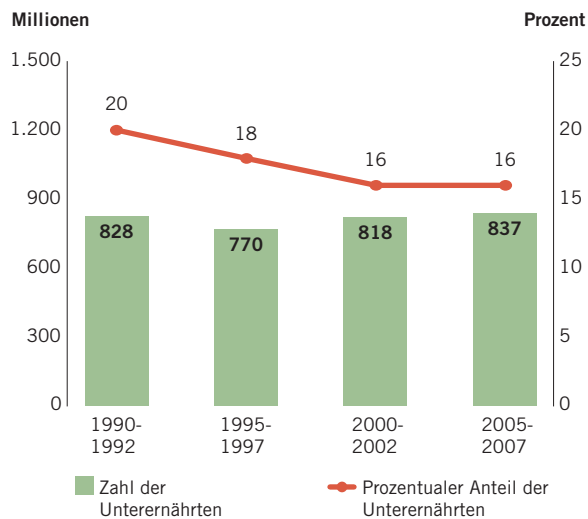


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Der Anteil der Menschen, die Hunger leiden, hat sich trotz der Minderung der Armut bei 16 Prozent eingependelt

Zahl der Unterernährten und ihr Anteil an der Bevölkerung in den Entwicklungsregionen – 1990-1992, 1995-1997, 2000-2002 und 2005-2007



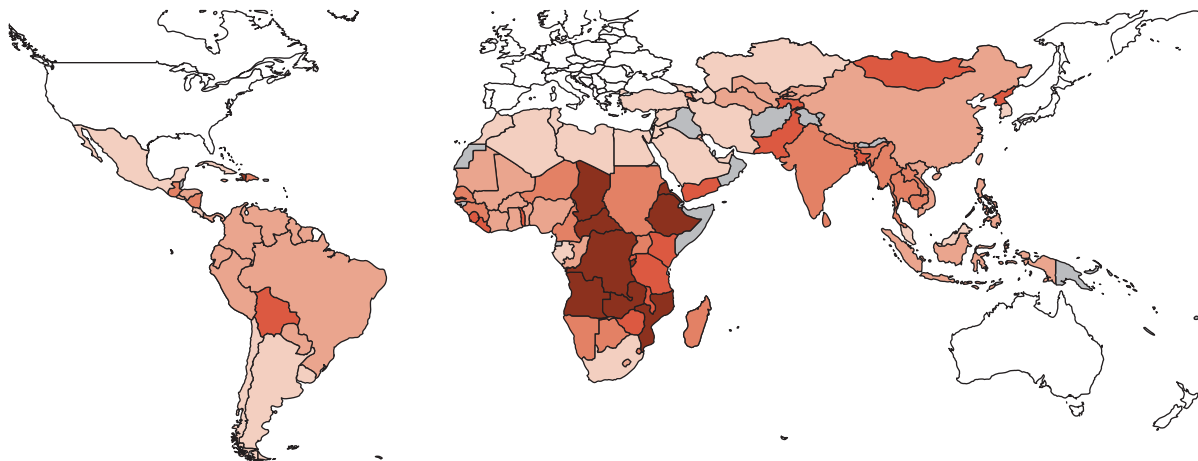
In den Entwicklungsländern hat sich der Anteil der Menschen, die Hunger leiden, zwischen 2005 und 2007 bei 16 Prozent stabilisiert, obwohl die extreme Armut stark zurückgegangen ist. Angesichts dieses Trends sowie der Wirtschaftskrise und steigender Nahrungsmittelpreise wird die Zielvorgabe zur Verringerung des Hungers in vielen Entwicklungsregionen schwer zu erreichen sein.

In Anbetracht der Diskrepanz zwischen dem Rückgang der Armut und dem Fortbestand des Hungers hat sich die Aufmerksamkeit erneut auf die Mechanismen gerichtet, die den Zugang zu Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern steuern. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen wird in diesem Jahr die Ursachen dieses augenscheinlichen Missverhältnisses umfassend untersuchen, um die Maßnahmen zur Verringerung des Hungers künftig auf eine solidere Grundlage zu stellen.



Im Kampf gegen den Hunger bestehen Unterschiede innerhalb der Regionen und zwischen ihnen

Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung – 2005-2007 (in Prozent)



- | | |
|---|--|
| ■ Sehr hohe Unterernährung (35% und mehr) | ■ Relativ geringe Unterernährung (5-14%) |
| ■ Hohe Unterernährung (25-34%) | ■ Sehr geringe Unterernährung (unter 5%) |
| ■ Mäßige Unterernährung (15-24%) | ■ Fehlende oder unzureichende Daten |

Die in Südostasien, Ostasien sowie Lateinamerika und der Karibik beobachteten Trends legen nahe, dass diese Regionen die Zielvorgabe für die Verringerung des Hungers bis 2015 wohl erreichen werden. Zwischen

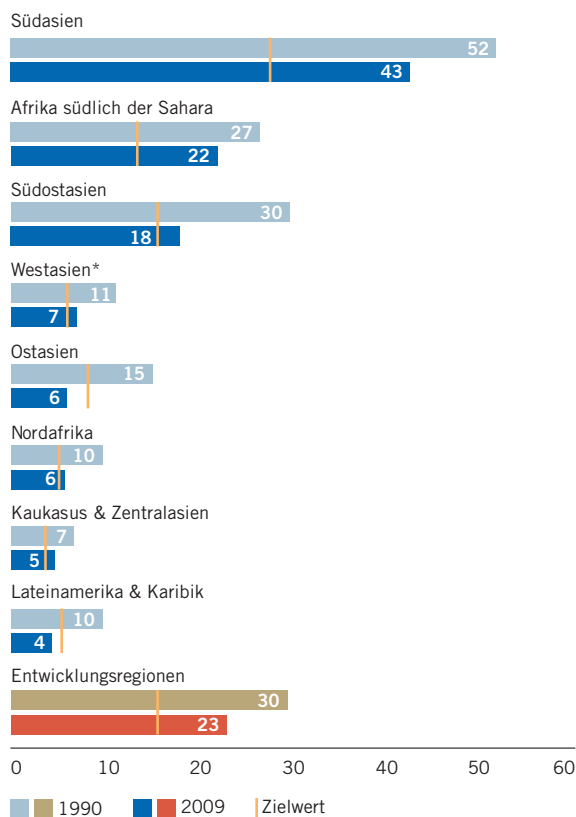
den Ländern dieser Regionen lassen sich jedoch große Disparitäten feststellen. So sind die in Ostasien seit 1990 verzeichneten großen Erfolge hauptsächlich China zuzuschreiben, während die Werte für Südostasien



vor allem den Fortschritten in Indonesien und den Philippinen zu verdanken sind. Ausgehend von den derzeitigen Trends wird Afrika südlich der Sahara die Zielvorgabe für die Minderung des Hungers bis 2015 nicht erreichen können.

Noch immer ist in den Entwicklungsländern fast ein Viertel der Kinder unter fünf Jahren unterernährt

Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren – 1990 und 2009 (in Prozent)



* Aufgrund fehlender Daten aus Jemen erfasst der regionale Gesamtwert nur 47 Prozent der Bevölkerung der Region.

Anmerkung: Die Trendanalyse beruht auf Daten aus 64 Ländern, die 73 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in den Entwicklungsregionen erfassen. Die Schätzungen der Prävalenz von Untergewicht bei Kindern werden anhand der Standards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für das Wachstum von Kindern erstellt. Das Basisjahr für den Kaukasus und Zentralasien ist 1996, da für 1990 keine ausreichenden Daten vorliegen.

In den Entwicklungsregionen schrumpfte der Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren zwischen 1990 und 2009 von 30 auf 23 Prozent. In allen Regionen, für die vergleichbare Trenddaten vorliegen, konnte die Prävalenz von Untergewicht gesenkt werden. Ostasien, Lateinamerika und die Karibik sowie der

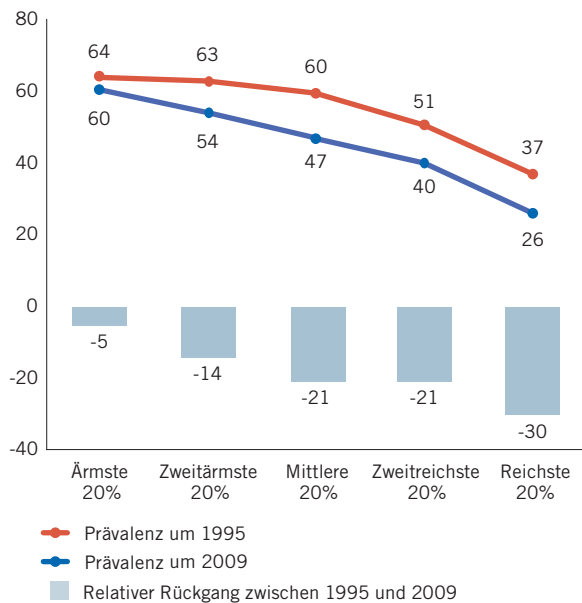
Kaukasus und Zentralasien haben die Millenniums-Zielvorgabe ganz oder beinahe erreicht; Südostasien und Nordafrika liegen auf Kurs.

Insgesamt reichen die Fortschritte in den Entwicklungsregionen jedoch nicht aus, um die Zielvorgabe bis 2015 zu erreichen. Untergewicht bei Kindern ist auf eine Kombination von Faktoren zurückzuführen: Mangel an hochwertigen Nahrungsmitteln, suboptimale Ernährungspraktiken, wiederholtes Auftreten von Infektionskrankheiten und weit verbreitete Unterernährung. In Südostasien beispielsweise sind nicht nur eine Knappheit an hochwertigen Nahrungsmitteln und suboptimale Ernährungspraktiken festzustellen, sondern es mangelt auch an Spültoiletten und anderen verbesserten Sanitäreinrichtungen. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung verrichtet ihre Notdurft im Freien, was zu wiederholten Durchfallerkrankungen bei Kindern führt, die ihrerseits zur hohen Prävalenz von Unterernährung beitragen. Darüber hinaus beträgt das Geburtsgewicht bei mehr als einem Viertel der Kinder in der Region weniger als 2.500 g. Bei vielen dieser Kinder lassen sich die Defizite im Ernährungsstatus nicht mehr aufholen. In ihrem Zusammenspiel führen diese Faktoren dazu, dass die Region die weltweit höchste Prävalenz von Untergewicht aufweist.

Wenn die Millenniumsziele erreicht werden sollen, so muss der Ernährung in der nationalen Entwicklung ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Mit einigen einfachen, kostengünstigen Maßnahmen in wichtigen Entwicklungsphasen des Kindes, insbesondere von der Zeugung bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahrs, ließe sich die Unterernährung erheblich mindern. Dazu gehören die verbesserte Ernährung und Versorgung der Mütter, die Aufnahme des Stillens innerhalb einer Stunde nach der Geburt, das volle Stillen während der ersten sechs Lebensmonate und eine rechtzeitige, ausreichende, sichere und geeignete Beikost sowie Zusatzgaben von Mikronährstoffen im Alter von sechs bis 24 Monaten. Diese Interventionen müssen dringend mittels beschleunigter, konzertierter Maßnahmen umgesetzt und großflächig ausgeweitet werden, um das Millenniumsziel 1 und andere gesundheitsbezogene Ziele zu erreichen.

In Südasien gehen die Fortschritte im Kampf gegen Unterernährung bei Kindern an den Ärmsten vorbei

Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren in Südasien nach Haushaltsvermögen – um 1995 und 2009 (in Prozent)



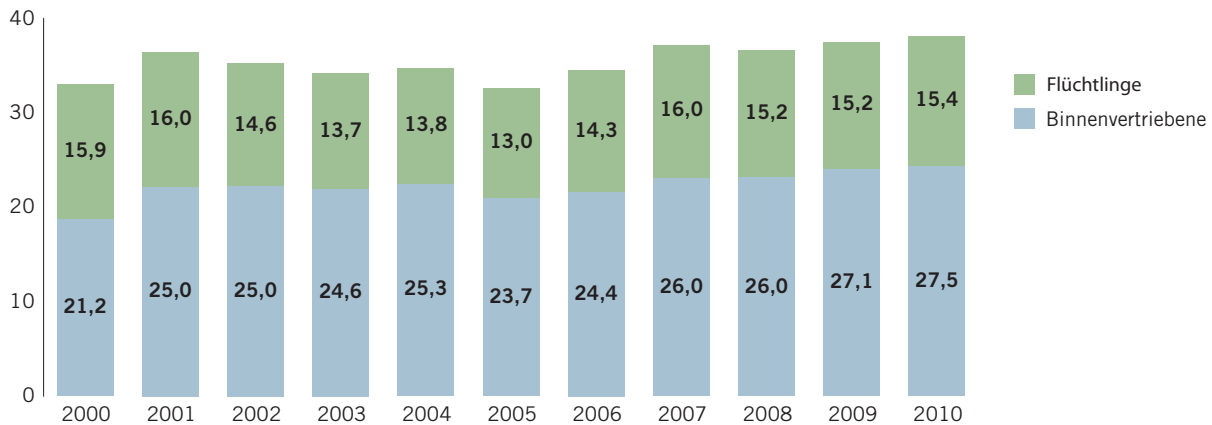
Kinder aus den ärmsten Haushalten sind mit höherer Wahrscheinlichkeit untergewichtig als ihre reicheren Altersgenossen. Zudem geht bei ihnen die Prävalenz von Untergewicht am langsamsten zurück. In Südasien etwa hat sich zwischen 1995 und 2009 die Prävalenz von Untergewicht bei den Kindern aus den ärmsten Haushalten nicht nennenswert verbessert, während sie bei den Kindern aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte um fast ein Drittel sank.

Kinder in ländlichen Gebieten von Entwicklungsregionen sind doppelt so häufig untergewichtig wie in städtischen Gebieten. Kaum Unterschiede bestanden bei der Prävalenz von Untergewicht zwischen Mädchen und Jungen.



Fast 43 Millionen Menschen wurden weltweit durch Konflikte oder Verfolgung zu Vertriebenen

Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen – 2000-2010 (in Millionen)



Humanitäre Krisen und Konflikte führen weiterhin zur Entwurzelung von Millionen von Menschen überall auf der Welt. Zudem verhindern sie die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Ende 2010 betrug die Zahl der durch Konflikte und Verfolgung Vertriebenen weltweit fast 43 Millionen Menschen, der höchste Wert seit Mitte der 1990er Jahre und etwa eine halbe Million über dem des Vorjahres. 15,4 Millionen dieser Menschen waren Flüchtlinge, darunter 10,5 Millionen unter der Obhut des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und 4,8 Millionen Palästinaflüchtlinge unter der Obhut des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Weitere 27,5 Millionen Menschen wurden durch Gewalt und Verfolgung entwurzelt, blieben aber innerhalb der Grenzen ihres Landes. 12 Millionen Menschen galten Schätzungen des UNHCR zufolge zwar nicht als Vertriebene an sich, aber als Staatenlose.

Während Millionen von Flüchtlingen im Laufe der Jahrzehnte eine Dauerlösung für ihre Situation gefunden

haben, sind andere schon seit vielen Jahren zur Unterbringung in Lagern und anderen Siedlungen verurteilt, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Schätzungen des UNHCR zufolge sind abgesehen von den Flüchtlingen unter der Obhut des UNRWA gegenwärtig 7,2 Millionen Flüchtlinge in 24 Ländern in derartigen Langzeitsituationen gefangen. Dies ist die höchste Zahl seit 2001, was klar zeigt, dass für viele Flüchtlinge der Welt Dauerlösungen ausbleiben. Die Zahl der Flüchtlinge, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, hat seit 2004 kontinuierlich abgenommen und lag 2010 mit 197.600 Rückkehrern so niedrig wie seit 1990 nicht mehr.

Im Durchschnitt finden vier Fünftel aller Flüchtlinge Aufnahme in Entwicklungsländern. Ende 2010 stellten Afghanen mit 3 Millionen und Iraker mit 1,7 Millionen die größten Flüchtlingspopulationen unter dem Mandat des UNHCR und machten zusammen nahezu die Hälfte aller unter dieses Mandat fallenden Flüchtlinge aus.

Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

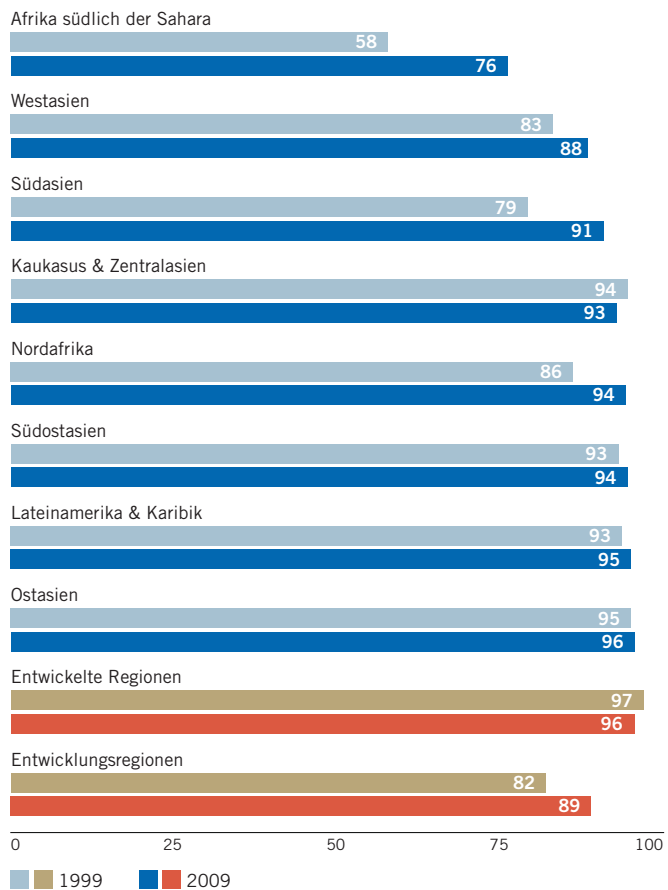


ZIELVORGABE

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

In Afrika südlich der Sahara hat sich die Bildungsbeteiligung im Grundschulbereich am meisten verbessert

Bereinigte Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich* – 1998/1999 und 2008/2009 (in Prozent)



* Definiert als die Zahl der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im theoretischen Grundschulalter, ausgedrückt in Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Anmerkung: Für Ozeanien liegen keine Daten vor.

In den Entwicklungsländern insgesamt hat die Bildungsbeteiligung im Grundschulbereich nur langsam zugenommen. Seit 1999 ist die Netto-Bildungsbeteiligungsquote um gerade einmal 7 Prozentpunkte auf 89 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. In den letzten Jahren hat sich das Fortschrittstempo mit einem Zuwachs von lediglich 2 Prozentpunkten zwischen 2004 und

2009 sogar verlangsamt, was die Aussichten auf das Erreichen des Millenniumsziels der allgemeinen Grundschulbildung bis 2015 schmälert.

Die meisten Regionen haben gewisse Fortschritte verzeichnet, die allerdings je nach geografischer Gruppe erheblich variieren. Mit einem Anstieg von 18 Prozentpunkten zwischen 1999 und 2009 hat sich die Lage in Afrika südlich der Sahara am meisten verbessert, gefolgt von Südasien und Nordafrika, wo der Zuwachs 12 bzw. 8 Prozentpunkte betrug. Im Gegensatz dazu fiel die Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Kaukasus und in Zentralasien von 94 auf 93 Prozent.

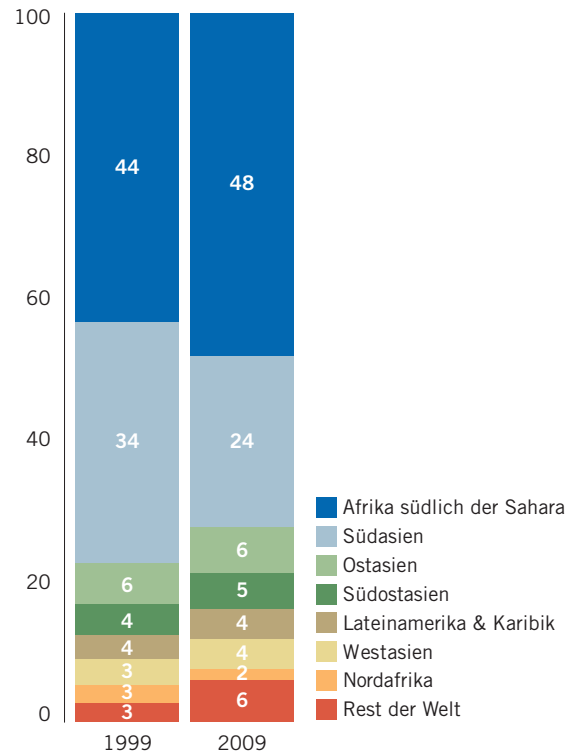
Zur Erreichung des Ziels der allgemeinen Grundschulbildung müssen Kinder in der ganzen Welt eine Grundschulbildung vollständig abschließen. Aktuelle Statistiken zeigen, dass die Welt davon noch weit entfernt ist. In den Entwicklungsregionen durchlaufen nur 87 von 100 Kindern eine Grundschulbildung komplett¹. In der Hälfte der am wenigsten entwickelten Länder verlassen mindestens zwei Fünftel der Kinder die Grundschule vor dem Erreichen der letzten Klassenstufe.

Im Jahr 2009 waren in den am wenigsten entwickelten Ländern mehr als 20 Prozent der Kinder im Grundschulalter von einer Schulbildung ausgeschlossen. Dennoch haben einige der ärmsten Länder seit 1999 die größten Fortschritte erzielt. Burundi, Madagaskar, Ruanda, Samoa, São Tomé und Príncipe, Togo und die Vereinigte Republik Tansania haben das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung (mit einer bereinigten Netto-Bildungsbeteiligungsquote von über 95 Prozent) ganz oder beinahe erreicht. Beträchtliche Fortschritte verzeichneten auch Äthiopien, Benin, Bhutan, Burkina Faso, Guinea, Mali, Mosambik und Niger, wo sich die Netto-Bildungsbeteiligungsquote zwischen 1999 und 2009 um mehr als 25 Prozentpunkte erhöhte. Als wichtige Triebfeder der raschen Fortschritte in vielen dieser Länder wird die Abschaffung von Schulgebühren angesehen.

¹ Berechnet aus der Brutto-Aufnahmequote in die letzte Klassenstufe der Grundschule.

Arme Kinder, Mädchen und in Konfliktzonen lebende Kinder besuchen mit höherer Wahrscheinlichkeit keine Schule

Verteilung der Kinder, die keine Schule besuchen, nach Region – 1999 und 2009 (in Prozent)



Die Gesamtzahl der Kinder, die keine Schule besuchen, fiel zwischen 1999 und 2009 von 106 Millionen auf 67 Millionen. Trotz seiner großen Bemühungen um die Steigerung der Bildungsbeteiligung stellt Afrika südlich der Sahara mit 32 Millionen noch immer fast die Hälfte dieser Kinder. Ein Viertel, nämlich 16 Millionen, entfällt auf Südasien. Mädchen, arme Kinder und Kinder, die in einem von Konflikten betroffenen Land leben, sind drei der Gruppen, die mit der höchsten Wahrscheinlichkeit vom Schulbesuch abgehalten werden. 42 Prozent – 28 Millionen – aller Kinder im Grundschulalter weltweit, die nicht zur Schule gehen, kommen aus armen, von Konflikten betroffenen Ländern. Während der Dekade fiel der Anteil der Mädchen am Gesamtwert von 58 auf 53 Prozent.

Flüchtlingskinder stehen vor hohen Bildungsschranken

Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen sehen sich Kinder, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, einer Vielzahl von Problemen gegenüber, darunter beim Bildungserwerb. In 87 städtischen Gebieten, für die dem UNHCR Daten vorliegen, hatten 37 Prozent der Flüchtlinge im Kindesalter keinen Schulzugang. Selbst wenn sie die Schule besuchen, ist dies oft eine verstörende Erfahrung infolge von Stigmatisierung und Diskriminierung, die sich daraus ergeben kann, dass sie Außenseiter sind, möglicherweise die Unterrichtssprache nicht verstehen oder Schwierigkeiten bei der Anerkennung früherer schulischer Leistungen haben. Zudem wird ihnen von manchen Regierungen der Besuch staatlicher Schulen verwehrt. Ist die familiäre Lage wirtschaftlich angespannt, sind Kinder oft gezwungen zu arbeiten oder sich um ihre Geschwister zu kümmern, und obligatorische Schulgebühren können Bildung ganz einfach unerschwinglich machen.

Von den 132 Flüchtlingslagern mit verfügbaren Daten (in städtischen wie ländlichen Gebieten) meldeten nur 38, dass alle Flüchtlingskinder zur Schule gingen. In 32 Lagern besuchten mindestens 70 Prozent der Kin-

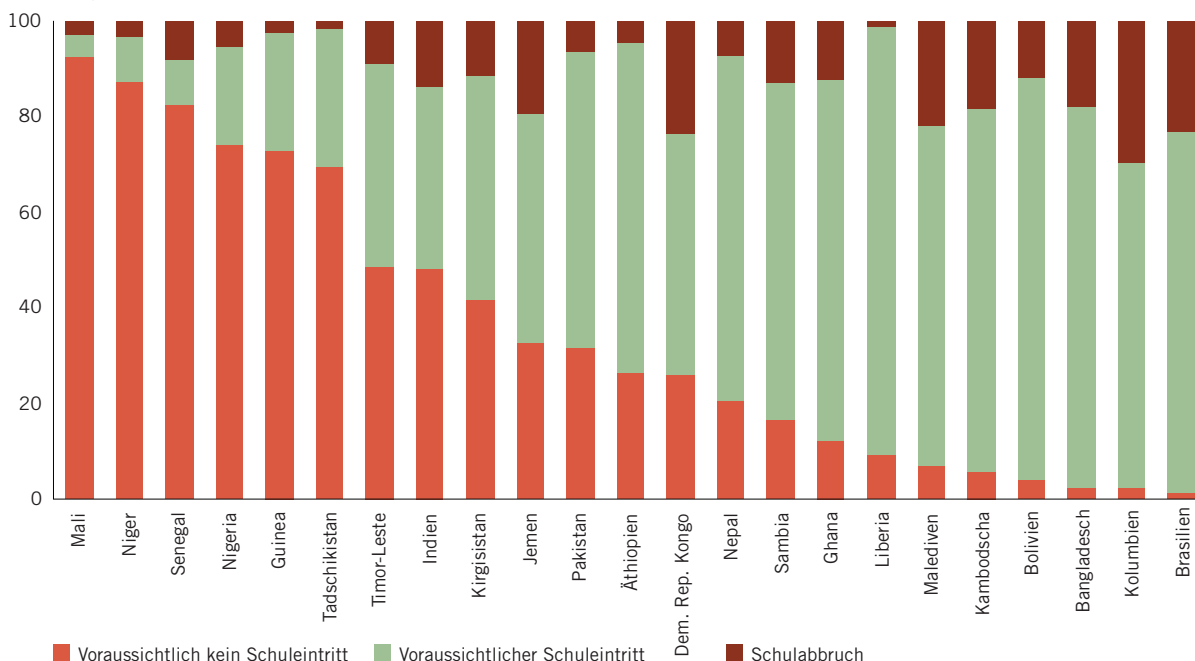
der die Schule. In den restlichen 62 Lagern waren weniger als 70 Prozent der Kinder eingeschrieben. Ein Grund für die geringe Bildungsbeteiligung liegt möglicherweise darin, dass qualifizierte, zur Arbeit in einem Flüchtlingslager bereite Lehrer fehlen. Darüber hinaus sind die Klassenzimmer oft überfüllt, Schulbücher meist knapp und grundlegende sanitäre Einrichtungen häufig nicht vorhanden. Von den in Flüchtlingslagern lebenden Jugendlichen besuchten 73 Prozent der Mädchen und 66 Prozent der Jungen keine Schule.

Es ist anzumerken, dass diese Daten nur registrierte Flüchtlinge erfassen. Unregistrierte Flüchtlinge besuchen wahrscheinlich noch seltener eine Schule, da sie sich möglicherweise illegal im Land aufhalten. Besonders erschwert wird der Bildungszugang für in städtischen Gebieten lebende Flüchtlinge ohne Rechtsstellung.

Ein großes Hindernis für die Verbesserung der Lage besteht darin, dass der Schulunterricht in Notsituationen mangelhaft finanziert wird. Der Anteil der Bildungsaufwendungen an der humanitären Hilfe beträgt weltweit gerade einmal 2 Prozent.

Die meisten Kinder in Afrika südlich der Sahara, die keine Schule besuchen, werden nie ein Klassenzimmer betreten

Verteilung der Kinder, die keine Schule besuchen, nach Wahrscheinlichkeit des Schuleintritts, ausgewählte Länder – Erhebungen zwischen 2002 und 2010 (in Prozent)



Die meisten Kinder in Afrika südlich der Sahara, die keine Schule besuchen, sind weitgehend von Bildung ausgeschlossen und werden nie ein Klassenzimmer betreten. Daten aus Haushaltserhebungen in 23 Ländern lassen allerdings erkennen, dass in mehreren Ländern eine große Zahl von Kindern zwar keine Schule besucht, jedoch mit Bildung in Berührung kommt. Die Bildungschancen der Kinder, die keine Schule besuchen, weisen je nach Land unterschiedliche Muster auf.

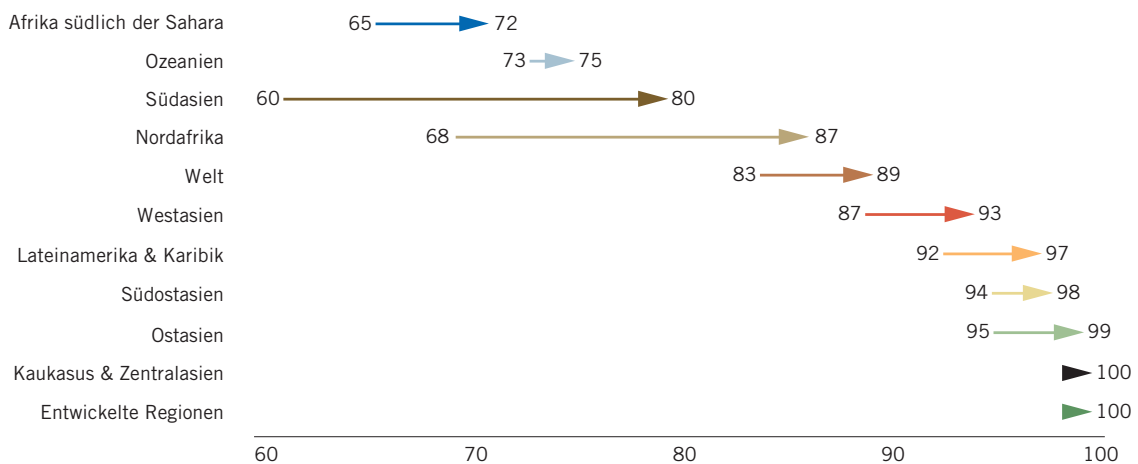
So wird in der Demokratischen Republik Kongo für etwa die Hälfte aller Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, ein verspäteter Schuleintritt erwartet. Etwa ein Viertel wird nie ein Klassenzimmer betreten, und ein weiteres Viertel hat die Schule vorzeitig verlassen. In Äthiopien treten fast drei Viertel der

Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, später in die Schule ein, ein deutliches Zeichen für die starke Verbreitung dieses Phänomens. Ein vorzeitiges Verlassen der Grundschule ist in diesem Land ungewöhnlich. In Nigeria werden etwa drei Viertel der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, wahrscheinlich nie mit Bildung in Berührung kommen, was darauf schließen lässt, dass die Bildungsschranken in Nigeria besonders schwierig zu überwinden sind.

In einigen Ländern wie Brasilien, Kolumbien und den Malediven hat ein erheblicher Anteil der Kinder die Schule vorzeitig abgebrochen. In anderen Ländern wie Kambodscha, Liberia und Sambia werden die meisten Kinder, die derzeit keine Schule besuchen, dies in naher Zukunft tun.

Südasien und Nordafrika sind bei der Ausweitung der Alphabetisierung von Jugendlichen führend

Alphabetenquote bei Jugendlichen – 1990 und 2009 (in Prozent)



Die Alphabetenquote bei Jugendlichen (zwischen 15 und 24 Jahre alt) ist zwischen 1990 und 2009 weltweit von 83 auf 89 Prozent gestiegen. Südasien und Nordafrika verbuchten mit einem Anstieg um 20 bzw. 19 Prozentpunkte die größten Fortschritte. Auch Afrika südlich der Sahara ließ mit einem Zuwachs um 7 Prozentpunkte erhebliche Verbesserungen erkennen. Diese Region weist allerdings nach wie vor die niedrigste

Alphabetenquote bei Jugendlichen (72 Prozent im Jahr 2009) auf. Trotz des positiven Gesamtbilds verfügten 2009 127 Millionen junge Menschen nicht über eine grundlegende Lese- und Schreibfähigkeit. Zwei Regionen allein stellen bereits fast 90 Prozent aller jugendlichen Analphabeten: Südasien (65 Millionen) und Afrika südlich der Sahara (47 Millionen).

Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

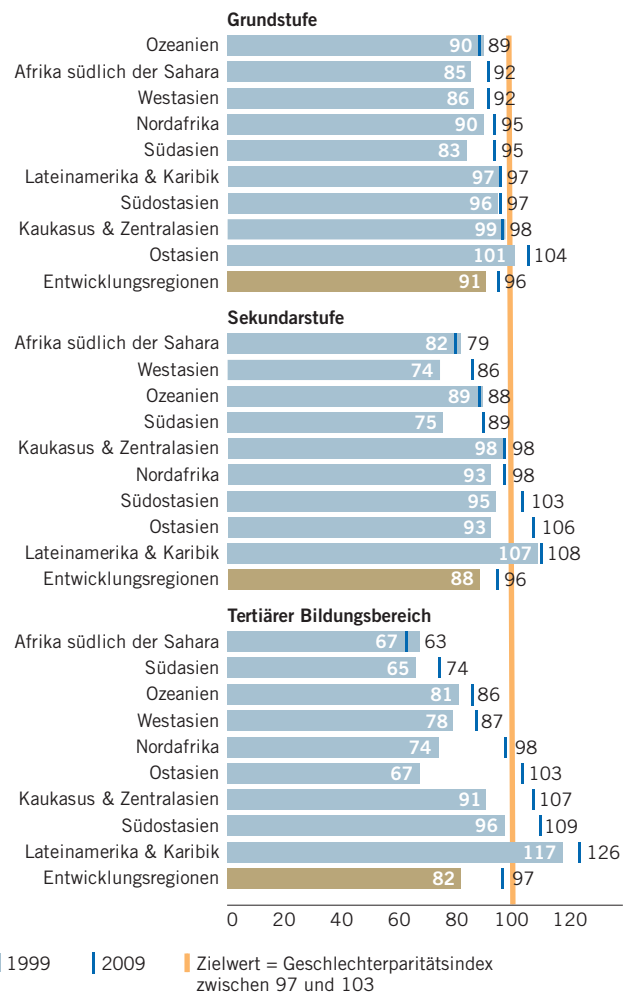


ZIELVORGABE

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Mädchen gewinnen bei der Bildung an Boden, haben jedoch in vielen Regionen noch nicht den gleichen Zugang wie Jungen

Geschlechterparitätsindex für die Brutto-Bildungsbeteiligungsquote in der Grundstufe, der Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich (Verhältnis Mädchen/Jungen bei der Bildungsbeteiligung) – 1998/1999 und 2008/2009 (Mädchen je 100 Jungen)



In den Entwicklungsregionen kamen 2009 sowohl in der Grundstufe als auch in der Sekundarstufe auf 100 Jungen jeweils 96 Mädchen. Dies stellt eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem Verhältnis von 91 bzw. 88 zu 100 im Jahr 1999 dar.

Allerdings haben nur drei Regionen – der Kaukasus und Zentralasien, Lateinamerika und die Karibik und Südostasien – die

Geschlechterparität (definiert als ein Geschlechterparitätsindex zwischen 97 und 103) in der Grundschulbildung erreicht. Ostasien bildet insofern eine Ausnahme, als dort etwas mehr Mädchen als Jungen die Grundschule besuchen. In den meisten anderen Entwicklungsregionen waren die Fortschritte für Mädchen schleppend, und Nordafrika, Ozeanien, Südasien, Afrika südlich der Sahara und Westasien sind noch immer weit von einer Gleichstellung des Bildungszugangs in den Grundschulen entfernt.

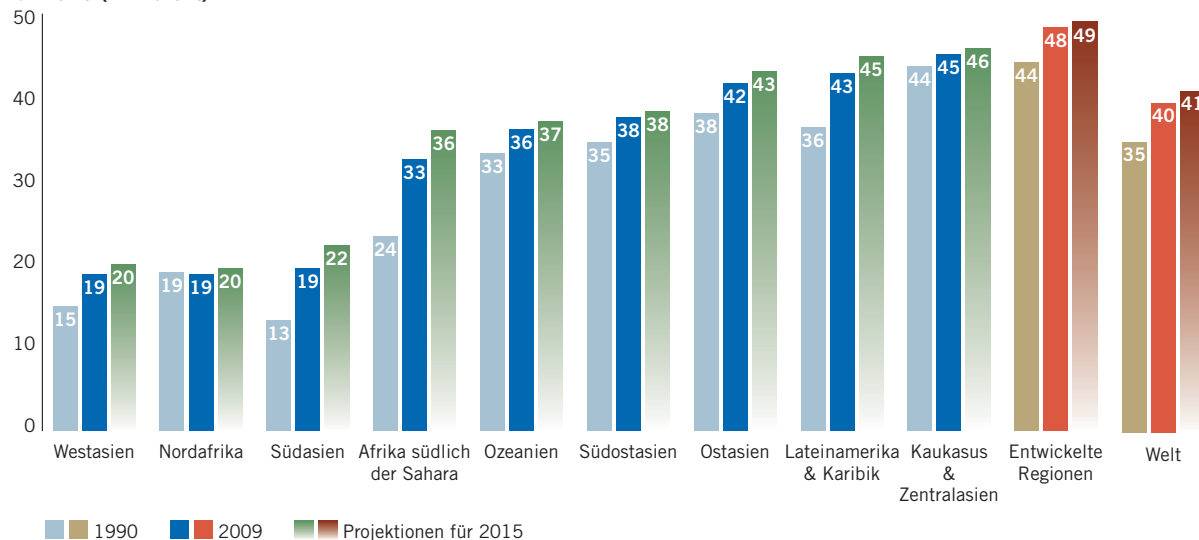
Im Sekundarbereich haben der Kaukasus und Zentralasien, Nordafrika und Südostasien die Geschlechterparität erreicht. In Ozeanien, Südasien, Afrika südlich der Sahara und Westasien sind Mädchen jedoch weiter deutlich benachteiligt. In Ostasien und in Lateinamerika und der Karibik hingegen sind die Mädchen hin-

sichtlich des Besuchs weiterführender Schulen an den Jungen vorbeigezogen.

Ein ganz anderes Bild bietet sich im tertiären Bildungsbereich, der mit 97 Mädchen je 100 Jungen den höchsten Geschlechterparitätsindex für die Entwicklungsländer insgesamt aufweist. Allerdings treten hier auch die größten Disparitäten zwischen den Geschlechtern zutage. Von den Entwicklungsregionen haben nur Ostasien und Nordafrika die Geschlechterparität im tertiären Bildungsbereich verwirklicht. In den anderen Regionen sind die Relationen entweder stark zugunsten der Jungen verschoben, so in Ozeanien, Südasien, Afrika südlich der Sahara und Westasien, oder aber zugunsten der Mädchen, so im Kaukasus und in Zentralasien, in Lateinamerika und der Karibik und in Südostasien.

In mindestens der Hälfte aller Regionen liegen Frauen beim Zugang zu bezahlter Erwerbstätigkeit weit zurück

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstitigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – 1990, 2009 und Projektionen für 2015 (in Prozent)



Der Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstitigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor ist weltweit von 35 Prozent im Jahr 1990 auf fast 40 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. Das Fortschrittstempo hat sich jedoch in den letzten Jahren aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008-2009 verlangsamt.

Die größten Verbesserungen waren in Afrika südlich der Sahara sowie in Südasien zu verzeichnen, auch wenn der Frauenanteil an den unselbständig Erwerbstitigen dort weiter unter 20 Prozent liegt. In Afrika südlich der Sahara werden Fortschritte zum Teil dadurch untergra-

ben, dass Frauen wie Männer nicht sehr häufig als unselbständige Erwerbstitige im nichtlandwirtschaftlichen Sektor, sondern eher in Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, die weder finanzielle Sicherheit noch Sozialleistungen bieten.

In Nordafrika hat sich die Situation seit 1990 praktisch nicht verändert. In dieser Region ebenso wie in Westasien sind weniger als ein Fünftel aller Arbeitsplätze außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors mit Frauen besetzt.

Frauen haben von der wirtschaftlichen Erholung 2010 bislang nicht profitiert

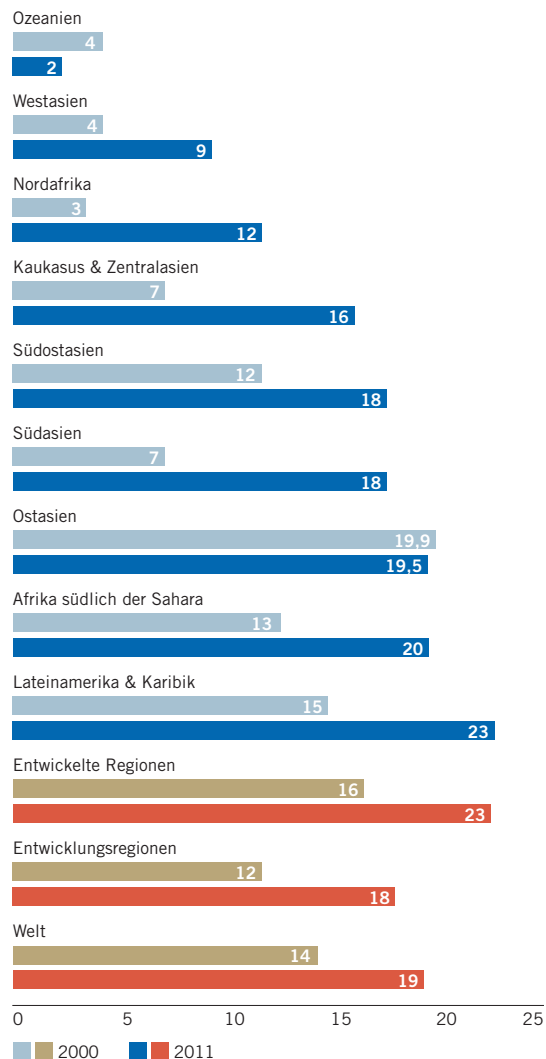
Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008-2009 hatte nachteilige Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte weltweit und sorgte für eine Verlangsamung der Fortschritte bei der Erreichung vieler Millenniumsziele. Die Beschäftigung ging zurück, die Arbeitslosigkeit stieg an, und Millionen von Menschen zogen sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurück. Auch die Vergütung war betroffen.

Bei Ausbruch der Krise 2009 stieg die Arbeitslosenquote der Männer schneller als die der Frauen. Als 2010 die Erholung der Weltwirtschaft einsetzte, begann die Arbeitslosigkeit bei beiden Geschlechtern zu schrumpfen. Die Arbeitslosenquote der Männer sank jedoch rascher als die der Frauen. In Verbindung damit, dass die Arbeitslosenquote der Frauen die der Männer ohnehin schon übertraf, lässt dieser Trend darauf schließen, dass die Geschlechterlücke sich in vielen Regionen nicht so bald schließen wird.

Ebenso verlief nach den massiven Arbeitsplatzverlusten im Zeitraum 2008-2009 das Beschäftigungswachstum während der wirtschaftlichen Erholung 2010 für Frauen langsamer als für Männer, insbesondere in den Entwicklungsregionen. Im verarbeitenden Gewerbe beschäftigte Frauen waren besonders hart betroffen.

Frauen sind in den Parlamenten so zahlreich wie nie zuvor vertreten, von einer Parität jedoch noch beschämend weit entfernt

Sitzanteil der Frauen in den nationalen Parlamenten (Einkammerparlamente oder Unterhäuser) – 2000 und 2011 (in Prozent)



Trotz steigender Zahlen von Parlamentarierinnen ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Politik noch lange nicht erreicht. Ende Januar 2011 hatten Frauen in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern weltweit 19,3 Prozent der Sitze inne, mehr als je zuvor. Dennoch bestätigt dieser Wert auch die schleppenden Fortschritte der letzten 15 Jahre, denn 1995 betrug der Weltdurchschnitt 11,6 Prozent.

Darüber hinaus sind Frauen je nach Land in höchst unterschiedlichem Umfang vertreten. Anfang 2011

stellten Frauen in 25 Ländern mindestens 30 Prozent der Parlamentarier in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern, wobei ihr Sitzanteil in sieben dieser Länder 40 Prozent oder mehr betrug. In einigen Ländern konnten Frauen eine hohe Beteiligung an einer der beiden Parlamentsformen erreichen: in Ruanda (56,3 Prozent), in Schweden (45,0 Prozent), in Südafrika (44,5 Prozent) und in Kuba (43,2 Prozent). In 48 Ländern dagegen liegt der Frauenanteil in den Einkammerparlamenten oder Unterhäusern unter 10 Prozent. In neun Ländern – Belize, Katar, den Föderierten Staaten von Mikronesien, Nauru, Oman, Palau, den Salomonen, Saudi-Arabien und Tuvalu – gibt es überhaupt keine Parlamentarierinnen.

2010 konnten Frauen in gerade einmal der Hälfte aller Parlamentswahlen oder Neubesetzungen von Sitzen Zugewinne erringen. Die nennenswertesten Fortschritte gab es in Nordafrika, wo sich die Vertretung von Frauen in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern zwischen 2010 und 2011 von 9,0 auf 11,7 Prozent erhöhte. Auch in Westasien konnten Frauen ihre Vertretung in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern mit einem Anstieg von 4,2 Prozent im Jahr 2000 auf 8,8 Prozent im Jahr 2010 und auf 9,4 Prozent im Jahr 2011 weiter ausbauen. Dennoch bestehen zwischen den Ländern der Region enorme Disparitäten. Zudem sind Fortschritte für Frauen oft an Sondermaßnahmen gebunden. So wurde in Bahrain nur eine einzige Parlamentarierin, die ohne Gegenkandidaten antrat, ins Unterhaus gewählt, während der Frauenanteil von 27,5 Prozent im Oberhaus Bahrains zumeist auf Ernennungen zurückgeht. In Jordanien sitzen jetzt 13 Frauen im Unterhaus und neun im Oberhaus, und zwar dank einer gestärkten Quotenregelung.

Was den amerikanischen Kontinent anbelangt, so sind costa-ricanische Frauen weiterhin mit Macht ausgestattet – ihr Sitzanteil im Unterhaus beträgt 38,6 Prozent. In den Vereinigten Staaten stellte sich bei den Zwischenwahlen zwar eine Rekordzahl von Frauen für beide Kammern des Kongresses zur Wahl, doch schlug sich dies nicht in größeren Zuwächsen nieder.

Auch in Afrika südlich der Sahara wurden in jüngster Zeit Fortschritte erzielt. In Äthiopien, in Madagaskar und in der Vereinigten Republik Tansania konnten Frauen 2010 ihre Position in den Parlamenten verbessern. In Burundi konsolidierten Frauen ihre Vertretung im Unterhaus mit einem Anstieg von 30,5 Prozent im Jahr 2005 auf 32,1 Prozent, während sie ihren Sitzanteil im Oberhaus deutlich ausbauten (von 34,7 auf 46,3 Prozent), was hauptsächlich auf eine Quotenregelung zurückzuführen war. In São Tomé und Príncipe stieg der Frauenanteil auch ohne Quotenregelung von 7,3 Prozent im Jahr 2006 auf 18,2 Prozent im Jahr 2010.

In einem wichtigen Wahljahr in Südasien und Südostasien blieben Fortschritte aus. In Afghanistan trat zu den Wahlen 2010 eine hohe Zahl von Kandidatinnen an, doch gelang nur einer weiteren Frau der Einzug ins Parlament. In Südostasien ging die Zahl der Parlamentarierinnen zwischen 2010 und 2011 leicht zurück, und zwar von 19,3 Prozent auf 17,6 Prozent. In den Philippinen verloren die Frauen im Oberhaus an Boden. In Ozeanien schrumpfte der Frauenanteil in den Parlamenten 2011 auf lediglich 2,3 Prozent.

Quotenregelungen und Fördermaßnahmen politischer Parteien sind nach wie vor Hauptvoraussetzungen für den Erfolg. Gesetzliche Quoten oder freiwillige parteiinterne Quoten finden in 67 Prozent der 43 Unterhäuser mit einem Frauenanteil von 30 Prozent oder mehr Anwendung.

Auf der Führungsebene wurden in zwei Ländern, nämlich in Mosambik und der Vereinigten Republik Tansania, erstmals Frauen zu Parlamentspräsidentinnen gewählt. Weltweit stellen Frauen gegenwärtig nur 13,4 Prozent der Parlamentspräsidenten. Im Januar 2011 hatten lediglich 10 Länder ein weibliches Staatsoberhaupt, und in 13 Ländern stand der Regierung eine Frau vor.

Quoten sind jedoch nicht die einzigen Faktoren, die das Ausmaß der politischen Teilhabe von Frauen beeinflussen. Auch Wahlsysteme und geschlechtersensible Wahlregelungen sind von grundlegender Bedeutung. Viele Bewerberinnen um politische Ämter kamen 2010 in der Berichterstattung der Medien und bei öffentlichen Auftritten zu kurz. Gut ausgebildete und finanziell unterstützte Kandidatinnen und der politische Wille auf der höchsten Ebene von politischen Parteien und Regierungen sind ausschlaggebend, um das Geschlechtergefälle in den Parlamenten der Welt zu überwinden.

Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

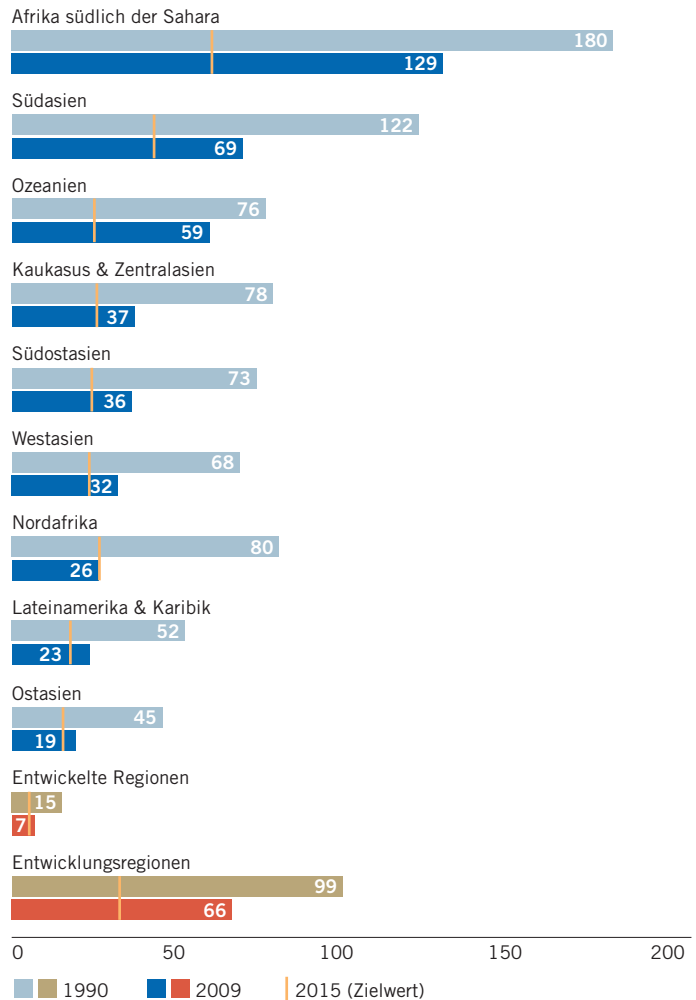


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Mehr Kinder überleben nur, wenn führende Todesursachen bekämpft werden

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren – 1990 und 2009 (Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten)



Die Kindersterblichkeit wird stetig gesenkt. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren ist weltweit um ein Drittel zurückgegangen: von 89 Sterbefällen je 1.000 Lebendgeburten 1990 auf 60 2009. In allen Regionen außer Afrika südlich der Sahara, Südasien und Ozeanien betrug der Rückgang mindestens 50 Prozent. Trotz Bevölkerungswachstums sank die Zahl der Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren zwischen 1990 und 2009 von weltweit 12,4 Millionen auf 8,1 Millionen, d.h. jeden Tag starben fast 12.000 Kinder weniger.

Die größten Erfolge lassen sich für Nordafrika und Ostasien feststellen, wo die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren um 68 bzw. 58 Prozent zurückging. Von den Ländern mit hoher Kindersterblichkeit (mehr als 40 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten) senkten zehn diese um mindestens die Hälfte. Einige, nämlich Bangladesch, die Demokratische Volksrepublik Laos, Eritrea, Madagaskar, Nepal und Timor-Leste, verzeichneten einen Rückgang von 60 Prozent und mehr.

Am höchsten ist die Kindersterblichkeit nach wie vor in Afrika südlich der Sahara, wo jedes achte Kind seinen fünften Geburtstag nicht erlebt (129 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten). Diese Rate ist beinahe doppelt so hoch wie der Durchschnitt in den Entwicklungsregionen und etwa 18 Mal so hoch wie in den entwickelten Regionen. Mit den raschen Fortschritten in anderen Regionen hat sich die Kluft zwischen diesen Regionen und Afrika südlich der Sahara noch vertieft. Südasien weist mit 69 Sterbefällen je 1.000 Lebendgeburten (etwa jedes 14. Kind) die zweithöchste Rate auf.

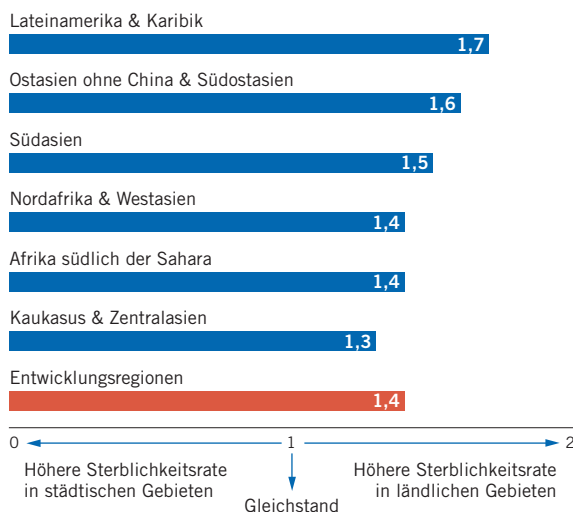
Mit Ausnahme Afghanistans befanden sich alle 31 Länder, in denen die Sterblichkeitsrate von Kindern unter

fünf Jahren mindestens 100 je 1.000 Lebendgeburten betrug, in Afrika südlich der Sahara. Gleichzeitig werden dort jedoch erhebliche Fortschritte erzielt. Auf die Region entfallen vier der zehn Länder, die die Kindersterblichkeit zwischen 1990 und 2009 um mehr als 50 Prozent senken konnten, und fünf der sechs Länder, die die Zahl der Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten um mehr als 100 verringerten.

Die Anzeichen mehren sich, dass die Millenniums-Zielvorgabe erreichbar ist, allerdings nur mit umfangreichen, rascheren Maßnahmen zur Beseitigung der führenden Todesursachen bei Kindern. In Afrika südlich der Sahara stirbt mehr als die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren an Durchfallerkrankungen, Malaria und Lungenentzündung. In Südasien tritt über die Hälfte dieser Sterbefälle in den ersten 28 Tagen nach der Geburt auf, was auf die Notwendigkeit einer besseren Versorgung nach der Geburt hindeutet. In beiden Regionen ist ein Drittel dieser Sterbefälle auf Unterernährung zurückzuführen. Besondere Anstrengungen zur Bekämpfung von Lungenentzündung, Durchfallerkrankungen und Malaria bei gleichzeitiger Förderung der Ernährung könnten Millionen von Kindern das Leben retten.

Kinder in ländlichen Gebieten tragen ein höheres Sterblichkeitsrisiko, sogar in Regionen mit niedriger Kindersterblichkeit

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Verhältnis von ländlichen zu städtischen Gebieten – 2000/2008

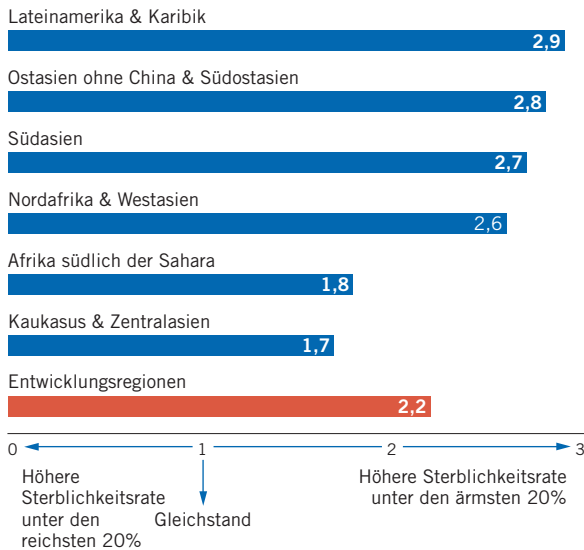


Anmerkung: Die Analyse beruht auf Daten aus 80 Entwicklungsländern zur Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren, die nach Wohnort aufgeschlüsselt sind und 73 Prozent aller Geburten in den Entwicklungsregionen im Jahr 2008 abdecken.

Trotz erheblicher Fortschritte bei der Senkung der Kindersterblichkeit sind Kinder aus ländlichen Haushalten noch immer im Nachteil, wie Daten aus Haushaltserhebungen in 80 Ländern erkennen lassen. Dies gilt für alle Entwicklungsregionen. Am stärksten ausgeprägt ist das Missverhältnis in Lateinamerika und der Karibik sowie in Ost- und Südostasien (ohne China), wo die Kindersterblichkeit insgesamt niedrig ist.

Für Kinder aus den ärmsten Haushalten ist das Risiko, vor dem fünften Geburtstag zu sterben, zwei- bis dreimal so hoch wie für Kinder aus den reichsten Haushalten

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Verhältnis der ärmsten Haushalte zu den reichsten Haushalten – 2000/2008

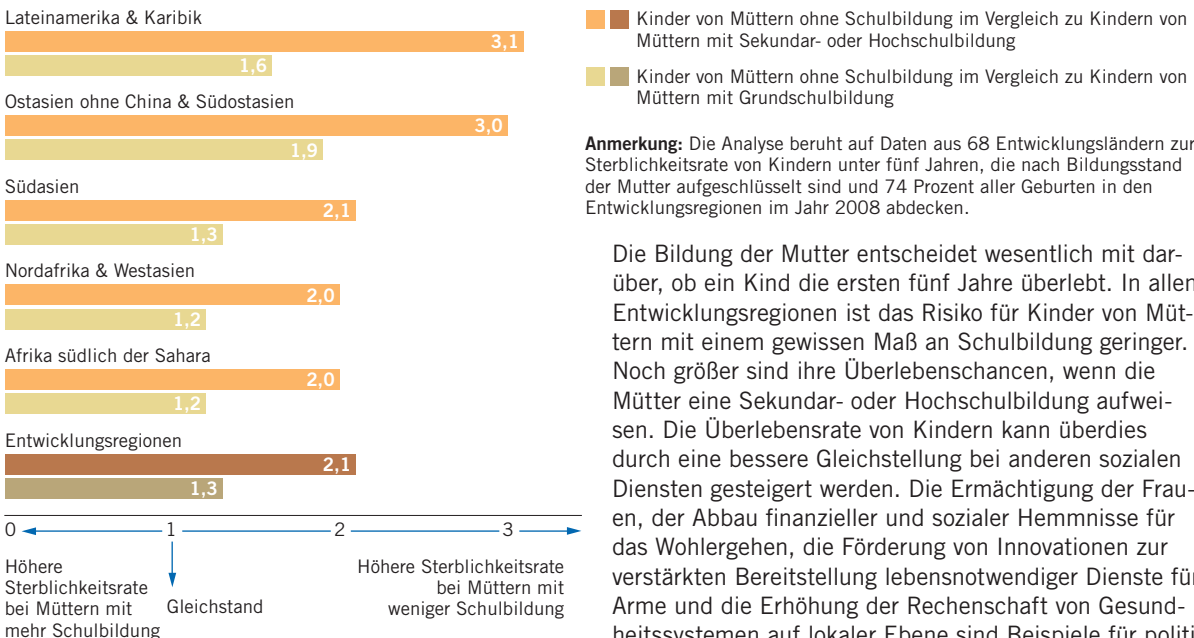


Anmerkung: Die Analyse beruht auf Daten aus 66 Entwicklungsländern zur Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren, die nach Quintilen des Haushaltsvermögens aufgeschlüsselt sind und 71 Prozent aller Geburten in den Entwicklungsregionen im Jahr 2008 abdecken.

Daten aus 66 Ländern lassen erkennen, dass Kinder aus den ärmsten Haushalten ebenfalls im Nachteil sind, wenn es darum geht, den fünften Geburtstag zu erleben. In den Entwicklungsregionen insgesamt ist für Kinder aus den ärmsten 20 Prozent der Haushalte das Risiko, vor dem Erreichen den fünften Lebensjahrs zu sterben, mehr als doppelt so hoch wie für Kinder aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte. Wiederum ist das größte Missverhältnis für Lateinamerika und die Karibik sowie Ost- und Südostasien (ohne China) festzustellen, wo das Risiko beinahe dreimal so hoch liegt.

Die Bildung der Mütter bestimmt maßgeblich das Überleben ihrer Kinder

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Verhältnis der Mütter ohne Schulbildung zu den Müttern mit Sekundar- oder Hochschulbildung sowie im Verhältnis der Mütter ohne Schulbildung zu den Müttern mit Grundschulbildung – 2000/2008

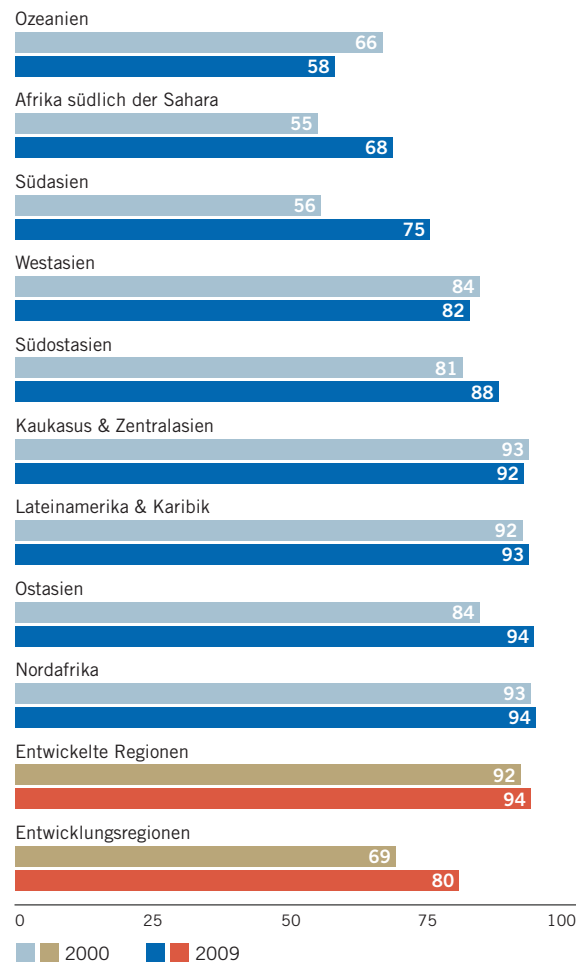


Anmerkung: Die Analyse beruht auf Daten aus 68 Entwicklungsländern zur Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren, die nach Bildungsstand der Mutter aufgeschlüsselt sind und 74 Prozent aller Geburten in den Entwicklungsregionen im Jahr 2008 abdecken.

Die Bildung der Mütter entscheidet wesentlich mit darüber, ob ein Kind die ersten fünf Jahre überlebt. In allen Entwicklungsregionen ist das Risiko für Kinder von Müttern mit einem gewissen Maß an Schulbildung geringer. Noch größer sind ihre Überlebenschancen, wenn die Mütter eine Sekundar- oder Hochschulbildung aufweisen. Die Überlebensrate von Kindern kann überdies durch eine bessere Gleichstellung bei anderen sozialen Diensten gesteigert werden. Die Ermächtigung der Frauen, der Abbau finanzieller und sozialer Hemmnisse für das Wohlergehen, die Förderung von Innovationen zur verstärkten Bereitstellung lebensnotwendiger Dienste für Arme und die Erhöhung der Rechenschaft von Gesundheitssystemen auf lokaler Ebene sind Beispiele für politische Maßnahmen, die die Gleichstellung verbessern und damit das Überleben von Kindern begünstigen könnten.

Arme und sehr schwer zu erreichende Kinder haben noch immer keinen Zugang zum lebensrettenden Masernimpfstoff

Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben – 2000 und 2009 (in Prozent)

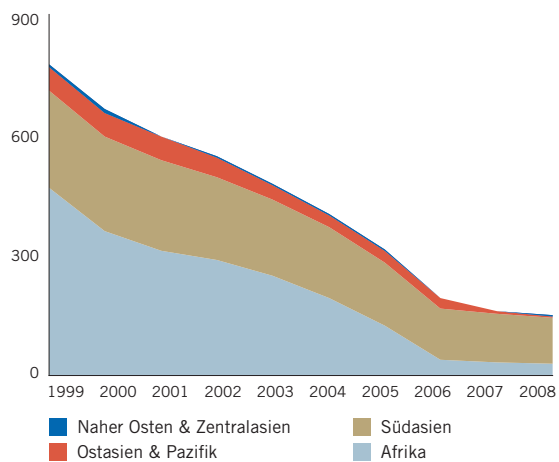


Ein wichtiger Indikator für das Überleben von Kindern ist eine höhere Durchimpfung gegen Masern. 2009 hatten 80 Prozent der Kinder in der relevanten Altersgruppe mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten, während es 2000 erst 69 Prozent waren.

Trotz erheblicher Fortschritte hatten die ärmsten, am stärksten marginalisierten Kinder, insbesondere in entlegenen Gebieten, das Nachsehen. In Ländern mit einem niedrigeren Abdeckungsgrad wurden Kinder, die von den vorhandenen Gesundheitsdiensten nicht erreicht werden, durch Impfkampagnen wirksam immunisiert. Es bedarf jedoch verstärkter, anhaltender Anstrengungen, um den Zugang zu den Schwächsten sowohl durch Routineimpfungen als auch durch Impfkampagnen stetig zu verbessern.

Die Zahl der masernbedingten Sterbefälle bei Kindern ist stark gefallen, doch wird die Fortsetzung des Erfolgs durch Finanzierungslücken aufs Spiel gesetzt

Geschätzte Sterbefälle von Kindern durch Masern – 1999-2008 (in Tausend)



Zwischen 2000 und 2008 führte eine Ausweitung der Durchimpfung im Zusammenspiel mit der Möglichkeit der Verabreichung einer zweiten Dosis zu einem 78-prozentigen Rückgang der weltweiten Sterbefälle durch Masern. Diese abgewendeten Sterbefälle machen ein Viertel des Rückgangs der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren für alle Ursachen zusammengefasst aus.

Dieser durchschlagende Erfolg könnte jedoch in Gefahr sein. Weniger Finanzmittel für die Masernbekämpfung bedeuten, dass in einer Reihe prioritärer Länder die Ressourcen für Routineimpfungen sowie für Impfkampagnen nicht ausreichen. Infolgedessen bricht die Krankheit häufiger aus. Mit einer angemessenen Finanzierung, einem starken politischen Engagement und einer hochwertigen Umsetzung ist es möglich, die bisherigen außergewöhnlichen Fortschritte zu halten und den Impfschutz auf alle Kinder auszudehnen.

Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

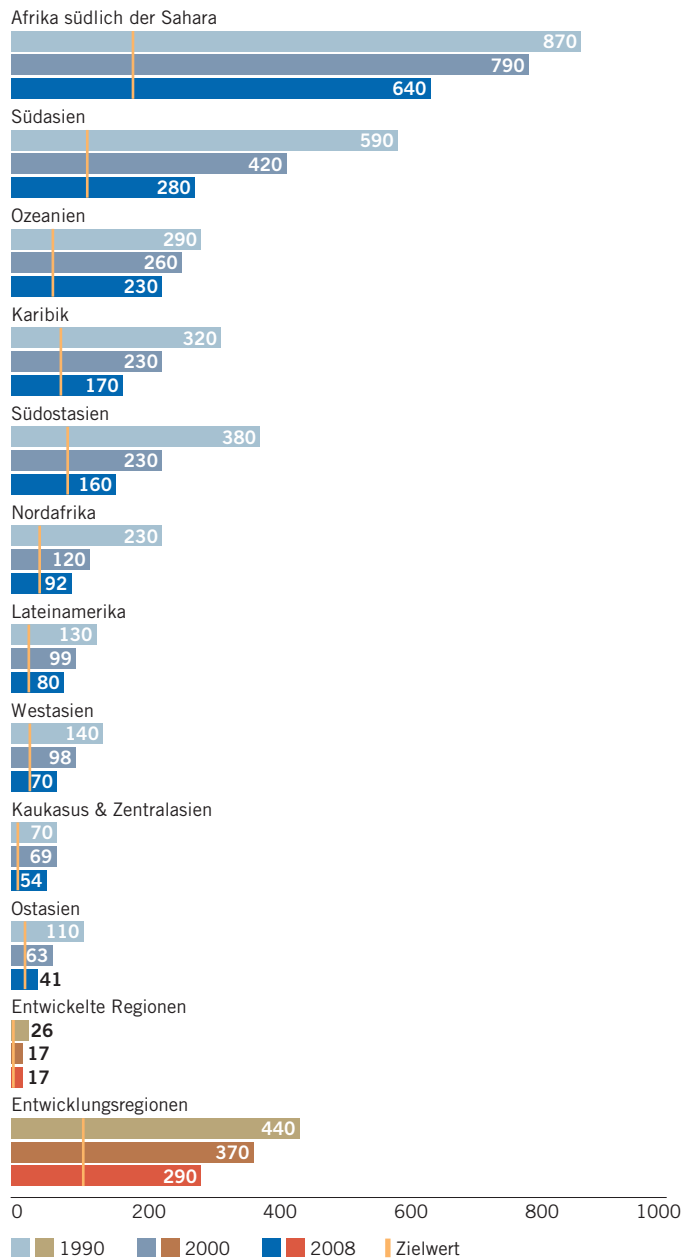


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Trotz einiger Fortschritte ist eine Schwangerschaft für Frauen in mehreren Regionen nach wie vor ein erhebliches Gesundheitsrisiko

Müttersterbefälle je 100.000 Lebendgeburten – 1990, 2000, 2008



Trotz bewährter Maßnahmen, mit denen Behinderungen oder Sterbefälle während der Schwangerschaft und der Geburt verhütet werden könnten, ist die Müttersterblichkeit in vielen Entwicklungsländern nach wie vor eine schwere Bürde. Auch wenn zur Müttersterblichkeit kaum gesicherte Zahlen vorliegen, lassen jüngste Schätzungen auf beträchtliche Fortschritte schließen. In den Entwicklungsregionen insgesamt ging die Müttersterblichkeitsrate zwischen 1990 und 2008 um 34 Prozent, von 440 auf 290 Sterbefälle je 100.000 Lebendgeburten, zurück. Die Millenniums-Zielvorgabe liegt jedoch noch in weiter Ferne.

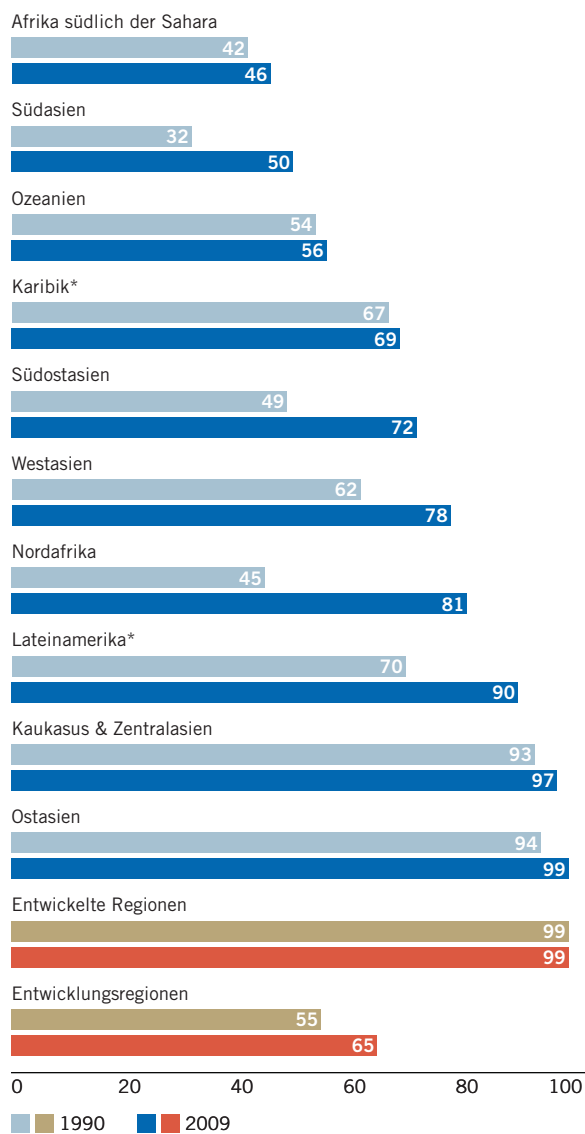
Die größten Fortschritte haben Ostasien, Nordafrika, Südostasien und Südasien erzielt. Zwischen 1990 und 2008 wiesen 90 Länder eine Senkung ihrer Müttersterblichkeitsrate um wenigstens 40 Prozent aus; weitere 57 Länder vermeldeten zumindest einige Erfolge. Dennoch kann und muss mehr getan werden, um das Leben von Frauen zu retten und Behinderungen zu verhüten, die die Zukunft einer Frau und ihrer Familie unwiderruflich verändern könnten. Das gilt insbesondere angesichts der steigenden Zahl der ins fruchtbarste Alter eintretenden jungen Frauen in Ländern, die bereits jetzt größte Schwierigkeiten haben, den aktuellen Bedarf in Bezug auf eine verbesserte gesundheitliche Mütterbetreuung und reproduktionsmedizinische Versorgung zu decken.

Die weitaus meisten Fälle von Müttersterblichkeit treten in Afrika südlich der Sahara und Südasien auf, die 2008 zusammen 87 Prozent der weltweiten Müttersterbefälle auf sich vereinten. Südasien hat stetige Fortschritte erzielt und die Müttersterblichkeitsrate zwischen 1990 und 2008 um 53 Prozent gesenkt. In Afrika südlich der Sahara fiel die Rate dagegen nur um 26 Prozent, obwohl es Anhaltspunkte dafür gibt, dass das Fortschrittstempo seit 2000 gestiegen ist.

Die überwiegende Mehrheit der Müttersterbefälle sind vermeidbar. Die häufigste Todesursache sind Blutungen, zumeist während oder unmittelbar nach der Entbindung, gefolgt von Eklampsie, Sepsis, Komplikationen bei unsachgerechter Abtreibung und indirekten Ursachen wie Malaria und HIV. Außerdem lassen Studien eine höhere Wahrscheinlichkeit der Müttersterblichkeit bei Frauen erkennen, die viele Kinder haben, über wenig Bildung verfügen, entweder sehr jung oder sehr alt sind und geschlechtsbezogener Diskriminierung ausgesetzt sind.

Die fachkundige Betreuung bei der Geburt konnte deutlich ausgeweitet werden, allen voran in Nordafrika und Südasien

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen – um 1990 und um 2009 (in Prozent)



* Nur Entbindungen in Gesundheitsversorgungseinrichtungen.

Entscheidend für die Senkung der Müttersterblichkeit ist die Anwesenheit einer medizinischen Fachkraft bei der Entbindung. Sie kann Maßnahmen ergreifen, um lebensbedrohliche Komplikationen wie schwere Blutungen zu verhüten und zu behandeln, oder die Patientin erforderlichenfalls an eine höhere Betreuungsebene überweisen.

In den Entwicklungsregionen insgesamt stieg der Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen von 55 Prozent im Jahr 1990 auf 65 Prozent im Jahr 2009. Während in vielen Regionen gewaltige Fortschritte erzielt wurden, ist die Betreuungsdichte in Afrika südlich der Sahara und Südasien, wo die meisten Müttersterbefälle auftreten, nach wie vor gering. Nichtsdestoweniger ist in Südasien der Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen deutlich gestiegen – von 32 Prozent im Jahr 1990 auf 50 Prozent im Jahr 2009.

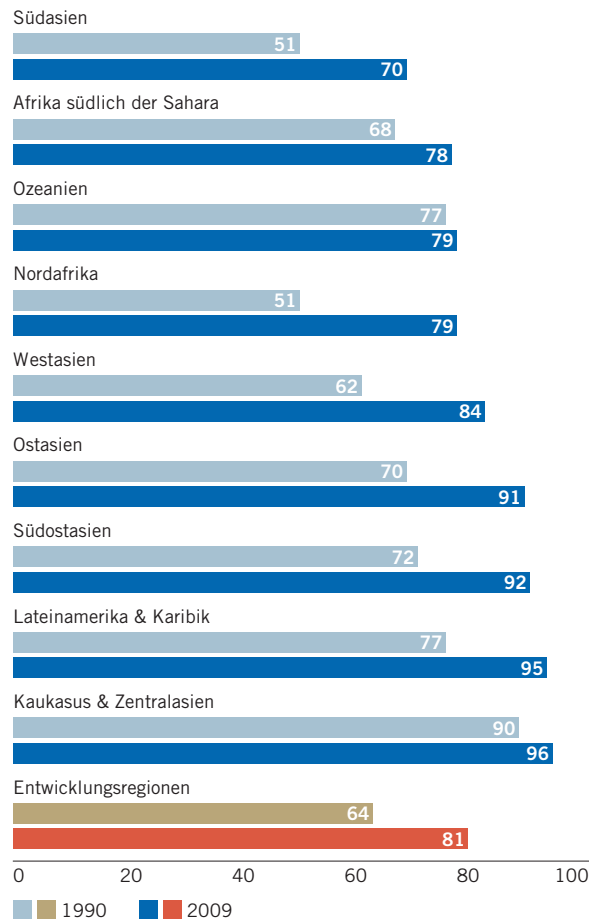


ZIELVORGABE

Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu reproduktiver Gesundheit verwirklichen

In allen Regionen stieg die Zahl der Schwangeren, denen wenigstens eine Mindestversorgung angeboten wird

Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens einmal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden – 1990 und 2009 (in Prozent)



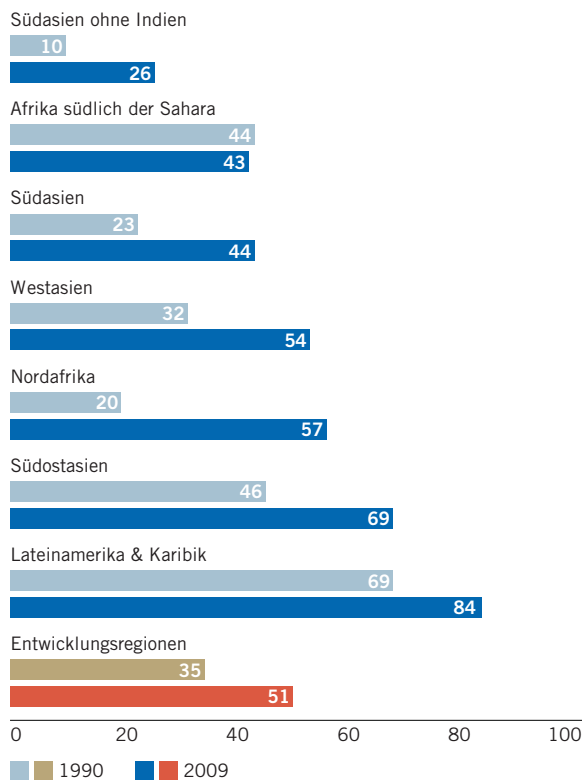
Eine gesundheitliche Betreuung während der Schwangerschaft ist außerordentlich wichtig für die Erkennung und Behandlung von Umständen, die zu Komplikationen bei der Schwangerschaft und der Geburt führen können. Im Rahmen der grundlegenden Schwangerenvorsorge erhalten Frauen ein Paket präventiver Maßnahmen einschließlich Ernährungsberatung. Die Frauen werden außerdem auf Anzeichen von Gefahren hingewiesen, die ihre Schwangerschaft bedrohen können, und bei der Planung einer sicheren Entbindung unterstützt. Überdies können sie in Ländern, in denen die Malaria ende-

misch ist, eine intermittierende Prophylaxe erhalten. HIV-positiven Frauen wird Hilfe gewährt, um die Übertragung des Virus auf das Kind zu vermeiden.

Seit 1990 hat der Anteil der Frauen, die Leistungen der Schwangerenvorsorge erhalten, in allen Regionen beträchtlich zugenommen. In den Entwicklungsregionen insgesamt stieg der Anteil der Schwangeren, die während der Schwangerschaft wenigstens einmal gesundheitlich betreut wurden, von 64 Prozent im Jahr 1990 auf 81 Prozent im Jahr 2009.

Zu wenige Frauen werden während der Schwangerschaft mit der empfohlenen Häufigkeit betreut

Anteil der 15- bis 49-jährigen Schwangeren, die mindestens viermal von einem Leistungserbringer betreut wurden – 1990 und 2009 (in Prozent)

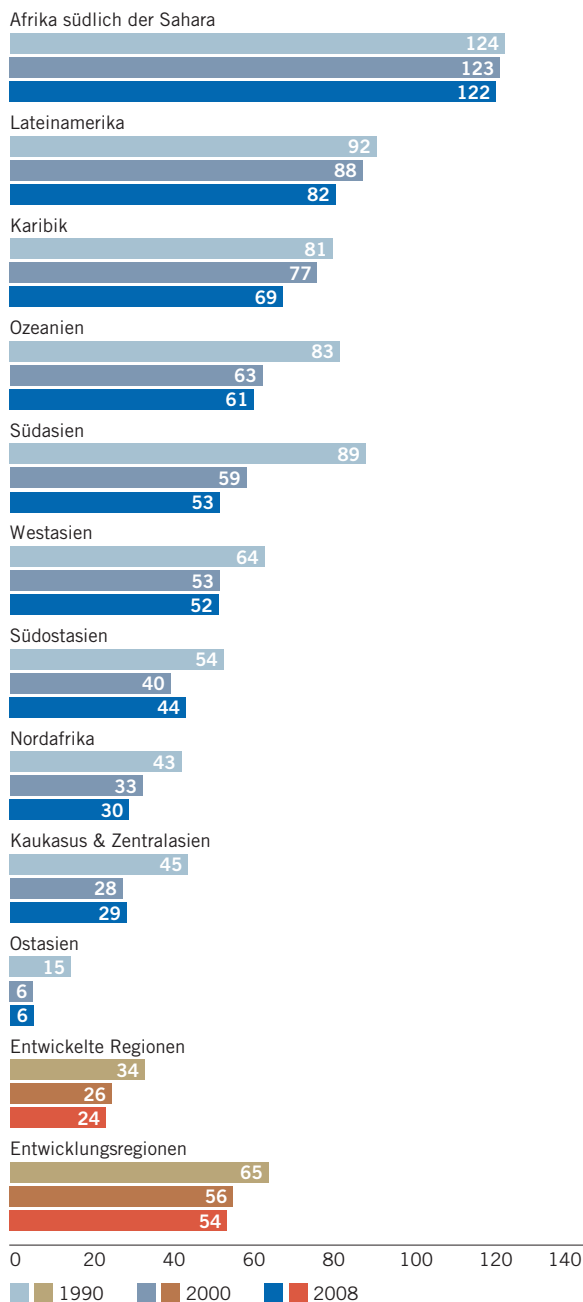


Anmerkung: Für Ostasien liegen keine Daten vor.

Schwangeren werden mindestens vier Vorsorgetermine empfohlen, um sicherzustellen, dass die erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung und Behandlung von Komplikationen ergriffen werden. Der Anteil der Frauen, die die empfohlene Zahl von Terminen wahrnehmen, ist in den Entwicklungsregionen zwar noch immer gering, nimmt aber zu – von 35 Prozent im Jahr 1990 auf 51 Prozent im Jahr 2009.

Der in den 1990er Jahren eingeleitete Rückgang der Jugendschwangerschaften kam in vielen Regionen zum Stillstand

Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren – 1990, 2000 und 2008



Eine sehr frühe Mutterschaft geht mit einem erhöhten Komplikations- oder sogar Sterberisiko einher. Zwischen 1990 und 2000 verzeichnete die Geburtenrate bei Jugendlichen (die Zahl der Geburten je

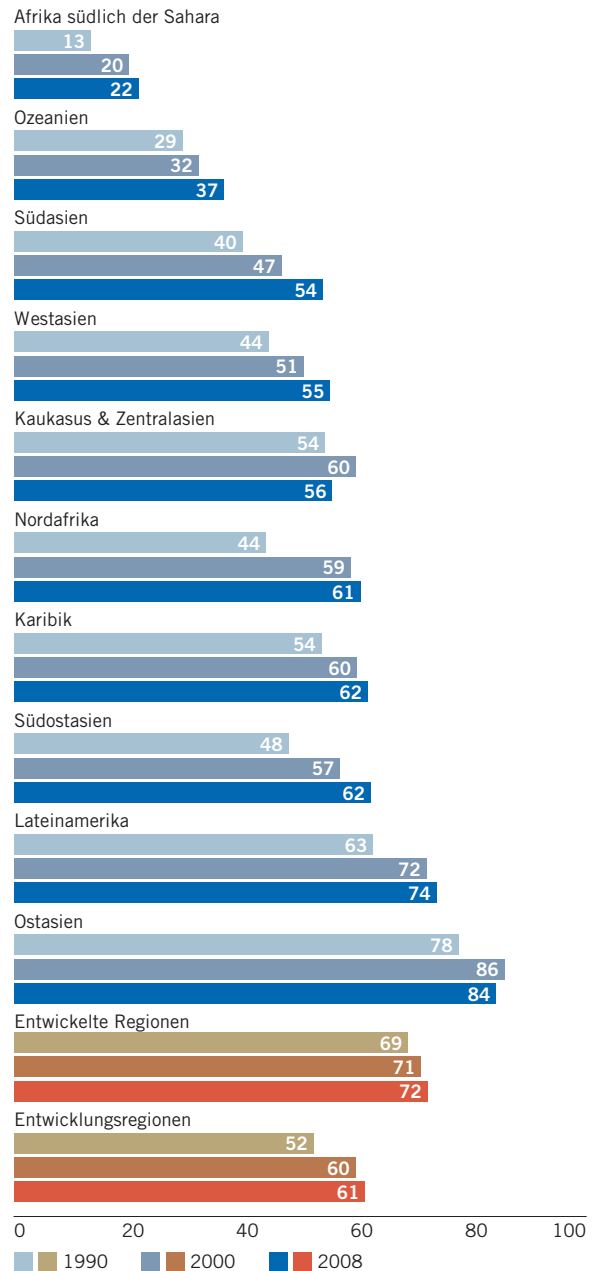
1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren) in fast allen Regionen einen Rückgang, der sich in den folgenden acht Jahren verlangsamte oder sogar in einen Anstieg umkehrte. Die höchste Rate bei Jugendlichen findet sich in Afrika südlich der Sahara (122 Geburten je 1.000 Frauen), wo sie sich seit 1990 kaum verändert hat.

In allen Entwicklungsregionen bekommen Frauen heute weniger Kinder. Dennoch ist auch in einigen dieser Regionen die Jugendfertilität weiter relativ hoch.



Die Verwendung von Verhütungsmitteln steigt, doch wird die Fortsetzung der Erfolge durch die wachsende Zahl gebärfähiger Frauen erschwert

Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen, die eine Verhütungsmethode anwenden – 1990, 2000 und 2008 (in Prozent)



Weltweit bestehen dank des vermehrten Zugangs zu sicheren, erschwinglichen und wirksamen Verhütungsmethoden mehr Möglichkeiten, in Fragen der Fortpflanzung eine Wahl und eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen.

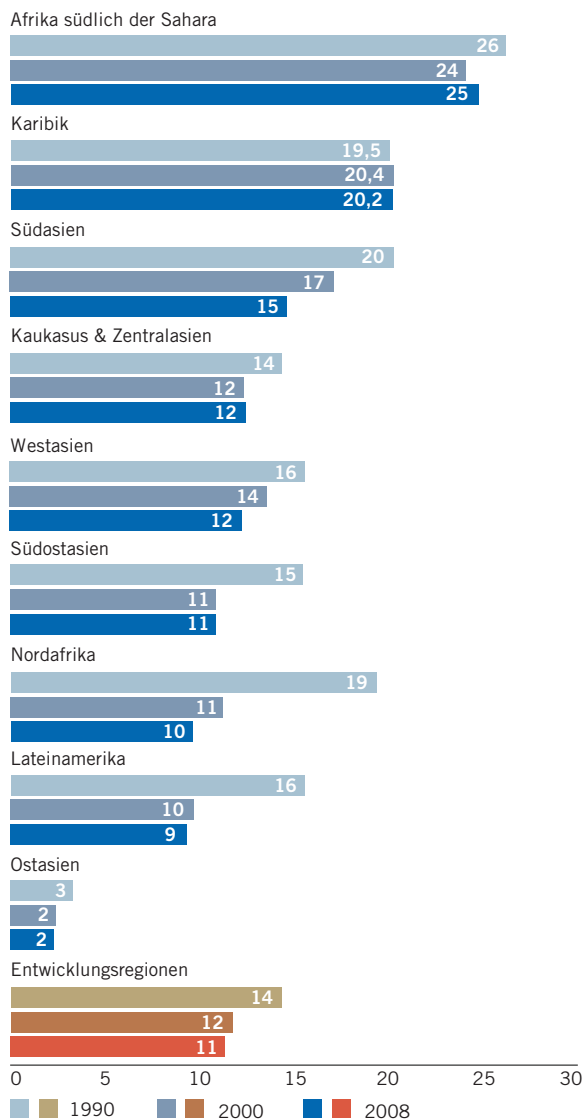
dung zu treffen. Außerdem wird durch die Verhütung von ungewollten Schwangerschaften, Schwangerschaften in geringen zeitlichen Abständen und potenziell riskanten Schwangerschaften sehr junger Frauen die Gesundheit von Mutter und Kind gefördert.

2008 wandten mehr als die Hälfte aller verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen in allen Regionen mit Ausnahme von Afrika südlich der Sahara und Ozeanien Empfängnisverhütung an. Zwischen 2000 und 2008 erlähmte der Fortschritt jedoch nahezu überall. In Afrika südlich der Sahara, ei-

ner Region mit hoher Müttersterblichkeit und begrenztem Zugang zu fachkundiger Betreuung während der Schwangerschaft und bei der Geburt, ist der Anteil der verhütenden Frauen weiterhin am niedrigsten (22 Prozent) und seit 2000 kaum gewachsen. Da die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in den Entwicklungsregionen seit 1990 um fast 50 Prozent gestiegen ist und weiter zunimmt, müssen Familienplanungsprogramme und Gesundheitsdienste allein schon deshalb mehr investieren, um mit der wachsenden Zahl verhütungswilliger Frauen Schritt zu halten.

In vielen Regionen ist der ungedeckte Bedarf an Verhütungsmitteln nach wie vor hoch und die Unterstützung für die Familienplanung unzureichend

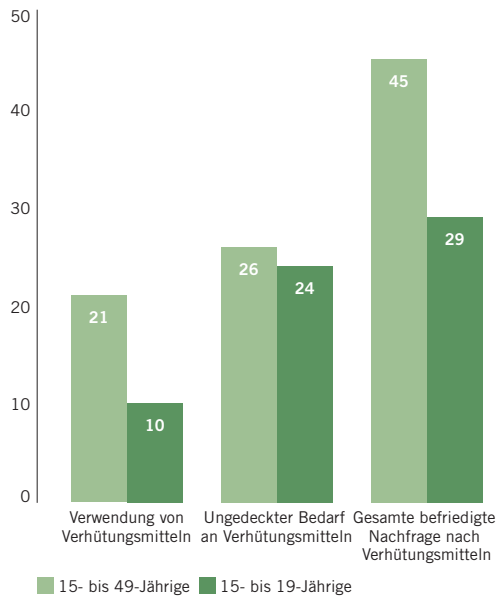
Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen mit ungedecktem Bedarf an Familienplanung – 1990, 2000 und 2008 (in Prozent)



Weltweit können mehr als 120 Millionen verheiratete oder in einer Partnerschaft lebende 15- bis 49-jährige Frauen ihren Bedarf an Familienplanung nicht decken. Mit anderen Worten: Diese Frauen haben den Wunsch, eine Schwangerschaft hinauszuschieben oder zu verhindern, wenden jedoch keine Form der Verhütung an. Der ungedeckte Bedarf an Familienplanung ist seit 2000 in den meisten Regionen gleichbleibend auf mittlerem bis hohem Niveau geblieben, am höchsten allerdings in Afrika südlich der Sahara und der Karibik, wo mindestens ein Fünftel beziehungsweise ein Viertel der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen im gebärfähigen Alter ungedeckten Verhütungsbedarf haben. Am niedrigsten ist der ungedeckte Bedarf an Familienplanung dort, wo die Verwendungsrate von Verhütungsmitteln bereits hoch ist (über 60 Prozent). Dennoch kann selbst in Regionen wie Südostasien und Nordafrika, wo die Verwendung von Verhütungsmitteln schon relativ weit verbreitet ist, der Familienplanungsbedarf von mindestens einem Zehntel der Frauen nicht gedeckt werden.

Jugendliche sind der Schlüssel zur Verbesserung der Müttergesundheit und zur Verwirklichung anderer Millenniums-Entwicklungsziele

Verwendung von, ungedeckter Bedarf an und gesamte befriedigte Nachfrage nach Verhütungsmitteln bei verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen nach Altersgruppen in ausgewählten Ländern Afrikas südlich der Sahara – 1998/2008 (in Prozent)



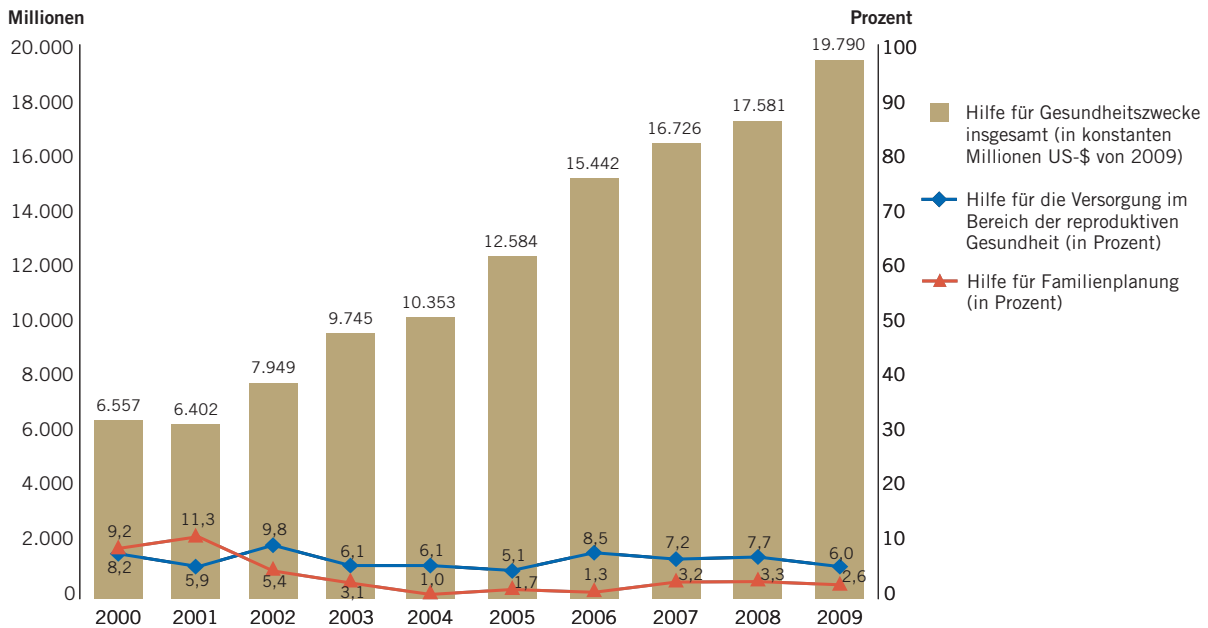
In Afrika südlich der Sahara verwenden Jugendliche wesentlich weniger Verhütungsmittel als alle Frauen im gebärfähigen Alter zusammengenommen, während ihr ungedeckter Bedarf etwa gleich hoch ist (25 Prozent). Dies geht aus den für 22 Länder vorliegenden Daten zur Verwendung von Verhütungsmitteln bei verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 19-jährigen Frauen vor. Somit liegt der Anteil der Jugendlichen, deren Nachfrage nach Verhütungsmitteln befriedigt ist, weit unter dem aller 15- bis 49-jährigen Frauen. Dieses Zugangsgefälle hat sich nach Angaben aus denselben Quellen für frühere Zeiträume wenig verändert, was auf spärliche Fortschritte bei der Verbesserung des Zugangs Jugendlicher zur Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit schließen lässt.

Bevölkerungsschätzungen zufolge nähert sich die weltweite Zahl der 15- bis 19-jährigen Frauen der 300-Millionen-Grenze. Das schnellste Wachstum wird in Afrika südlich der Sahara und in den am wenigsten entwickelten Ländern insgesamt erwartet, wo die mit Schwangerschaft und Mutterschaft verbundenen Risiken am höchsten sind. Es müssen dringend verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um verfrühte oder ungewollte Schwangerschaften in dieser verwundbaren Altersgruppe zu verhüten. Diese Anstrengungen werden nicht nur zu einer Verbesserung der Gesundheit von Mutter und Kind führen, sondern auch zur Verringerung der Armut, Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen beitragen, indem sie die Chancen der jungen Frauen auf einen Schulbesuch und später eine bezahlte Beschäftigung erhöhen.



Die Hilfe für die Familienplanung ist in allen Empfängerländern zurückgegangen

Öffentliche Entwicklungshilfe für Gesundheitszwecke insgesamt (in konstanten Millionen US-\$ von 2009) und Anteil der Versorgung im Bereich reproduktive Gesundheit und der Familienplanung (in Prozent) – 2000-2009



Aufgrund des beträchtlichen ungedeckten Bedarfs an Familienplanung und des erwarteten Anstiegs der Zahl der Frauen und Männer im fortpflanzungsfähigen Alter ist in den kommenden Jahrzehnten mit einer wachsenden Nachfrage auf diesem Gebiet zu rechnen. Eine entsprechende Aufstockung der Mittel für die diesbezüglichen Versorgungsleistungen blieb jedoch aus. Der Anteil der Hilfe für die Familienplanung an der gesamten Hilfe für Gesundheitszwecke ist in den letzten

zehn Jahren gesunken und lag 2009 bei 2,6 Prozent, womit die Pro-Kopf-Hilfe für die Familienplanung in praktisch allen Empfängerländern zurückging. Durch die zuverlässige Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Befriedigung der wachsenden Nachfrage nach Verhütungsmitteln könnten ungewollte Schwangerschaften verhindert und dadurch letztlich die Kosten der gesundheitlichen Versorgung von Müttern und Neugeborenen gesenkt werden.

Ziel 6

Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

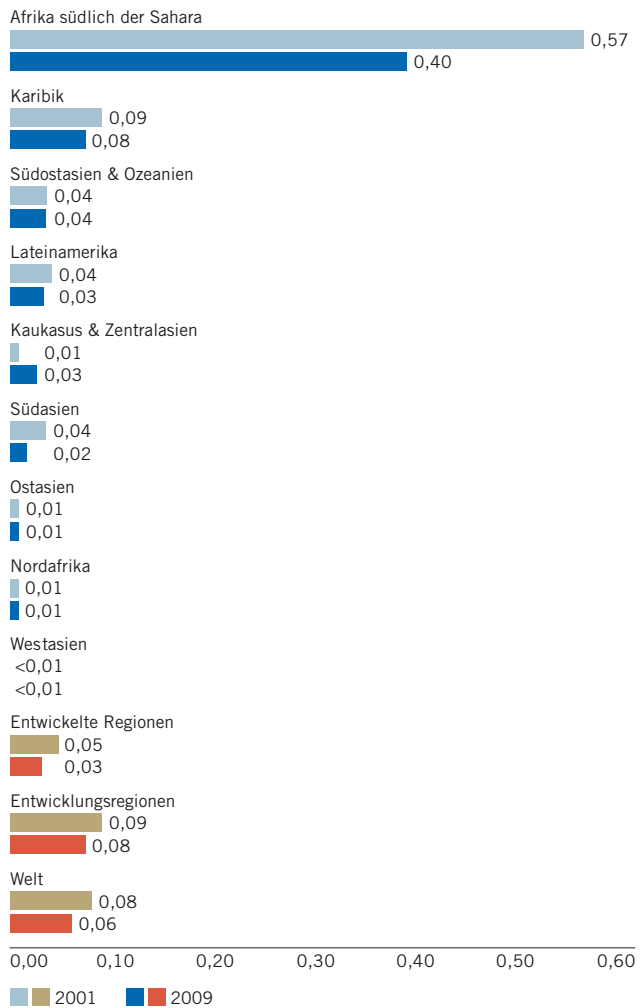


ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Die HIV-Neuinfektionen gehen zurück, vor allem in Afrika südlich der Sahara, aber in anderen Regionen gibt es beunruhigende Entwicklungen

HIV-Inzidenzraten* (Zahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen je 100 Personen im Alter von 15 bis 49 Jahren) – 2001 und 2009



* Die Inzidenzrate ist die Zahl der HIV-Neuinfektionen in einer Bevölkerung während eines bestimmten Zeitraums, ausgedrückt als prozentualer Anteil der erwachsenen Bevölkerung im Alter von 15 bis 49 Jahren. So bedeutet eine Inzidenzrate von 0,4 Prozent im Jahr 2009 in Afrika südlich der Sahara, dass sich in dem Jahr vier von 1.000 Erwachsenen (und damit insgesamt 1,8 Millionen Erwachsene in der Region) neu infizierten.

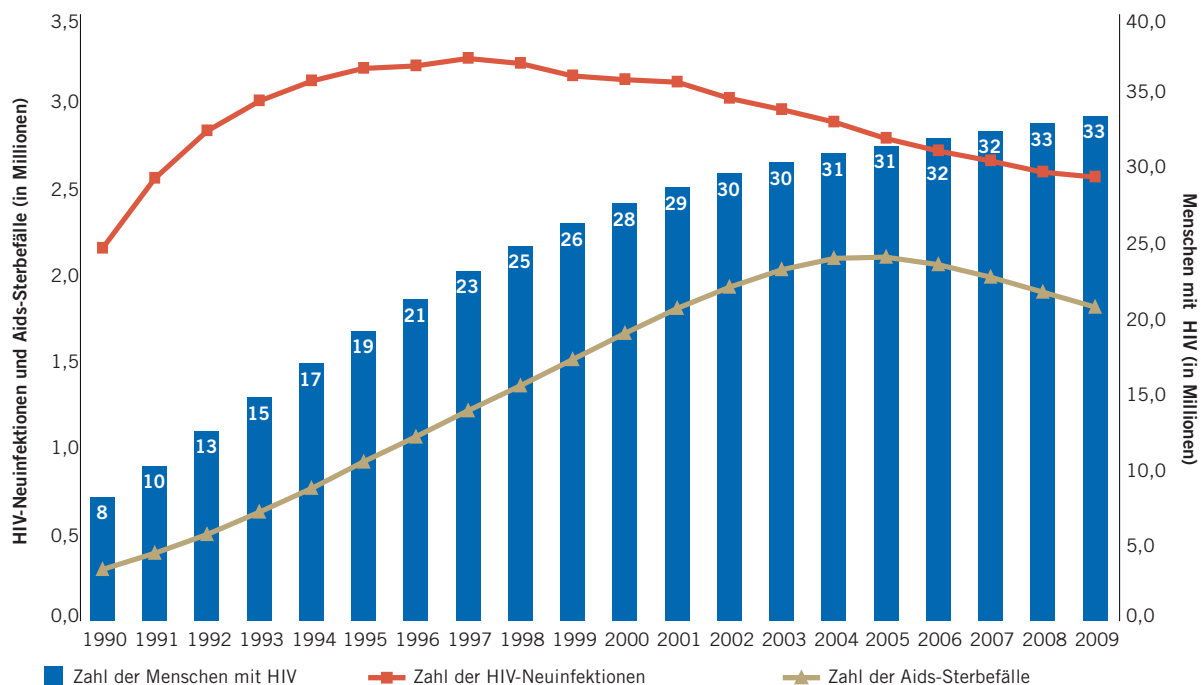
Zwischen 2001 und 2009 ging die HIV-Inzidenzrate stetig zurück, um nahezu 25 Prozent weltweit. Hinter diesem globalen Fortschritt verbergen sich jedoch beträchtliche regionale Un-

terschiede. Während die Inzidenzrate in Afrika südlich der Sahara und Südasien deutlich sank, blieb sie in Ostasien, Westeuropa, Zentraleuropa und Nordamerika unverändert. Noch negativer ist die Entwicklung in Osteuropa und Zentralasien, wo die Rate nach einem anfänglichen Rückgang in der ersten Hälfte der Dekade wieder ansteigt.

2009 infizierten sich schätzungsweise 2,6 Millionen Menschen mit HIV. Das stellt gegenüber 1997, als die Neuinfektionen ihren Höchststand erreichten, einen Rückgang um 21 Prozent dar.

Die Zahl der Menschen, die mit HIV leben, nimmt dank lebensverlängernder Behandlung weiter zu

Zahl der Menschen mit HIV, Zahl der HIV-Neuinfektionen und Zahl der Aids-Sterbefälle weltweit* – 1990-2009 (in Millionen)



* Alle aidsbezogenen Zahlen geben den Median einer Spanne wieder. Dem Schätzwert von 2,6 Millionen Neuinfektionen im Jahr 2009 zum Beispiel liegt eine Spanne von 2,3 Millionen bis 2,8 Millionen zugrunde. Die vollständige Datenreihe der Spannen und der entsprechenden Mediane findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

Die Zahl der Menschen, die eine antiretrovirale HIV- oder Aids-Behandlung erhalten, erhöhte sich von 2004 bis 2009 um das Dreizehnfache. Infolgedessen sank die Zahl der mit Aids verbundenen Sterbefälle im selben Zeitraum um 19 Prozent. Demnach wächst trotz des Rückgangs der Neuinfektionen die Zahl derer, die mit HIV leben.

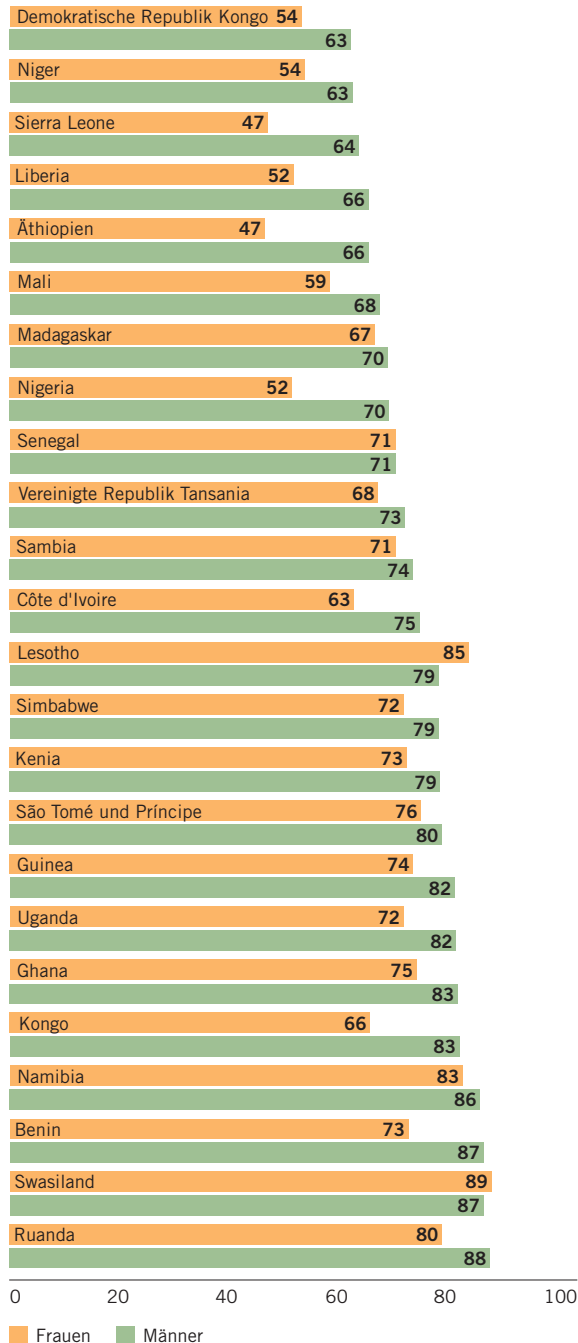
2009 lebten 33,3 Millionen Menschen mit dem Virus, 27 Prozent mehr als 1999. Afrika südlich der Sahara ist mit einem Anteil von 69 Prozent der HIV-Neuinfektionen, 68 Prozent aller Menschen mit HIV und 72 Prozent der Aids-Sterbefälle nach wie vor die am

stärksten betroffene Region. Andere Regionen blieben jedoch von der Epidemie nicht verschont: Außerhalb Afrikas südlich der Sahara leben 10,8 Millionen Menschen mit dem Virus.

Frauen und junge Menschen sind besonders gefährdet. Weltweit sind knapp 23 Prozent aller Menschen mit HIV jünger als 25 Jahre, und auf die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen entfallen 41 Prozent der Neuinfektionen bei den über 15-Jährigen. 2009 stellten Frauen die knappe Mehrheit (rund 51 Prozent) der Menschen mit HIV.

Die meisten jungen Menschen haben kein umfassendes HIV-Wissen, kennen mittlerweile aber konkrete Möglichkeiten, seine Ausbreitung zu verhüten

Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die wissen, dass sie das Risiko einer HIV-Infektion durch die Benutzung von Kondomen bei jedem Geschlechtsverkehr verringern können, in ausgewählten Ländern – 2005/2009 (in Prozent)



Zu wissen, wie sich HIV ausbreitet, ist der erste Schritt zur Vermeidung einer Infektion. Im Durchschnitt sind nur 33 Prozent der jungen Männer und 20 Prozent der jungen Frauen in den Entwicklungsregionen umfassend und richtig über HIV informiert.¹

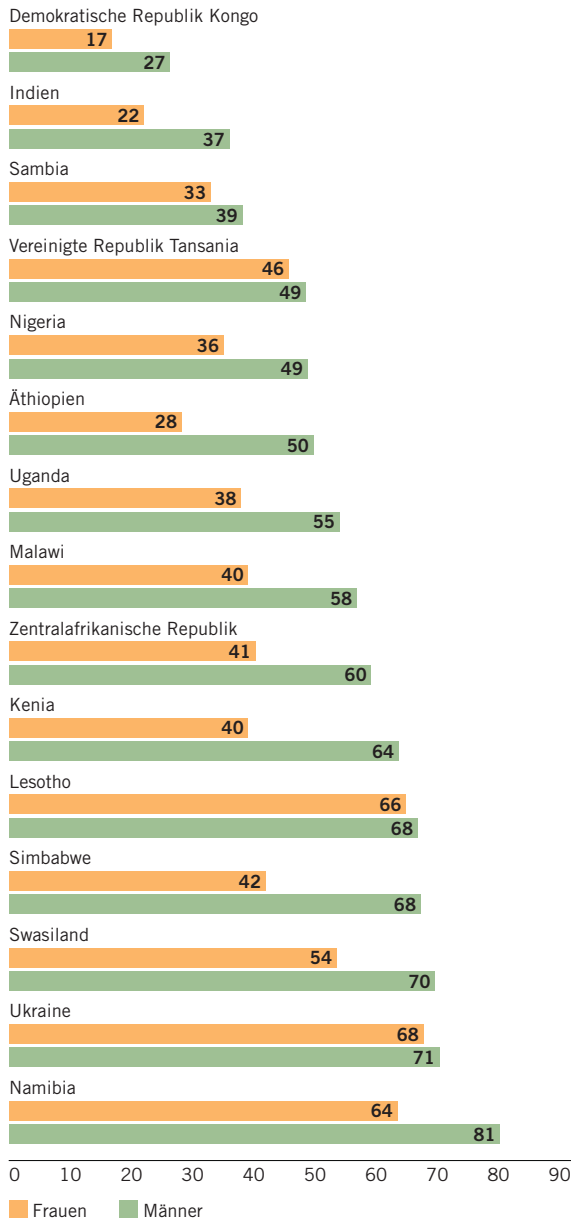
Trotz unverändert niedriger globaler Durchschnittswerte haben einige Länder beeindruckende Fortschritte dabei erzielt, das anhand der fünf Komponenten des Indikators zu messende Wissen der Menschen über HIV zu mehren. So sind Kenntnisse der Methoden, die zur Vermeidung einer HIV-Übertragung angewandt werden können, unter jungen Menschen im Allgemeinen weit verbreitet.

Nach neueren Daten aus Bevölkerungsbefragungen in ausgewählten Ländern Afrikas südlich der Sahara liegt der Anteil junger Menschen, die wissen, dass die Benutzung von Kondomen die Wahrscheinlichkeit einer HIV-Infektion verringern kann, je nach Land zwischen etwa 50 Prozent und fast 90 Prozent. In nahezu allen Ländern, in denen Befragungen durchgeführt wurden, verfügen jedoch junge Frauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit über derartiges Wissen. Zudem sind junge Menschen in ländlichen Gebieten weniger mit Verhütungsmethoden vertraut als ihre städtischen Altersgenossen.

¹ China nicht eingerechnet.

In vielen Entwicklungsländern ist die Verwendung von Kondomen zur HIV-Prävention immer noch gefährlich niedrig, vor allem unter Frauen

Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die angeben, bei Geschlechtsverkehr mit erhöhtem Risiko ein Kondom zu benutzen, in ausgewählten Ländern – 2005/2009 (in Prozent)



Junge Menschen in den Entwicklungsregionen benutzen bei Geschlechtsverkehr mit erhöhtem Risiko noch selten Kondome. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara machten im Durchschnitt weniger als die Hälfte

der jungen Männer und nur etwas mehr als ein Drittel der jungen Frauen bei ihrer letzten risikoreichen sexuellen Aktivität von diesem Verhütungsmittel Gebrauch.

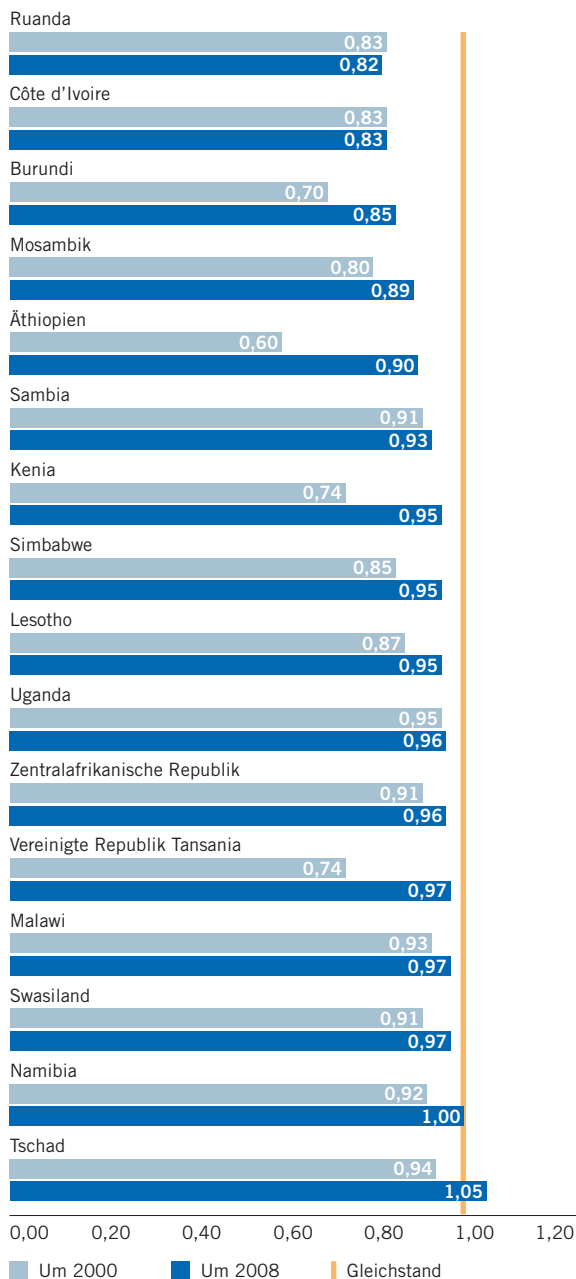
Trotz der niedrigen Durchschnittswerte bei der Kondombenutzung gibt es Länder, die gegenüber anderen besser abschneiden und in denen junge Männer oder Frauen zu mindestens 60 Prozent ein Kondom verwenden. Das Gefälle bleibt jedoch bestehen.

Junge Frauen in Entwicklungsländern benutzen bei Geschlechtsverkehr, der mit besonderen Risiken verbunden ist, seltener Kondome als junge Männer. Die Kondombenutzung ist außerdem unter jungen Menschen in ärmeren Haushalten und in ländlichen Gebieten sehr viel weniger verbreitet.



In Afrika südlich der Sahara besuchen mehr durch Aids verwaiste Kinder nun eine Schule und haben damit bessere Chancen, lebenswichtigen Schutz und Unterstützung zu erhalten

Verhältnis der Schulbesuchsquote von 10- bis 14-jährigen Kindern, die beide Eltern verloren haben, zur Schulbesuchsquote von gleichaltrigen Nichtwaisen in ausgewählten Ländern in Afrika südlich der Sahara – um 2000 und um 2008



Für Kinder sind die Auswirkungen der HIV-Epidemie in gesundheitlicher wie in sozialer Hinsicht besonders schmerzhaft. 2009 verloren weltweit schätzungsweise 16,6 Millionen und damit mehr Kinder als 2005 (14,6 Millionen) einen oder beide Elternteile durch Aids. Von diesen Kindern leben 14,8 Millionen in Afrika südlich der Sahara.²

Bildung ist für die Zukunft der Kinder lebenswichtig, und die Schule kann ihnen ein sicheres, strukturiertes Umfeld bieten, in dem sie von Erwachsenen emotionale Unterstützung erhalten und beaufsichtigt werden. Aus den unterschiedlichen Schulbesuchsquoten ist zu schließen, dass Kinder, die beide Eltern verloren haben, mit geringerer Wahrscheinlichkeit zur Schule gehen als Kinder, deren Eltern beide leben und die bei mindestens einem Elternteil wohnen. Diese Lücke schließt sich jedoch in Afrika südlich der Sahara schnell.

Die jüngsten Fortschritte sind bemerkenswert. In einigen Ländern, in denen auf Erhebungen beruhende Trenddaten verfügbar sind, ist die Schulbesuchsquote bei verwaisten 10- bis 14-Jährigen auf nahezu den gleichen Stand wie die der anderen Kinder gestiegen. Diese Verbesserungen deuten darauf hin, dass Maßnahmen wie die Abschaffung von Schulgebühren und die gezielte bildungsbezogene Unterstützung für Waisen und andere verwundbare Kinder Wirkung zeigen. Überdies wächst die Einsicht, dass ein kindgerechter sozialer Schutz eine wichtige Rolle dabei spielt, die Unterstützung für Kinder, die durch Aids verwaist oder verwundbar geworden sind, großflächig auszuweiten und ihnen einen kontinuierlichen Schulbesuch zu ermöglichen.

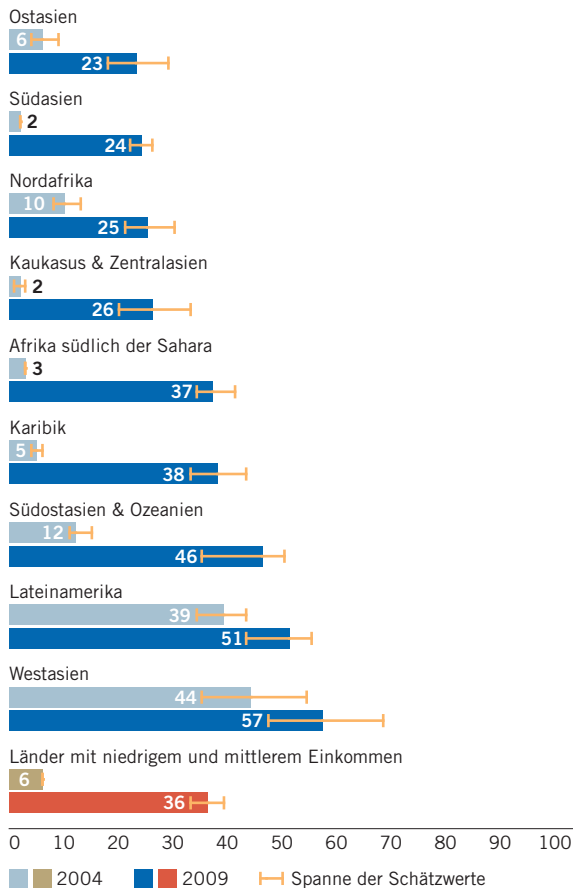
² Die Zahlen der durch Aids verwaisten Kinder sind Schätzwerte. Die Unter- und Obergrenzen dieser Schätzwerte finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

ZIELVORGABE

Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/AIDS-Behandlung für alle, die sie benötigen, verwirklichen

Die HIV- und Aids-Behandlung ist rasch ausgeweitet worden, aber nicht schnell genug, um die Zielvorgabe des allgemeinen Zugangs bis 2010 zu erreichen

Anteil der Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Behandlung erhalten* – 2004 und 2009 (in Prozent)



* Die Quote der antiretroviral Behandelten wird in der Gruppe der Menschen mit HIV gemessen, deren CD4-Zellzahl nicht mehr als 350 Zellen/mm³ beträgt.

Ende 2009 erhielten in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen 5,25 Millionen Menschen eine antiretrovirale HIV- oder Aids-Therapie. Das ist ein sprunghafter Anstieg um über 1,2 Millionen Menschen seit Dezember 2008 und der stärkste Zuwachs, der je in einem Jahr erreicht wurde.

Einige Länder, darunter Botsuana, Guyana, Kambodscha, Kroatien, Kuba, Oman, Ruanda und Rumänien, haben den allgemeinen Zugang (definiert als Behandlungsquote von mindestens 80 Prozent der Bedürftigen) zu antiretroviraler Therapie und/oder Maßnahmen zur Prävention einer HIV-Übertragung von Mutter zu Kind bereits erreicht. Für eine ganze Reihe von Ländern war die Verwirklichung des allgemeinen Zugangs bis Ende 2010 zum Greifen nah. Trotz dieser ermutigenden Feststellungen ist die globale Zielvorgabe für die HIV-Behandlung in dem Jahr wahrscheinlich nicht erreicht worden.

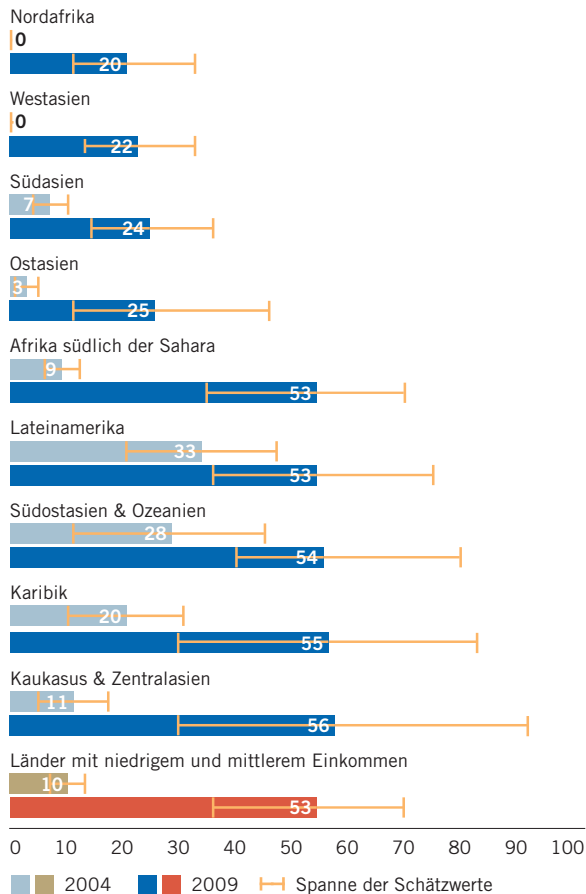
2009 überarbeitete die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihre Richtlinien für die Behandlung von Erwachsenen und Jugendlichen mit HIV, einschließlich Schwangerer. Die Zahl der Menschen, die nach der WHO-Definition Ende 2009 eine antiretrovirale Therapie benötigten, stieg damit von 10,1 Millionen auf 14,6 Millionen. Mittelfristig ist zu erwarten, dass die zur Einhaltung dieser Richtlinien erforderlichen höheren Anfangsinvestitionen in vollem Umfang durch einen Rückgang der Krankenhausaufenthalte und der Erkrankungs- und Sterblichkeitsraten ausgeglichen werden.

Legt man die neuen Richtlinien von 2009 zugrunde, stieg die Quote der antiretroviral Behandelten von 28 Prozent im Dezember 2008 auf 36 Prozent Ende 2009. Nach den Richtlinien von 2006 wäre 2009 eine globale Behandlungsquote von 52 Prozent erreicht worden.

Die Quote der antiretroviral Behandelten variiert nach Geschlecht und Alter. 2009 lag sie bei Frauen (39 Prozent) höher als bei Männern (31 Prozent). Außerdem war die Behandlungsquote in der Gruppe der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei Kindern geringer als bei Erwachsenen. In diesen Ländern stieg die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die eine antiretrovirale Therapie erhielten, zwischen Ende 2008 und Ende 2009 von 275.300 auf etwa 356.400. Dies entspricht einem Anteil von etwa 28 Prozent aller behandlungsbedürftigen Kinder, ein Zuwachs gegenüber den 22 Prozent des Vorjahres.

Die Verringerung des HIV-Risikos für Neugeborene kommt stetig voran

Anteil der Frauen, die zur Prävention einer HIV-Übertragung von Mutter zu Kind antiretrovirale Medikamente erhalten – 2004 und 2009 (in Prozent)



Ohne Behandlung werden sich rund ein Drittel der Kinder von Frauen mit HIV im Mutterleib, bei der Geburt oder beim Stillen mit dem Virus infizieren. Dieses Risiko kann durch die Behandlung der werdenden Mutter mit antiretroviralen Medikamenten erheblich verringert werden.

Schätzungsweise 53 Prozent der Schwangeren mit HIV erhielten 2009 antiretrovirale Medikamente, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert von 45 Prozent. Rund 91 Prozent der 1,4 Millionen behandlungsbedürftigen Schwangeren leben in Afrika südlich der Sahara.

ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Dank intensiver Malariabekämpfung wurden die Malariasterbefälle um 20 Prozent gesenkt und die stark betroffenen afrikanischen Länder spürbar vorgebracht

Im Kampf gegen Malaria werden große Fortschritte erzielt. Im letzten Jahrzehnt ging die Zahl der Malariafälle und -sterbefälle dank der Erhöhung der Finanzmittel und der verstärkten Aufmerksamkeit für die Malariabekämpfung weithin zurück. Erreicht wurde dies durch entscheidende Maßnahmen, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, die der Entwicklung wirksamerer Instrumente zur Malariaprävention und -bekämpfung dienten, darunter langlebige imprägnierte Moskitonetze und Kombinationstherapien auf Artemisininbasis. Außerdem wurden die Engpässe bei der Herstellung, Beschaffung und Verteilung dieser Instrumente verringert.

Weltweit gingen die Malariasterbefälle zwischen 2000 und 2009 von fast 985.000 auf 781.000, also um etwa 20 Prozent, zurück, während die Malariafälle zwischen 2000 und 2005 von rund 233 Millionen auf 244 Millionen zunahmen, 2009 jedoch auf 225 Millionen sanken. In allen Ländern ist der Rückgang der intensiven Malariabekämpfung zu verdanken. Europa und Amerika verzeichneten die höchste prozentuale, Afrika die höchste absolute Abnahme. 90 Prozent aller Malariasterbefälle treten jedoch weiterhin in Afrika südlich der Sahara auf, die meisten davon bei Kindern unter fünf Jahren.

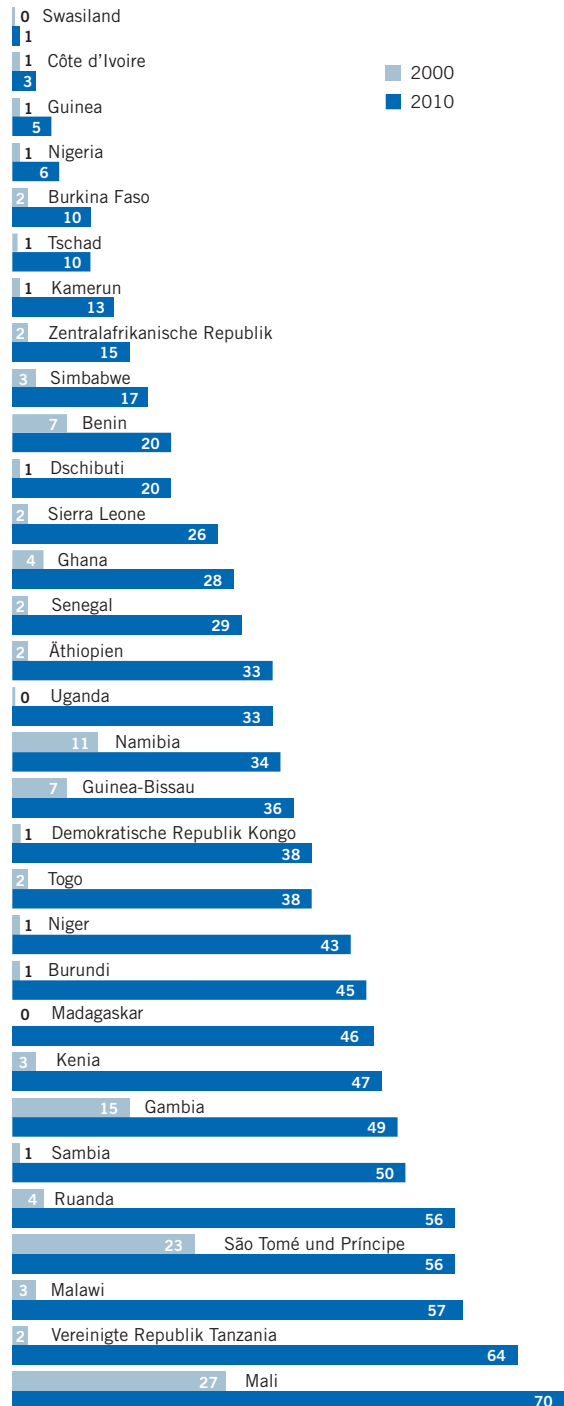
Seit 2000 ist die Zahl der bestätigten Malariafälle (und/oder der gemeldeten Krankenhauseinweisungen wegen Malaria) und -sterbefälle in 11 Ländern Afrikas um mehr als 50 Prozent gesunken: Algerien, Botsuana, Eritrea, Kap Verde, Madagaskar, Namibia, Ruanda, Sambia, São Tomé und Príncipe, Südafrika und Swasiland. In den anderen Regionen nahmen die bestätigten Malariafälle zwischen 2000 und 2009 in 31 der 56 Länder, in denen die Malaria endemisch ist, um mehr als die Hälfte ab, in acht weiteren Ländern um 25 bis 50 Prozent. 2009 wurde in Europa erstmals kein Fall von Malaria des Typs *Plasmodium falciparum* gemeldet. 2010 bestätigte die WHO die Ausrottung der Malaria in Marokko und Turkmenistan.

2009 gab es Anzeichen für eine Zunahme der Malariafälle in drei Ländern, die zuvor eine Abnahme verzeichnet hatten (Ruanda, Sambia und São Tomé und Príncipe). Das Wiedererstarken der Krankheit lässt sich nicht eindeutig erklären, zeigt jedoch die Fragilität der Fortschritte bei der Bekämpfung und die Notwendigkeit, Antimalariaprogramme selbst bei deutlich gesenkten Fallzahlen strikt weiterzuführen.



Die Verwendung von Moskitonetzen nimmt in Afrika rasch zu und rettet Kinderleben

Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die unter einem imprägnierten Moskitonetz schlafen, in Ländern Afrikas südlich der Sahara mit mindestens zwei vergleichbaren Datenpunkten – um 2000 und um 2010 (in Prozent)



Eine der wirksamsten Formen der Malariaprävention besteht darin, unter einem imprägnierten Netz zu schlafen, denn Mücken als Träger des Malariaparasiten stechen meistens nachts. Durch eine regelmäßige Verwendung von Moskitonetzen können Sterbefälle bei Kindern unter fünf Jahren verringert werden.

In den vergangenen zehn Jahren war weltweit, insbesondere in Afrika, eine bemerkenswerte Steigerung bei der Produktion, Anschaffung und Verteilung imprägnierter Moskitonetze zu verzeichnen. Daten aus Haushaltserhebungen lassen deutliche Zuwächse beim Besitz von Netzen wie auch bei deren Verwendung für Kinder erkennen. Zwischen 2008 und 2010 wurden in Afrika südlich der Sahara 290 Millionen Netze verteilt, was ausreichte, um 2010 76 Prozent der 765 Millionen gefährdeten Menschen zu versorgen.

Die meisten afrikanischen Länder mit Daten für 2009-2010 weisen eine dichtere Versorgung mit Moskitonetzen und geringere Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen auf, was vor allem auf die landesweiten Kampagnen zur kostenlosen Verteilung von Netzen insbesondere in armen, ländlichen Gebieten zurückzuführen ist. Der Anteil der Kinder, die unter einem imprägnierten Moskitonetz schlafen, ist heute in den ländlichen Gebieten Afrikas ebenso hoch wie in den städtischen.

Mehr afrikanische Kinder erhalten die empfohlenen Malariamedikamente, entscheidend ist jedoch nach wie vor eine genaue Diagnose

Malaria muss schnell diagnostiziert und behandelt werden, um lebensbedrohliche Komplikationen zu verhindern. Entscheidend ist jedoch eine genaue Diagnose. So ist Fieber bei Kindern in den meisten Fällen nicht durch Malaria bedingt und sollte nicht mit Malariamedikamenten behandelt werden. 2010 erklärte die WHO, dass jeder Mensch mit Malariaverdacht vor einer Behandlung das Recht auf einen Diagnosetest hat, statt wegen Verdachts aufgrund klinischer Symptome wie Fieber behandelt zu werden.

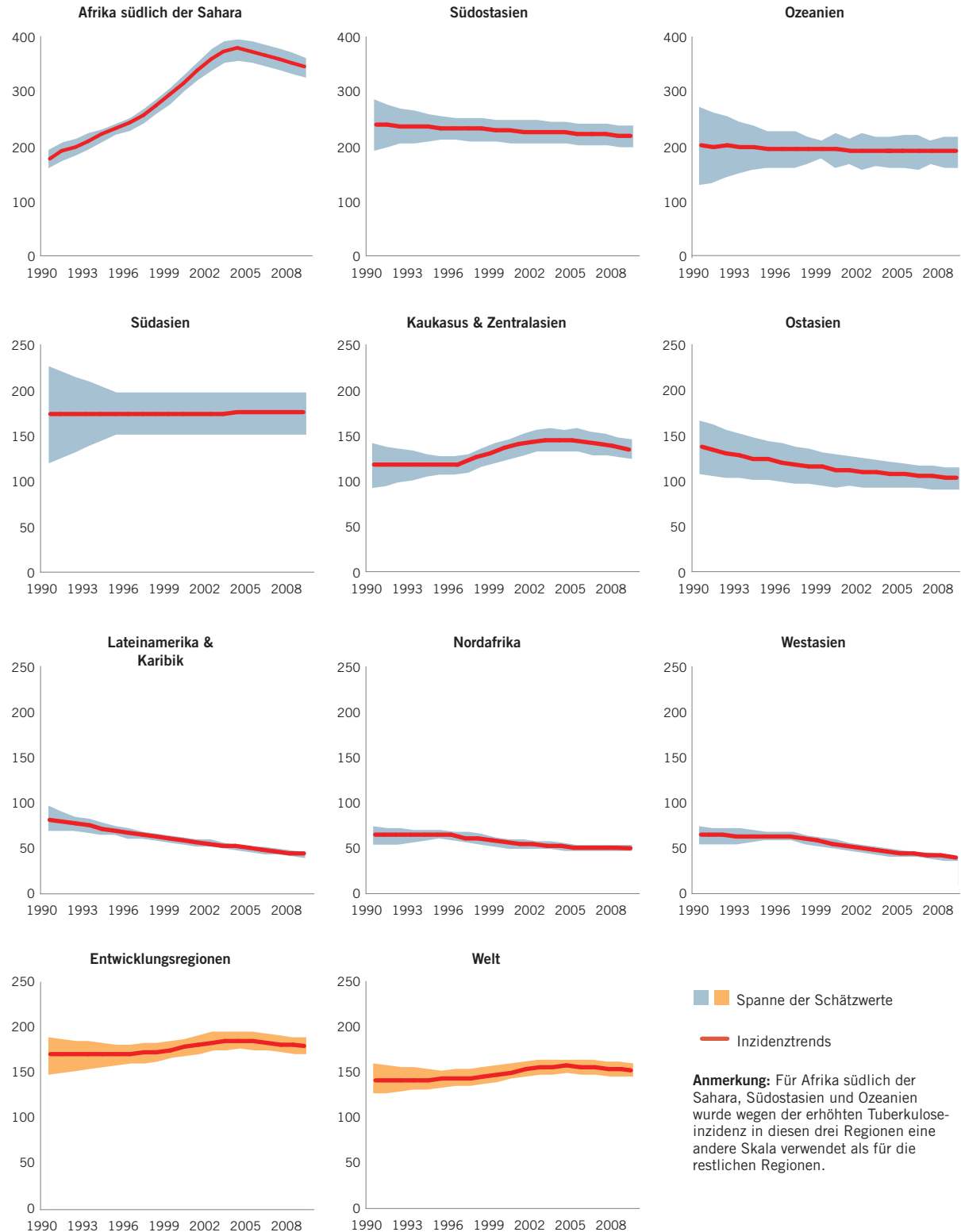
Demzufolge entspricht ein Indikator für den Anteil der Kinder mit Fieber, die Malariamedikamente erhalten, nicht den aktuellen Behandlungsrichtlinien und ist mit Vorsicht zu interpretieren. Haushaltserhebungen zufolge erhielten im Zeitraum von 2008 bis 2010 38 Prozent der fiebernden Kinder in Afrika südlich der Sahara Malariamedikamente, was sich bei einer Bestätigung der Verdachtsfälle durch Diagnosetests als Untererfassung des Anteils geeigneter Malariabehandlung erweisen könnte. Der Wert kann aber auch medikamentös behandelte Patienten enthalten, die die Krankheit gar nicht haben.

In fast allen afrikanischen Ländern wird bei einer unkomplizierten Malaria eine Kombinationstherapie auf Artemisininbasis empfohlen. In fünf afrikanischen Ländern mit Trenddaten zu Medikamentenarten erhält ein größerer Anteil der fiebernden Kinder, die Malariamedikamente einnehmen, diese Erstlinienbehandlung.



Die sinkende Tuberkuloseinzidenz rückt die Millenniumzielvorgabe in greifbare Nähe

Zahl der neuen Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (Inzidenz) (einschließlich HIV-positiver Menschen) – 1990-2009



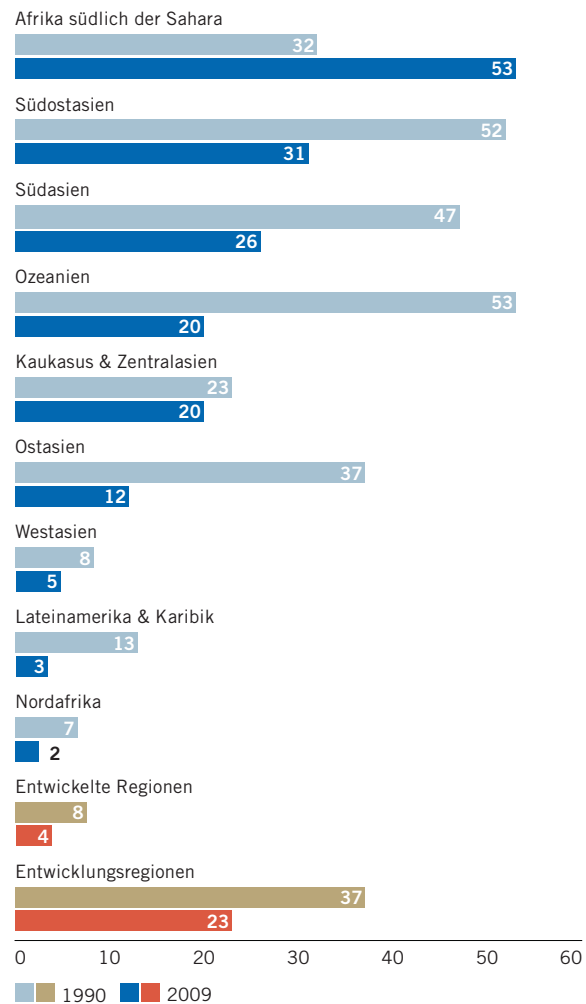
Die Tuberkulosebelastung lässt allmählich nach. Weltweit erreichte die Inzidenzrate 2004 mit 142 Fällen je 100.000 Menschen ihren Höchststand. Sie ist seither jährlich um rund 1 Prozent gefallen und belief sich 2009 auf 137 Fälle je 100.000 Menschen. Damit wurden in dem Jahr weltweit schätzungsweise 9,4 Millionen Menschen (bei einer Spanne von 8,9 bis 9,9 Millionen)³ erstmals mit dieser Krankheit diagnostiziert, ebenso viele wie 2008. Setzen diese Trends sich fort, dann ist die Welt auf gutem Weg, das Ziel einer stagnierenden oder rückläufigen Tuberkuloseinzidenz zu verwirklichen.

2009 wurden die meisten Tuberkulose-Neuerkrankungen in Asien (55 Prozent) und Afrika (30 Prozent) gemeldet. Die fünf Länder mit den höchsten Fallzahlen waren Indien, China, Südafrika, Nigeria und Indonesien. China und Indien vereinten zusammen 35 Prozent der neuen Tuberkulosefälle in der Welt auf sich. Schätzungsweise 12 Prozent der Menschen, bei denen die Krankheit 2009 erstmals diagnostiziert wurde, waren HIV-positiv, und rund 80 Prozent dieser Fälle entfielen auf Afrika südlich der Sahara.

³ Alle tuberkulosebezogenen Zahlen geben den Median einer Spanne wieder. Die vollständige Datenreihe der Spannen und der entsprechenden Mediane findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

Tuberkuloseprävalenz und Tuberkulosesterblichkeit sind ebenfalls rückläufig

Zahl der Tuberkulosesterbefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990 und 2009



Die Tuberkulose-Sterblichkeitsraten sinken in allen Regionen. Weltweit ist die Zahl der dieser Krankheit zugeschriebenen Sterbefälle seit 1990 um mehr als ein Drittel zurückgegangen. 2009 war Tuberkulose die Todesursache für etwa 1,3 Millionen Menschen, die nicht HIV-infiziert waren. Weitere 0,4 Millionen Tuberkulosesterbefälle wurden unter HIV-positiven Menschen verzeichnet. Die Gesamtzahl von 1,7 Millionen Sterbefällen entspricht 26 Sterbefällen je 100.000 Menschen.

Nach aktuellen Prognosen könnte das Ziel der Partnerschaft „Stopp der Tb“, bis 2015 die Sterberaten von 1990 zu halbieren, auf globaler Ebene und in einigen Regionen erreicht werden. Mehreren Regionen ist dies bereits gelungen.

Auch die Tuberkuloseprävalenz sinkt in den meisten Regionen. 2009 lebten etwa 14 Millionen Menschen mit der Krankheit. Das entspricht 200 Fällen je 100.000 Menschen. Noch ist jedoch unklar, wohin

der Trend geht. Nur Westasien scheint auf gutem Weg, entsprechend der Zielstellung der Partnerschaft „Stopp der Tb“ bis 2015 die Prävalenzraten von 1990 zu halbieren.

Dank einer effektiven internationalen Strategie für die Tuberkulosediagnose und -therapie sind seit 1995 nahezu 6 Millionen Menschenleben gerettet worden

Die heutigen Fortschritte bei der Tuberkulosebekämpfung sind das Ergebnis intensiver Anstrengungen, die in den vergangenen 15 Jahren unternommen wurden, um die DOTS (direkt überwachte Kurzzeittherapie)-Strategie (1995-2005) und ihre Nachfolgerin, die Strategie „Stopp der Tb“ (seit 2006), umzusetzen. Zwischen 1995 und 2009 wurden im Rahmen dieser Strategien insgesamt 41 Millionen Tuberkulosepatienten erfolgreich behandelt, was sich für nahezu 6 Millionen Menschen als lebensrettend erwies.

2009 wurden weltweit 5,8 Millionen offiziell diagnostizierte Tuberkulosefälle gemeldet. Das entspricht etwa 63 Prozent der geschätzten Zahl aller Fälle. Von den Patienten, die 2008 ihre Diagnose erhielten, wurden 86 Prozent erfolgreich behandelt, womit die Zielvorgabe der erfolgreichen Behandlung von 85 Prozent der neu diagnostizierten Fälle überschritten wurde.

Trotz dieser positiven Ergebnisse und der damit zusammenhängenden Maßnahmen wie der antiretroviralen

Therapie bleibt noch sehr viel mehr zu tun. Bei rund einem Drittel der Neuerkrankungen wird die empfohlene Strategie nicht angewandt. Überdies werden etwa 90 Prozent der Patienten mit multiresistenter Tuberkulose weder mit der Krankheit diagnostiziert noch nach den internationalen Richtlinien behandelt. Viele Menschen mit Tuberkulose, die auch HIV-positiv sind, wissen nicht um ihren HIV-Status und erhalten noch keine antiretrovirale Therapie. Obwohl in den letzten 10 Jahren mehr Ressourcen bereitgestellt und in vielen Ländern beträchtliche Finanzmittel aus dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria aufgewandt wurden, bestehen nach wie vor große Finanzierungslücken.

In den kommenden fünf Jahren muss verstärkt darauf hingewirkt werden, das Spektrum der nach der Strategie „Stopp der Tb“ vorgesehenen Maßnahmen und Ansätze im Einklang mit den im Globalen Plan „Stopp der Tb“ 2011-2015 festgelegten Zielen zu planen, zu finanzieren und durchzuführen.



Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

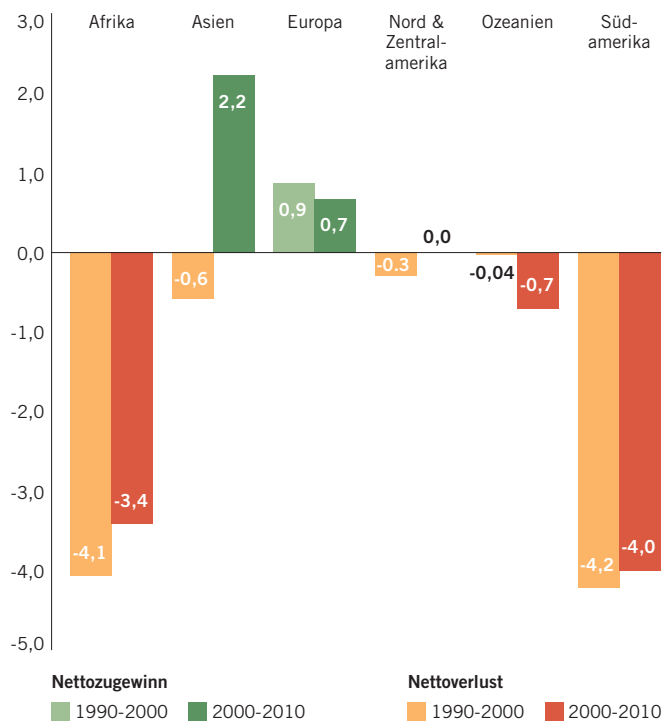


ZIELVORGABE

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

In Südamerika und Afrika verschwinden die Wälder schnell, während Asien, geführt von China, Nettozugewinne verzeichnet

Jährliche Nettoveränderung der Waldfläche – 1990-2000 und 2000-2010 (in Millionen Hektar)



Anmerkung: In dieser Grafik weicht die Zusammensetzung der Regionen vom Rest des Berichts ab: Ozeanien entspricht der Region Ozeanien und Australien in der Berichterstattung über die Millenniumsziele, Europa ist dort Teil der entwickelten Regionen, und Nord- und Zentralamerika werden dort unter den entwickelten Regionen beziehungsweise Lateinamerika geführt.

Die Entwaldungsrate und der durch natürliche Ursachen bedingte Waldverlust sind zwar noch beängstigend hoch, verlangsamen sich aber. Auf globaler Ebene gingen sie von jährlich schätzungsweise 16 Millionen Hektar in den 1990er Jahren auf etwa 13 Millionen Hektar pro Jahr im vergangenen Jahrzehnt zurück. Gleichzeitig wurde der globale Nettoverlust an Waldfläche durch die Aufforstung und den natürlichen Waldzuwachs in einigen Ländern und Regionen deutlich verringert. Die jährliche Nettoveränderung der Waldfläche im Zeitraum 2000-2010 wird auf -5,2 Millionen Hektar geschätzt und liegt damit unter der des Zeitraums 1990-2000 in Höhe von -8,3 Millionen Hektar. Die größten Waldverluste sind allerdings nach wie vor in den Tropen

zu beobachten, Nettozugewinne dagegen überwiegend in den Ländern der gemäßigten und borealen Zonen.

Südamerika und Afrika erlitten zwischen 2000 und 2010 die größten Nettoverluste an Waldflächen. Auch Ozeanien vermeldete einen Nettoverlust, hauptsächlich wegen der schweren Dürre und der Waldbrände in Australien während der letzten Dekade. Demgegenüber verzeichnete Asien in den letzten zehn Jahren einen jährlichen Nettozugewinn von rund 2,2 Millionen Hektar, vor allem aufgrund der umfangreichen Aufforstungsprogramme in China, Indien und Vietnam. In vielen anderen Ländern der Region setzte sich die schnelle Umwidmung von Waldflächen für andere Nutzungszwecke fort.

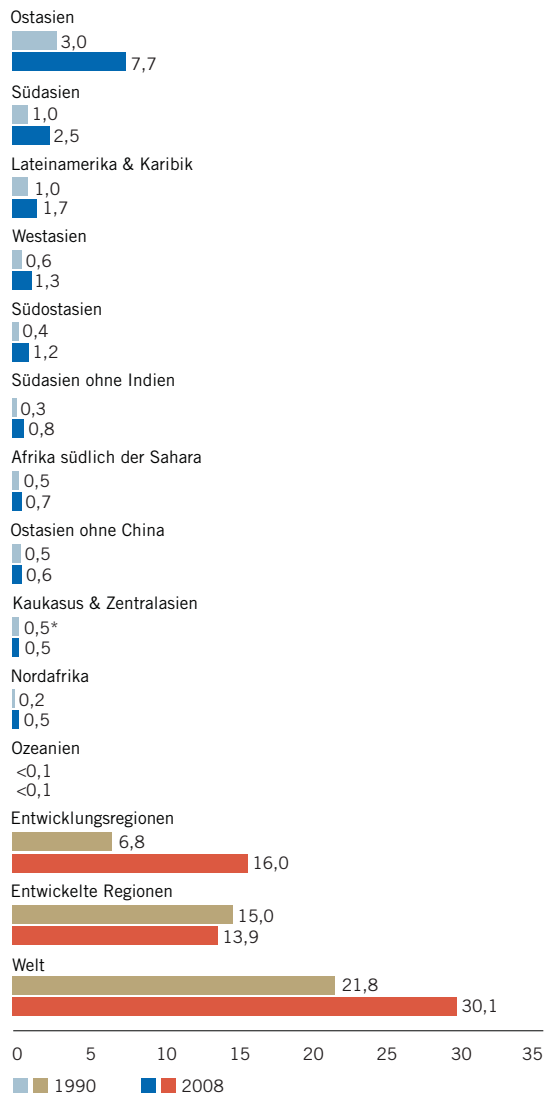
Die reiche biologische Vielfalt der Wälder der Welt ist wegen der anhaltend hohen Rate der globalen Entwaldung und Walddegradation sowie infolge des Rückgangs der Primärwälder weiterhin gefährdet. Ein positiver Trend ist jedoch die zunehmende Einrichtung von Schutzgebieten, die seit 1990 um 94 Millionen Hektar gewachsen sind und nun schätzungsweise 13 Prozent der Wälder der Welt erfassen.

Wälder spielen im globalen Kohlenstoffkreislauf eine wichtige Rolle. Bäume nehmen Kohlenstoff aus der Atmosphäre auf und speichern ihn in ihrem Holz, geben ihn aber wieder an die Atmosphäre ab, wenn das Holz verbrannt wird oder sich zersetzt. Der Forstsektor allein ist für etwa ein Sechstel aller von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich, vor allem aufgrund der Entwaldung. Ende 2010 vereinbarten die Staaten, unter dem Dach des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen einen Mechanismus zu schaffen, mit dem Entwicklungsländer für die Senkung der CO₂-Emissionen aus Entwaldung und Walddegradation belohnt werden sollen, den sogenannten REDD-plus-Mechanismus (REDD: Verminderung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradation). Bislang sind mehr als 4 Milliarden Dollar für schnelles Handeln zugesagt worden.

Darüber hinaus erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen 2011 zum Internationalen Jahr der Wälder, um das Bewusstsein für die nachhaltige Bewirtschaftung, Erhaltung und Entwicklung aller Arten von Wäldern zu erhöhen. Das Jahr steht unter dem Motto „Wälder für Menschen“, das die dynamische Beziehung zwischen den Wäldern und den auf sie angewiesenen Menschen hervorhebt.

Trotz des Konjunkturabschwungs nehmen die weltweiten Treibhausgasemissionen weiter zu

Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) – 1990 und 2008 (in Milliarden Tonnen)



* Die Angaben für den Kaukasus und Zentralasien beziehen sich auf 1992.

Im Jahr 2008, dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen, stiegen die CO₂-Emissionen weltweit weiter an, und zwar um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 30,1 Milliarden Tonnen. Dieser Anstieg fiel aufgrund der Wirtschaftskrise, die in dem Jahr in mehreren Ländern, insbesondere in den entwickelten Regionen, zu einem Rückgang der Emissionen führte, geringer aus als im Zeitraum 2006-2007 (2,9 Prozent). Die Zunahme der Emissionen insgesamt macht jedoch die

dringende Notwendigkeit eines verstärkten globalen Vorgehens gegen den Klimawandel deutlich. Laut der Weltorganisation für Meteorologie, die jährlich aktuelle Angaben über den Stand des Klimawandels und der Treibhausgasemissionen herausgibt, wurden im Jahrzehnt 2001-2010 im Weltdurchschnitt die wärmsten Temperaturen seit 1880 gemessen. Das Jahrzehnt war demnach wärmer als die bis dahin wärmste Dekade 1991-2000.

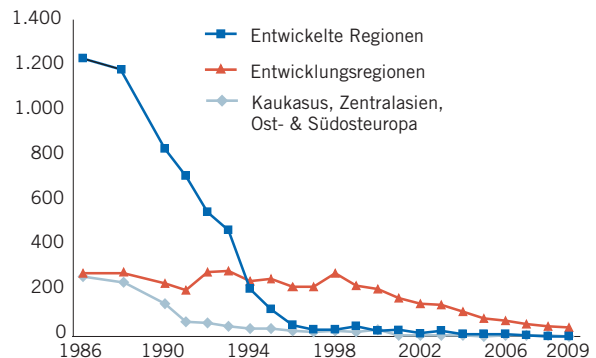
2008 lagen die Emissionen um 38 Prozent über dem Stand von 1990. Der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß ist in den entwickelten Regionen mit 11,2 Tonnen CO₂ im Jahr 2008 nach wie vor am höchsten, gegenüber etwa 2,9 Tonnen in den Entwicklungsregionen und 0,8 Tonnen, dem niedrigsten regionalen Wert, in Afrika südlich der Sahara. Der Abstand zwischen entwickelten und Entwicklungsregionen hat sich seit 1990 etwas verringert: 1990 wurden in den entwickelten Regionen pro Kopf jährlich 12,3 Tonnen CO₂ ausgestoßen, in den Entwicklungsregionen dagegen 1,7 Tonnen und in Afrika südlich der Sahara 0,9 Tonnen.

Die Emissionen pro Wertschöpfungseinheit sanken in den entwickelten Regionen um mehr als 36 Prozent und in den Entwicklungsregionen um rund 9 Prozent. 2008 übertrafen die Werte der Entwicklungsregionen für diesen Indikator die der entwickelten Regionen deutlich: 0,58 gegenüber 0,38 Kilogramm CO₂ je Dollar Wertschöpfung.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen im Dezember 2010 in Cancún (Mexiko) kamen die unter dem Dach des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen geführten internationalen Verhandlungen einen wichtigen Schritt voran. Die internationale Gemeinschaft fasste dort eine Reihe von Beschlüssen, die „Abkommen von Cancún“, um die langfristige Herausforderung des Klimawandels gemeinsam und umfassend anzugehen. Viele dieser Beschlüsse müssen jedoch näher ausgearbeitet werden, um nationale Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen anzustoßen. Die praktische Ausgestaltung der Beschlüsse wird Gegenstand weiterer Verhandlungen sein, die voraussichtlich auf der nächsten großen Konferenz über Klimaänderungen im Dezember 2011 in Durban (Südafrika) stattfinden werden.

Das Montrealer Protokoll dient nicht nur der Wiederherstellung der Ozonschicht, sondern auch der Eindämmung des Klimawandels

Verbrauch aller ozonabbauenden Stoffe – 1986-2009
(in Tausend Tonnen Ozonabbau Potenzial)



Das Montrealer Protokoll ist eine unumstrittene – aber nach wie vor unvollendete – Erfolgsgeschichte. Es muss noch viel mehr getan werden, um den Schutz der Ozonschicht für diese und kommende Generationen zu gewährleisten. Dennoch ist das, was die Vertragsparteien des Protokolls seit 1987 zuwege gebracht haben, beispiellos und zeigt, was die internationale Zusammenarbeit im besten Fall erreichen kann. Ende 2009 war der Verbrauch von 98 Prozent aller im Rahmen des Montrealer Protokolls kontrollierten ozonabbauenden Stoffe eingestellt worden.

Globale Beobachtungen haben bestätigt, dass die Konzentrationen dieser Stoffe in der Atmosphäre sinken. Es wird erwartet, dass die Ozonschicht mit der vollständigen Durchführung des Montrealer Protokolls um die Mitte dieses Jahrhunderts wieder den Stand von vor 1980 erreichen wird.

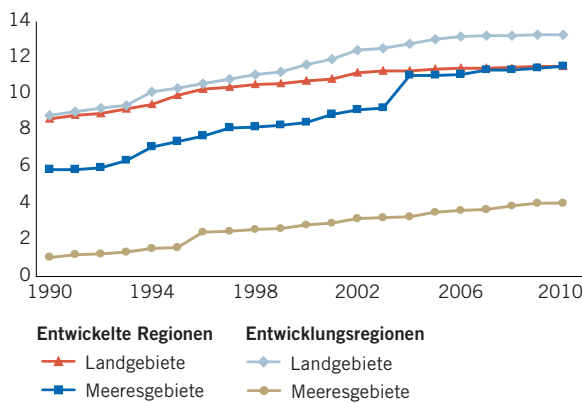
Das Protokoll hat außerdem erhebliche Klimavorteile gebracht, da ozonabbauende Stoffe auch treibhauswirksame Gase sind. Die Reduzierung dieser Stoffe zwischen 1990, als sie Höchststände erreichten, und 2000 hat zu einer Nettoverringering der nach CO₂-Äquivalenten gewichteten treibhauswirksamen Gase um rund 25 Milliarden Tonnen geführt.

ZIELVORGABE

Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlust-rate bis 2010

Neue Ziele zur Erhaltung vorrangiger Ökosysteme erfordern zusätzliche Anstrengungen und innovative Ansätze

Anteil der geschützten Landflächen und Anteil der geschützten Küstengewässer (bis zu 12 Seemeilen) – 1990-2010 (in Prozent)



In den letzten 50 Jahren ist die Fläche der weltweit als Schutzgebiete ausgewiesenen Ökosysteme enorm gewachsen. 2010 bedeckten über 150.000 Schutzgebiete weltweit 12,7 Prozent der Landfläche und 7,2 Prozent der Küstengewässer (bis zu einer Grenze von 12 Seemeilen). Über diese Grenze hinaus sind nur 3,5 Prozent der ausschließlichen Wirtschaftszonen (bis zu 200 Seemeilen) und weniger als 1,5 Prozent der gesamten Meeresfläche als Schutzgebiete ausgewiesen.

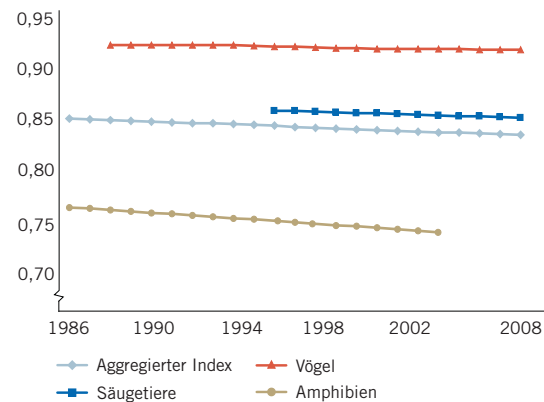
Trotz der Zunahme geschützter Ökosysteme insgesamt schrumpft die biologische Vielfalt weiter, da die bestehenden Gebiete unzureichend verwaltet und die vorrangig erhaltenswerten Gebiete lückenhaft geschützt werden. Zu ihrem Schutz wurden zwei globale Netze gegründet: Important Bird Areas (11.000 für die Erhaltung von Vögeln wichtige Gebiete) und die Alliance for Zero Extinction (588 Gebiete zum Schutz der letzten verbleibenden Populationen einer oder mehrerer stark bedrohter Arten). Vollständig geschützt werden jedoch nur 26 Prozent bzw. 22 Prozent dieser wichtigen Gebiete.

Die 193 Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt setzten sich 2010 neue Ziele zur Ausweitung des weltweiten Schutzgebietnetzes. Die Zielgebiete umfassen ökologische Korridore und von in-

digenen und lokalen Gruppen verwaltete Gebiete. Demnach sollen 2020 mindestens 17 Prozent der Land- und Binnengewässerflächen und 10 Prozent der Küstengewässer- und Meeresgebiete geschützt werden, darunter mehr Vorranggebiete. Eine Ausweitung der Schutzgebiete wird der biologischen Vielfalt jedoch nur bei guter Verwaltung und Unterstützung nützen.

Das weltweite Artensterben schreitet unvermindert rasant voran

Rote-Liste-Index der IUCN* (der den Anteil der Arten aufzeichnet, die in naher Zukunft ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen voraussichtlich erhalten bleiben) zum Überleben von Säugetierarten (1996-2008), Vogelarten (1988-2008) und Amphibienarten (1986-2004) und aggregierter Index (1986-2008)

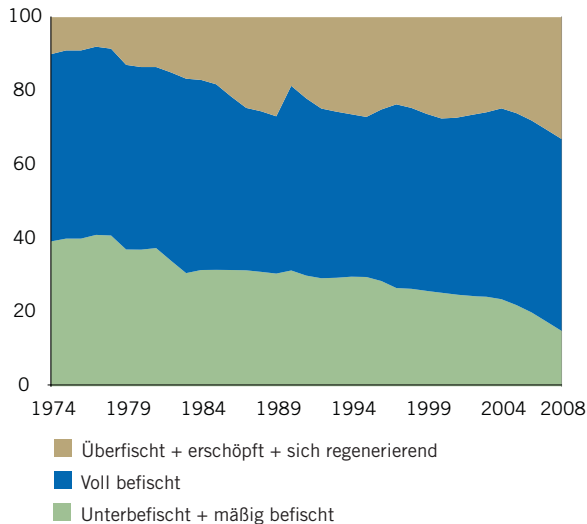


* Ein Wert von 1,0 im Rote-Liste-Index bedeutet, dass die fragliche Art als nicht gefährdet eingestuft wird, weil sie in naher Zukunft nicht auszusterben droht. Ein Wert von Null besagt, dass die Art ausgestorben ist.

Zur Messung der Trends für den Anteil der vom Aussterben bedrohten Arten haben die Internationale Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) und ihre Partner einen sogenannten Rote-Liste-Index zusammengestellt, der nun für alle Vögel (10.000 Arten), Säugetiere (4.500 Arten) und Amphibien (5.700 Arten) der Welt vorliegt. Nach den jüngsten Indizes verlieren die Arten insgesamt an Bestand und Areal und sind tendenziell vom Aussterben bedroht, was sich auf die für die Menschheit unabdingbaren Ökosystemleistungen auswirkt. Der aggregierte Index zeigt den Trenddurchschnitt für alle drei Gruppen. Auch wenn Amphibien am stärksten bedroht sind und am schnellsten abnehmen, verschlechtert sich der Zustand bei allen Gruppen mit Trenddaten. Bei anderen, noch nicht indizierten Organismenklassen wird sich dieses Muster wahrscheinlich wiederholen, wobei einige (etwa Palmfarne, eine palmenartige tropische Pflanze) sogar noch stärker bedroht sind und andere (wie Korallen) sogar noch schneller verschwinden.

Der Schwund der Meeresressourcen setzt sich weltweit fort

Status der bewirtschafteten Fischbestände – 1974-2008 (in Prozent)

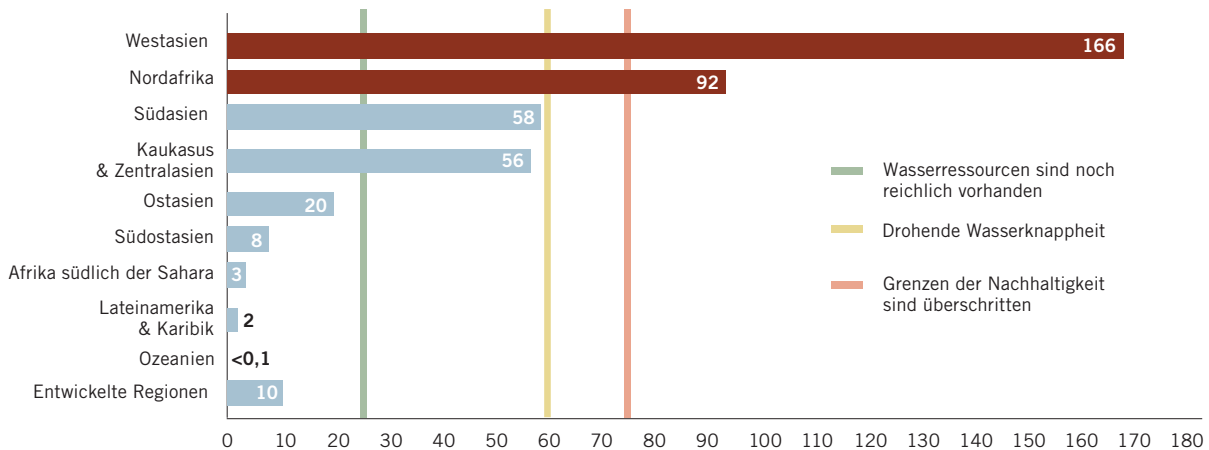


Die Weltproduktion der marinen Fangfischerei erreichte 1996 einen Höchststand von 86,3 Millionen Tonnen und ging bis 2008 leicht auf 79,5 Millionen Tonnen zurück, wobei die jährlichen Werte stark schwankten. Der Anteil der als unterbefischt oder mäßig befischt eingeschätzten Fischbestände sank ab Mitte der 1970er Jahre von 40 auf 15 Prozent 2008. Etwa gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der überfischten, erschöpften oder sich regenerierenden Bestände von 10 Prozent auf 33 Prozent. Der Anteil der voll befischten Bestände ist mit rund 50 Prozent relativ stabil geblieben und schlug nur zwischen 1985 und 1997 vereinzelt leicht nach unten aus.

Trotz der Maßnahmen der Küstenstaaten und einiger guter Fortschritte schwinden die globalen Fischereiresourcen insgesamt weiter. Die stärksten Belastungen gehen nach wie vor von der Überfischung, der Verschmutzung und dem Verlust von Lebensräumen aus. Schwerpunkt der Politik- und Bewirtschaftungsmaßnahmen zum Schutz dieser Ressourcen muss es sein, die Überkapazitäten der Fischereiflotten abzubauen und Pläne zum Wiederaufbau der Meeresressourcen in die nationale politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung einzubinden.

Bei den Wasserressourcen sind die Grenzen der Nachhaltigkeit in Westasien und Nordafrika bereits überschritten

Anteil der Oberflächen- und Grundwasserentnahme an den inländischen erneuerbaren Wasserressourcen, unter Berücksichtigung der offiziellen Verträge zwischen den Ländern – um 2005 (in Prozent)



Der Anteil der von einem Land genutzten Wasserressourcen ist ein komplexer Indikator, der Aussagen zur Entwicklung, zur nationalen Wasserpolitik und zur physischen und wirtschaftlichen Wasserknappheit trifft. Auf niedrigem Entwicklungsniveau ist es generell von Vorteil, die Gesamtwasserentnahme zu erhöhen, doch jenseits eines bestimmten „Wendepunkts“ werden die Ökosysteme überstrapaziert, und konkurrierende Wassernutzungen verhindern, dass alle den ihnen zustehenden Anteil erhalten. Trockenjahre können das Problem ebenso verschärfen wie Jahre mit überdurch-

schnittlichen Niederschlägen, was die Bestimmung des genauen Wendepunkts erschwert.

Die meisten Regionen entnehmen weniger als 25 Prozent der erneuerbaren Wasserressourcen. Betrachtet man die Nutzungstrends seit 1960, wird dort vorläufig keine Wasserknappheit eintreten. Westasien und Nordafrika haben indes die Schwelle von 75 Prozent und damit die Grenze der Nachhaltigkeit bereits weit überschritten. Zwei weitere Regionen nähern sich der Schwelle von 60 Prozent.

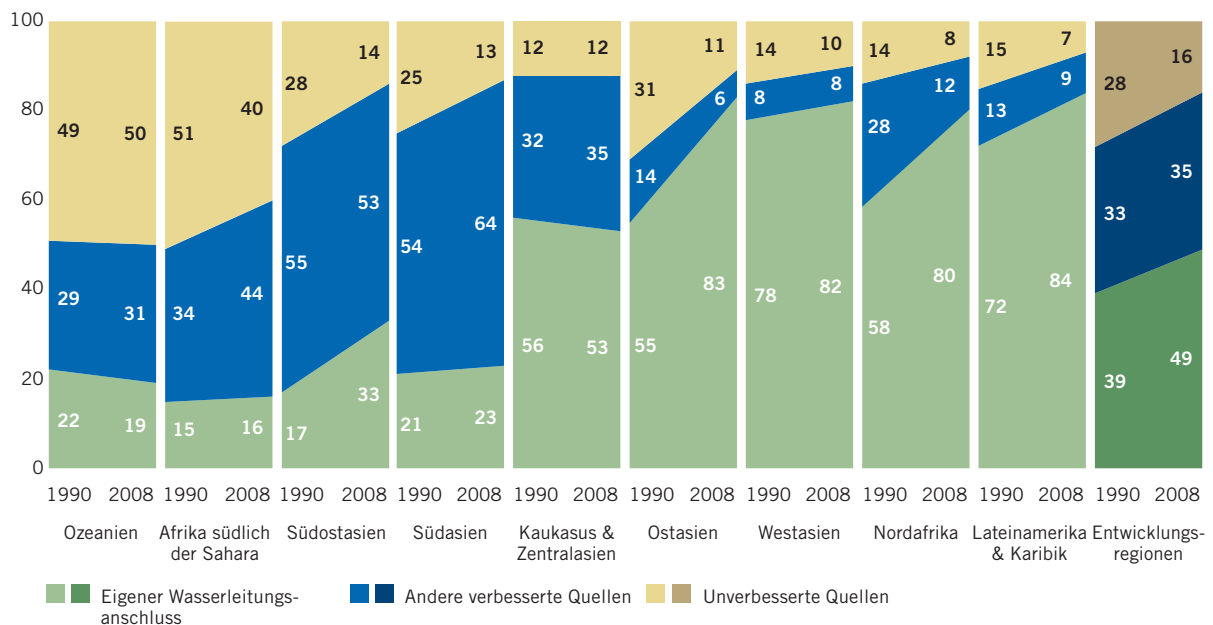


ZIELVORGABE

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Die Welt wird die Trinkwasser-Zielvorgabe wohl übertreffen, doch mehr als jeder Zehnte wird 2015 möglicherweise noch immer keinen Zugang haben

Anteil der Menschen, die verschiedene Wasserquellen nutzen – 1990 und 2008 (in Prozent)



Der Zugang zu sauberem Trinkwasser hat sich stark verbessert. Weltweit stieg die Versorgungsrate zwischen 1990 und 2008 von 77 auf 87 Prozent. Hält dieser Trend an, wird die Millenniums-Zielvorgabe einer Trinkwasser-Versorgungsrate von 89 Prozent bis 2015 erreicht und wahrscheinlich übertroffen werden.

Zwischen 1990 und 2008 stieg die Rate der Trinkwasserversorgung in 92 Prozent der Entwicklungsländer (103 von 112 Ländern) oder verharrte auf einem Niveau von mindestens 98 Prozent. Nur in 13 Ländern sank sie.

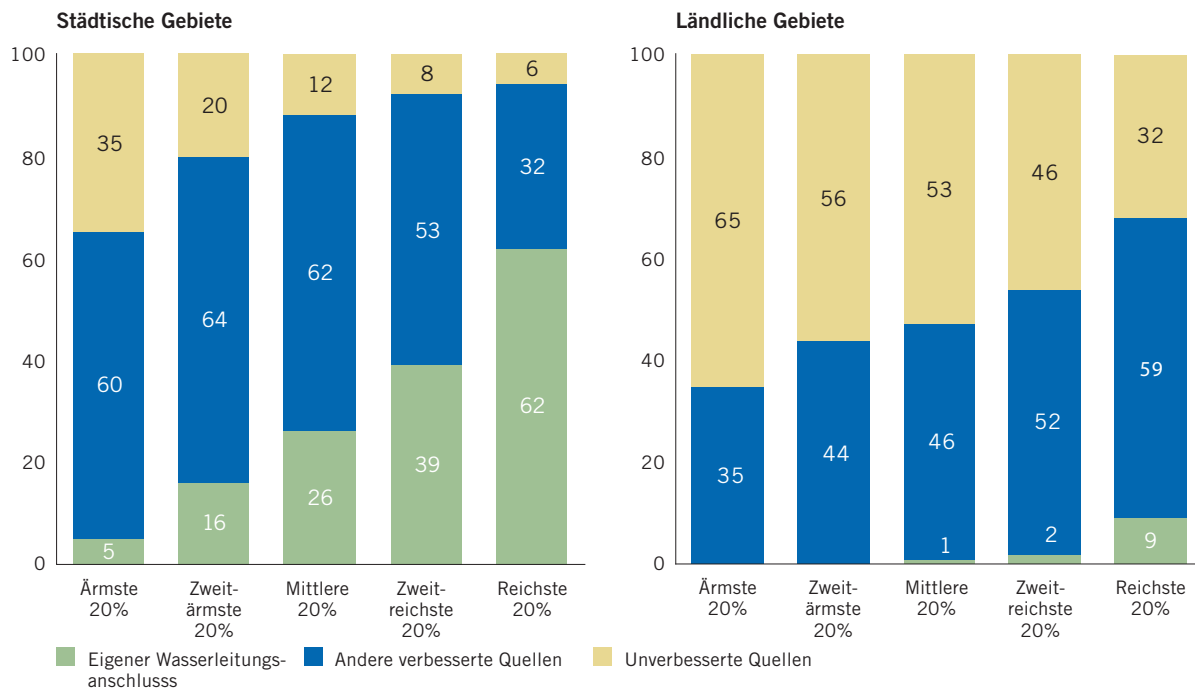
Lateinamerika und die Karibik, Ostasien und Südostasien haben das Trinkwasser-Ziel bereits erreicht. Ostasien verzeichnete die stärkste Steigerung der Rate der Trinkwasserversorgung – von 69 Prozent im Jahr 1990

auf 86 Prozent im Jahr 2008. In Afrika südlich der Sahara erhöhte sich die Zahl der Menschen, die eine verbesserte Trinkwasserquelle nutzen, zwischen 1990 und 2008 von 252 Millionen auf 492 Millionen und damit auf fast das Doppelte. Im gleichen Zeitraum stieg die Versorgungsrate in dieser Region von 49 auf 60 Prozent

Die Versorgung ländlicher Gebiete bleibt in allen Regionen hinter der städtischer Gebiete zurück. 2008 waren noch schätzungsweise 141 Millionen Stadtbewohner und 743 Millionen Landbewohner zur Deckung ihres täglichen Trinkwasserbedarfs auf unverbesserte Quellen angewiesen. In Afrika südlich der Sahara haben Stadtbewohner mit 1,8-mal höherer Wahrscheinlichkeit als Landbewohner Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung.

Arme, ländliche Bevölkerungsgruppen sind beim Zugang zu sauberem Trinkwasser noch immer benachteiligt

Anteil der Menschen, die verschiedene Wasserquellen nutzen, nach Vermögensquintil, ländliche und städtische Gebiete, Afrika südlich der Sahara – 2004/2009 (in Prozent)

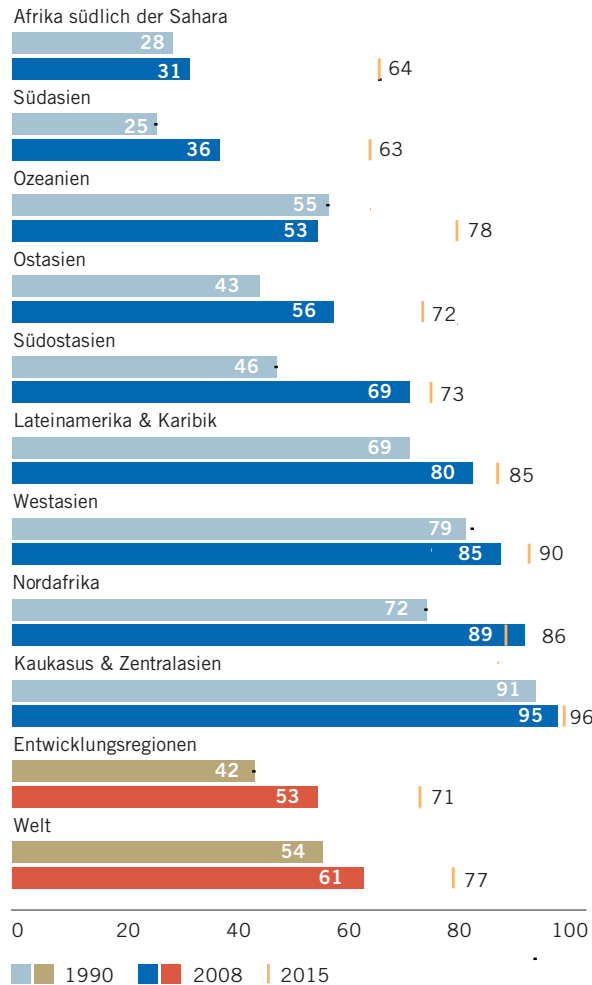


Eine Analyse der Erhebungsdaten aus Ländern Afrikas südlich der Sahara zeigt, dass das ärmste Fünftel der Bevölkerung in städtischen Gebieten mit sechsmal höherer Wahrscheinlichkeit auf eine unverbesserte Trinkwasserquelle angewiesen ist als das reichste Fünftel.

In städtischen Gebieten ist die Wahrscheinlichkeit, die Annehmlichkeit eines eigenen Wasserleitungsanschlusses und die damit verbundenen Gesundheitsvorteile zu genießen, in den ärmsten Haushalten zwölffmal geringer als in den reichsten.

Über 2,6 Milliarden sind noch ohne Zugang zu Spültoiletten oder anderen verbesserten Sanitäreinrichtungen

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen – 1990 und 2008 (in Prozent)



Die Welt ist weit von der Zielvorgabe bei der sanitären Grundversorgung entfernt. Bleibt das Fortschrittstempo gleich, wird es erst 2049 gelingen, 77 Prozent der Weltbevölkerung mit Spültoiletten und anderen verbesserten sanitären Einrichtungen zu versorgen. 2008 hatten nahezu die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsregionen und rund 2,6 Milliarden Menschen weltweit keinen Zugang zu verbesserten Formen der Sanitärversorgung.

2008 nutzten etwa 1,1 Milliarden Menschen überhaupt keine sanitäre Einrichtung, sondern verrichteten ihre Notdurft im Freien, was mit enormen Gesundheitsrisiken verbunden ist, insbesondere für die ärmeren Bevölkerungsteile, die durch eine unzureichende Fäkalienentsorgung am stärksten gefährdet sind. Weltweit

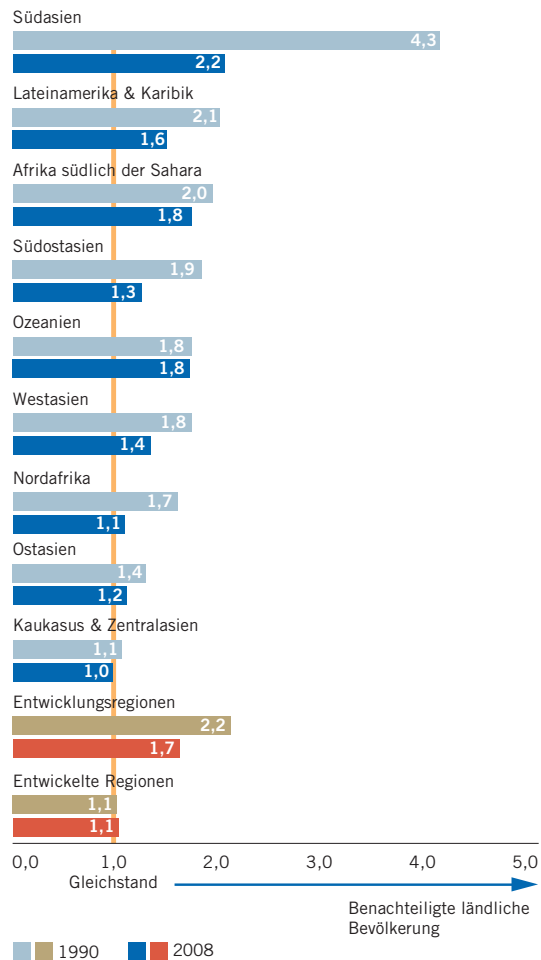
ist der Anteil der Notdurftverrichtung im Freien unter der Bevölkerung zwischen 1990 und 2008 von 25 auf 17 Prozent und damit um ein Drittel zurückgegangen. Fast zwei Drittel der Menschen ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen leben in Südasien.

Nordafrika ist die einzige Region, die die Zielvorgabe mit einer Steigerung von 72 Prozent auf 89 Prozent zwischen 1990 und 2008 bereits übertroffen hat.

Das Internationale Jahr der sanitären Grundversorgung 2008 verlieh der Debatte über die sanitäre Versorgung die dringend benötigten neuen Impulse. Außerdem werden in mehreren Regionen jährliche Konferenzen über die Sanitärversorgung abgehalten, damit das Thema auf der politischen Agenda bleibt und die ihm gebührende Aufmerksamkeit erhält.

Die Lücke zwischen städtischer und ländlicher Sanitärversorgung schließt sich allmählich

Verhältnis des Anteils der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen zwischen Stadt und Land – 1990 und 2008

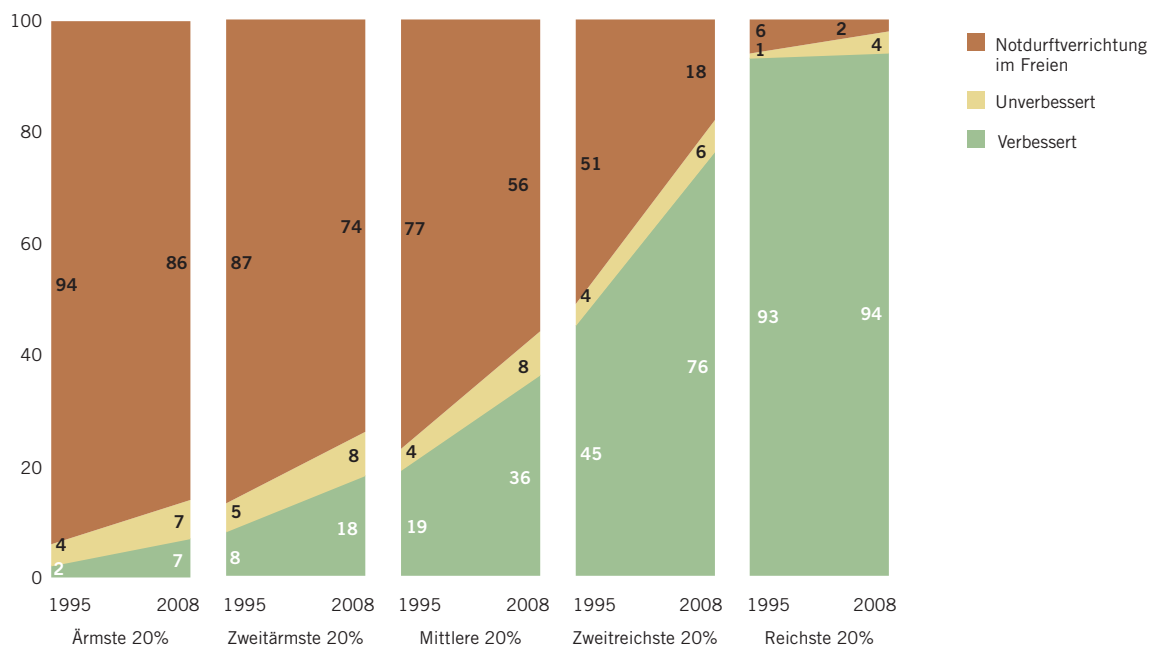


Die ländliche Bevölkerung ist überall benachteiligt, wenn es um eine verbesserte Sanitärversorgung geht, auch wenn der Abstand zu den städtischen Gebieten in allen Regionen abnimmt. Weltweit haben Städter mit 1,7-mal höherer Wahrscheinlichkeit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen als die Bewohner ländlicher Gebiete. Besonders ausgeprägt sind die

Ungleichheiten in Südasien, wo die Zugangswahrscheinlichkeit für Stadtbewohner 2,2-mal höher ist als für Landbewohner. Dennoch stellt dieser Wert eine deutliche Verbesserung gegenüber 1990 dar, als das entsprechende Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung 4,3 zu 1 betrug.

Die verbesserte Sanitärversorgung hat die ärmsten Haushalte in Teilen Südasiens nicht erreicht

Anteil der Bevölkerung nach Sanitärverhalten und Vermögensquintil in Südasien – 1995 und 2008 (in Prozent)



Aus einer Analyse der Trends für drei Länder Südasiens im Zeitraum 1995-2008 geht hervor, dass Verbesserungen bei der Sanitärversorgung überproportional den Wohlhabenden zugutekamen. Die Sanitärversorgung der ärmsten 40 Prozent der Haushalte hat sich kaum verbessert, und vier von fünf Menschen in den unteren

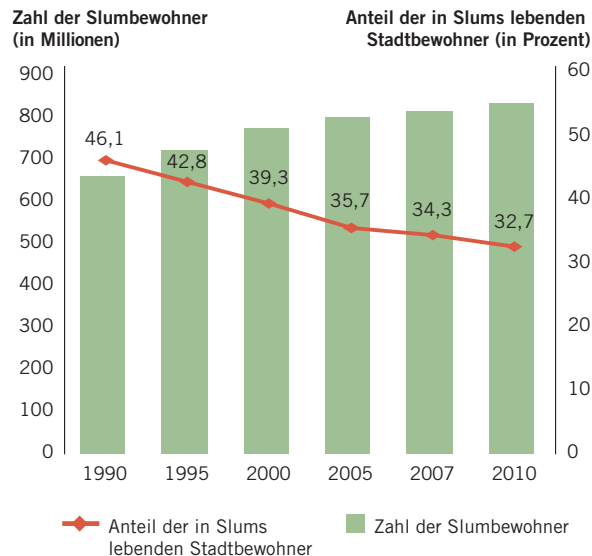
zwei Fünfteln müssen ihre Notdurft nach wie vor im Freien verrichten. Die größten Fortschritte wurden im zweitreichsten Quintil erzielt, während die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung ihren sehr hohen Versorgungsgrad beibehielten.

ZIELVORGABE

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Die zunehmende Verstädterung schreitet schneller voran als die Verbesserungen in den Slums, was neue und realistische nationale und lokale Zielvorgaben erfordert

Zahl der Slumbewohner und Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner in den Entwicklungsregionen – 1990-2010



Von 2000 bis 2010 fiel der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner in den Entwicklungsländern von 39 auf 33 Prozent. Mehr als 200 Millionen dieser Menschen haben nun Zugang zu einer verbesserten Wasser- oder Sanitärversorgung oder einer festen, weniger beengten Unterkunft. Absolut nimmt jedoch die Zahl der Slumbewohner – auch bedingt durch die schnelle Verstädterung – weiter zu. Derzeit dürften rund 828 Millionen Städter in Slums leben. 1990 waren es 657 Millionen und 2000 767 Millionen.

2010 waren Slumverhältnisse am häufigsten in Afrika südlich der Sahara anzutreffen, wo 62 Prozent der Stadtbevölkerung in Slums lebten, gefolgt von Südasien (35 Prozent) und Südostasien (31 Prozent). Besonders kritisch ist die Lage in den von Konflikten betroffenen Ländern, in denen der Anteil der Stadtbewohner in Slumverhältnissen zwischen 1990 und 2010 von 64 Prozent auf 77 Prozent stieg.

Die Lebensbedingungen der Armen in den Städten und Metropolen der Entwicklungsregionen werden sich nur durch weitaus größere Anstrengungen verbessern lassen. Dazu legte der Verwaltungsrat des Programms der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen den Ländern im April 2011 nahe, die Slumbevölkerung zahlenmäßig zu erfassen und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen realistische nationale, regionale und lokale Ziele aufzustellen, die über die aktuelle Millenniums-Zielvorgabe mit ihrem Zeithorizont bis 2020 hinausgehen. Zu den Prioritäten zählen Unterkunft und grundlegende Dienste, Infrastrukturen wie Wasser- und Sanitäreinrichtungen, Verkehr, Energie, Gesundheit und Bildung. Den Ländern wird außerdem eindringlich nahegelegt, den Zugang zu erschwinglichem Grund und Boden mit sicheren Besitz- und Nutzungsrechten zu fördern und die Voraussetzungen für den Aufbau einer sicheren Existenz zu schaffen.



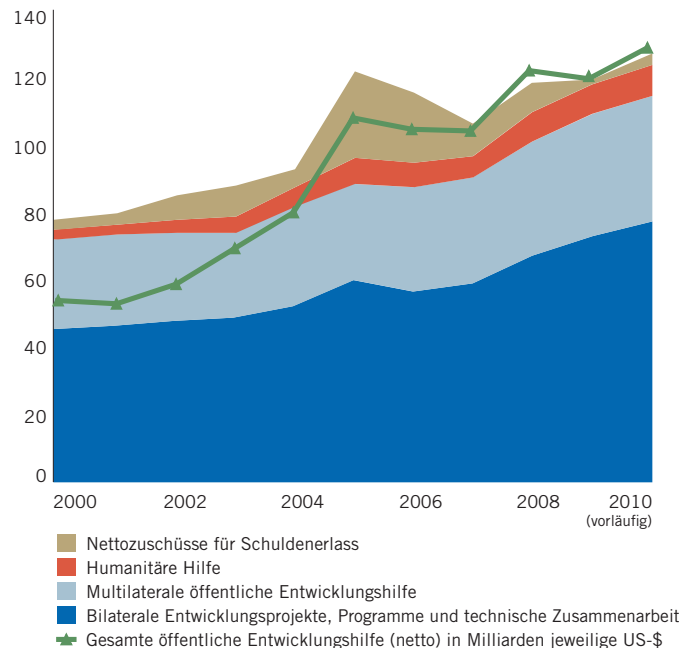
Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft



Die Hilfe für die Entwicklungsländer hat eine Rekordhöhe erreicht, bleibt aber hinter den 2005 gegebenen Zusagen zurück

Öffentliche Entwicklungshilfe aus den entwickelten Ländern – 2000-2010 (in Milliarden, konstante US-\$ von 2009 und jeweilige US-\$)



Die Nettohilfefzahlungen beliefen sich 2010 auf 128,7 Milliarden Dollar oder 0,32 Prozent des kombinierten Nationaleinkommens der entwickelten Länder. Damit wurde real der höchste je verzeichnete Stand an Hilfe und gegenüber 2009 ein Realanstieg um 6,5 Prozent erreicht.

Ohne Schuldenerleichterungen und humanitäre Hilfe erhöhte sich die bilaterale Hilfe für Entwicklungsprogramme und -projekte real um 5,9 Prozent, da die Geber die Ausweitung ihrer zentralen Entwicklungsprojekte und -programme fortsetzten. Den größten Anteil daran hatten neue Kredite (die um 13,2 Prozent wuchsen), aber auch die Zuschüsse stiegen (um 6,8 Prozent).

Auf dem Gipfeltreffen der Gruppe der Acht (G8) in Gleneagles und in anderen Foren verpflichteten sich die Geber 2005 zur Erhöhung ihrer Hilfe für die Entwicklungsländer. Diese und andere Zusagen hätten zusammen mit anderen Verpflichtungen die Hilfe von etwa 80 Milliarden Dollar im Jahr 2004 auf knapp 130 Milliarden Dollar im Jahr 2010 (zu konstanten Preisen von 2004) angehoben. Vergleicht man jedoch das Ergebnis von 2010 mit den Zusagen von 2005, ergibt sich ein Fehlbetrag von 19 Milliarden Dollar. Davon kann mehr als 1 Milliarde Dollar der Tatsache zugeschrieben werden, dass die Bruttonationaleinkommen (BNE) aufgrund der Wirtschaftskrise niedriger ausfielen als erwartet. Die verbleibende Lücke von 18 Milliarden Dollar ist jedoch auf die Nichteinhaltung der Zusagen zurückzuführen.

Insgesamt haben die Steigerungen einen Realanstieg der Hilfe seit 2004 um 37 Prozent oder rund 30 Milliarden Dollar (in Dollar von 2004) bewirkt.

In Gleneagles nahmen die Geber der G8 außerdem in Aussicht, die öffentliche Entwicklungshilfe für Afrika durch ihre Zusagen und die anderer Geber bis 2010 um 25 Milliarden Dollar anzuheben. 2010 betrug die bilaterale Hilfe für den Kontinent insgesamt 29,3 Milliarden Dollar, wovon 26,5 Milliarden Dollar für Afrika südlich der Sahara bestimmt waren. Diese Beträge entsprechen Realzuwächsen von 3,6 bzw. 6,4 Prozent gegenüber 2009. Vorläufigen Schätzungen zufolge wird Afrika von der in Gleneagles zugesagten Aufstockung



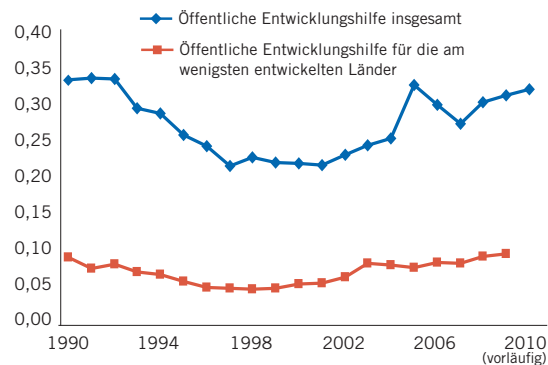
um 25 Milliarden Dollar nur etwa 11 Milliarden Dollar erhalten, hauptsächlich aufgrund der Leistungsausfälle einiger europäischer Geber, deren Hilfe zu großen Teilen nach Afrika fließt.

ZIELVORGABE

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenländer und der kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

Bei der öffentlichen Entwicklungshilfe sind magerere Jahre zu erwarten

Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (netto) der OECD/DAC-Länder für alle Entwicklungsländer und für die am wenigsten entwickelten Länder am BNE der Geber – 1990-2010 (in Prozent)



2010 überschritten Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden erneut den von den Vereinten Nationen für die öffentliche Entwicklungshilfe festgelegten Zielwert von 0,7 Prozent ihres BNE. Die größten Geber in absoluten Zahlen waren die Vereinigten Staaten, gefolgt vom Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Japan. Die größten Realanstiege der öffentlichen Entwicklungshilfe zwischen 2009 und 2010 wiesen Australien, Belgien, Japan, Kanada, Portugal, die Republik Korea und das Vereinigte Königreich auf.

2005 verpflichteten sich die 15 Länder der Europäischen Union, die Mitglied im Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind, 2010 mindestens 0,51 Prozent ihres BNE für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Die folgenden Länder übertrafen dieses Ziel: Luxemburg (1,09 Prozent), Schweden (0,97 Prozent), Dänemark (0,90 Prozent), Niederlande (0,81 Prozent), Belgien (0,64 Prozent), Vereinigtes Königreich (0,56 Prozent), Finnland

(0,55 Prozent) und Irland (0,53 Prozent). Frankreich kam dem Ziel mit einem Wert von 0,50 Prozent sehr nahe, während andere es mit größerem Abstand verfehlten: Spanien (0,43 Prozent), Deutschland (0,38 Prozent), Österreich (0,32 Prozent), Portugal (0,29 Prozent), Griechenland (0,17 Prozent) und Italien (0,15 Prozent).

Andere DAC-Mitgliedsländer, darunter Australien, Kanada, Norwegen, die Schweiz und die Vereinigten Staaten, gaben ebenfalls Zusagen für 2010, die sie einhielten. 2005 verpflichtete sich Japan, im Zeitraum von 2004 bis 2009 zusätzliche Hilfe in Höhe von 10 Milliarden Dollar bereitzustellen. Zwar verfehlte Japan dieses Ziel wegen schwerer Wirtschaftsprobleme um 3,6 Milliarden Dollar, doch stieg 2010 die öffentliche Entwicklungshilfe des Landes wieder deutlich an. Neuseeland beabsichtigt, seine öffentliche Entwicklungshilfe bis 2012-2013 auf 600 Millionen Neuseeland-Dollar (472 Millionen US-Dollar) anzuheben, und scheint auf Kurs zu liegen. Die Republik Korea war 2005 kein DAC-Geber und stellte keine Erhöhung der Hilfe in Aussicht. Trotzdem ist der Wert ihres Hilfeprogramms seit 2005 real um 56 Prozent gestiegen.

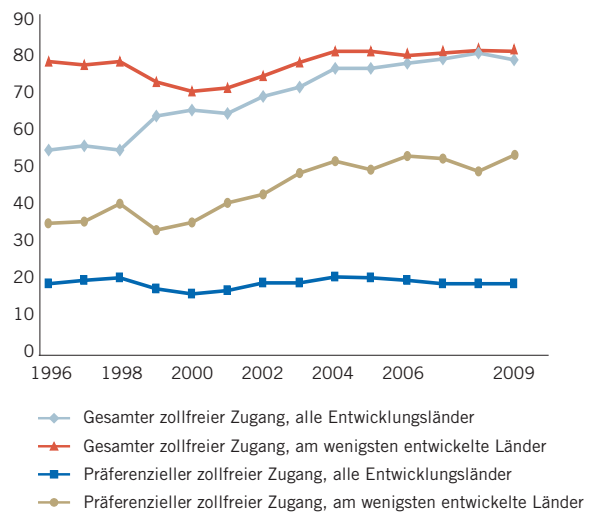
Für die Zukunft zeigt eine jüngere OECD-Erhebung, dass die meisten Geber planen, die Hilfe in den kommenden drei Jahren anzuheben, wenn auch in stark verringertem Tempo. Zwischen 2011 und 2013 wird die Hilfe um 2 Prozent jährlich steigen, während es in den letzten drei Jahren durchschnittlich 8 Prozent jährlich waren. Die Hilfe für Afrika wird voraussichtlich real nur um 1 Prozent jährlich wachsen, gegenüber durchschnittlich 13 Prozent in den drei Jahren zuvor. Im Zeitraum 2008-2009 waren von durchschnittlich insgesamt 82,1 Milliarden Dollar sektoral zuordenbarer öffentlicher Entwicklungshilfe 23,1 Milliarden Dollar für die Unterstützung der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frauen bestimmt. Die Hilfe konzentriert sich zunehmend auf die ärmsten Länder, wobei etwa ein Drittel der gesamten Hilfeströme der Geber in die am wenigsten entwickelten Länder fließt.

ZIELVORGABE

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konnte Protektionismus dank starker internationaler Zusammenarbeit abgewendet werden

Anteil der aus Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelten Ländern stammenden Erzeugnisse, die in entwickelte Länder zollfrei eingeführt wurden, gesamter zollfreier Zugang und präferenziieller zollfreier Zugang* – 1996-2009 (in Prozent)



* Der Wert des präferenziiellen zollfreien Zugangs errechnet sich aus dem Wert des gesamten zollfreien Zugangs abzüglich aller Erzeugnisse, die im Rahmen der Meistbegünstigungsregelung Zollfreiheit erhalten.

Obwohl zu Beginn der Wirtschaftskrise 2008 ein erneuter Protektionismus befürchtet wurde, konnte eine Rückkehr zu restriktiven Handelspraktiken dank der starken internationalen Ordnungspolitik, die aus dem Gipfeltreffen der Gruppe der Zwanzig (G20) und anderen multilateralen Initiativen hervorging, abgewendet werden. Der präferenziielle Marktzugang, der den am wenigsten entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern gewährt wurde, blieb im Vergleich zu den vorhergehenden fünf Jahren relativ unverändert.

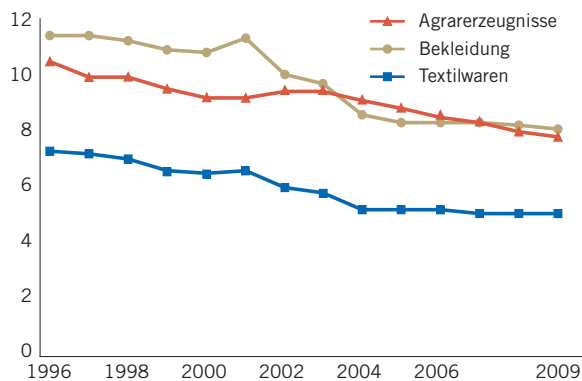
Die weitaus meisten Exporte aus den Entwicklungsländern werden heute zollfrei in die Märkte der entwickelten Länder eingeführt. Der Anteil der zollfreien Einfuhren aus den Entwicklungsländern, die nicht zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählen, ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, und die Anteile beider Gruppen nähern sich mit rund 80 Prozent ihrer Exporte einander an.

Im Hinblick auf den präferenziellen zollfreien Zugang, den die entwickelten Länder gewähren, ist der Unterschied zwischen den am wenigsten entwickelten Ländern und der Gesamtgruppe der Entwicklungsländer sehr groß. Dank des allgemeinen Abbaus von Zöllen auf den entwickelten Märkten werden nun immer mehr Erzeugnisse routinemäßig im Rahmen der Meistbegünstigungsregelungen der Welthandelsorganisation zollfrei eingeführt, und zwar nicht nur Rohstoffe, sondern auch Fertigwaren wie Elektronikgeräte, die unter das Abkommen über Informationstechnologien fallen. Davon haben viele der fortgeschrittenen Entwicklungsländer profitiert. Ohne Meistbegünstigung genossen nur 19 Prozent der Exporte von Entwicklungsländern an entwickelte Länder eine „echte“ Vorzugsbehandlung.

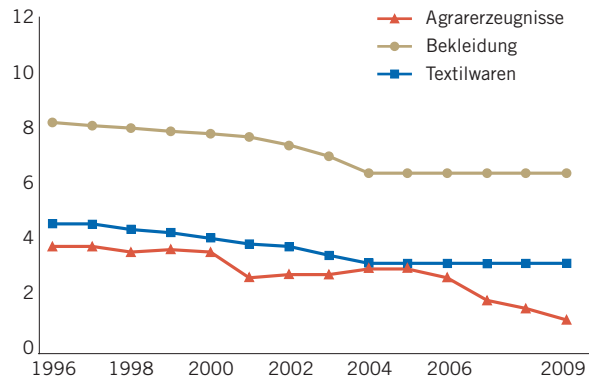
Andererseits ist die echte präferenzielle Zollfreiheit für die am wenigsten entwickelten Länder nach wie vor der Hauptzugangsweg zu den Märkten der entwickelten Länder. Der Anteil ihrer Exporte, der solche Präferenzen genießt, ist im Lauf der Jahre gestiegen und erreichte 2009 53 Prozent. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, die Einfuhrzölle auf Textilwaren und Bekleidung aus den am wenigsten entwickelten Ländern Asiens erheben, haben alle entwickelten Länder für mindestens 97 Prozent der Erzeugnisse aus den am wenigsten entwickelten Ländern zollfreien Marktzugang gewährt.

Die Zölle auf Agrarerzeugnisse aus den Entwicklungsländern sinken weiter, die Zölle auf Textilwaren und Bekleidung bleiben jedoch unverändert

Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus den Entwicklungsländern – 1996-2009 (in Prozent)



Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus den am wenigsten entwickelten Ländern – 1996-2009 (in Prozent)



2009 gingen die angewandten Zölle für Agrarerzeugnisse aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern weiter langsam zurück, während sie für Textilwaren und Bekleidung unverändert blieben. In einer von der Weltwirtschaftskrise geprägten Zeit wurden keine größeren Zollinitiativen ergriffen. Als Triebkräfte des Fortschritts dienten vielmehr einzelne Änderungen, wie die der Europäischen Union in Bezug auf Reis und Zucker.

Seit 2005 folgt die bei den Präferenzzöllen beobachtete rückläufige Tendenz dem Trend bei der Meistbegünstigung, weshalb sich die Präferenzmargen, gemessen als die Differenz zwischen dem Meistbegünstigungszoll und dem besten Zoll für alle Entwicklungs-

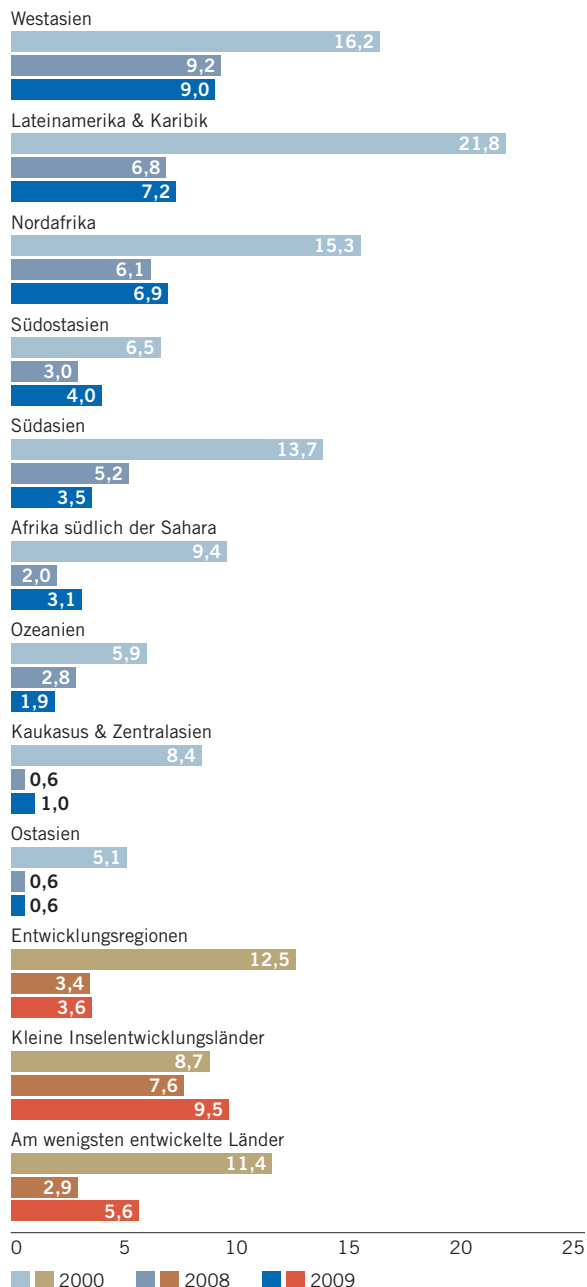
länder, in den letzten fünf Jahren nur marginal verändert haben. Dank der besonderen Vorzugsbehandlung, die den am wenigsten entwickelten Ländern gewährt wird, ist ihre Präferenzmarge höher als die anderer Entwicklungsländer. Diese Präferenzen sind jedoch in dem Maß rückläufig, wie die Zölle in den entwickelten Wirtschaften sinken. Folglich wenden die am wenigsten entwickelten Länder ihre Aufmerksamkeit in letzter Zeit den großen aufstrebenden Volkswirtschaften zu, in denen die Nachfrage wächst und die Meistbegünstigungszölle hoch bleiben (rund 10 Prozent für Rohstoffe und 18 Prozent für verarbeitete Produkte). Die Exporte der am wenigsten entwickelten Länder werden nun zur Hälfte von anderen Entwicklungsländern aufgenommen.

ZIELVORGABE

Die Verschuldung der Entwicklungsländer umfassend angehen

Ein starker Exporteinbruch unterbrach 2009 die rückläufige Tendenz der Schuldendienstquoten der Entwicklungsländer

Höhe des Auslandsschuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen – 2000, 2008 und 2009 (in Prozent)



Die Auslandsschuldenlast eines Landes wirkt sich auf seine Kreditwürdigkeit und seine Anfälligkeit für wirtschaftliche Schocks aus. Ein besseres Schuldenmanagement, die Ausweitung des Handels und erhebliche Schuldenerleichterungen vor allem für die ärmsten Länder haben die Last des Schuldendienstes vermindert. Zwischen 2000 und 2008 sank das Verhältnis von Staatsschuldendienst zu Exporten in den Entwicklungsregionen im Durchschnitt von 12,5 Prozent auf 3,4 Prozent. 2009 gingen die Exporteinnahmen aufgrund der Weltwirtschaftskrise um 21 Prozent zurück, während der Staatsschuldendienst insgesamt ungefähr auf der Höhe von 2008 verharrte. Folglich stieg das Verhältnis von Staatsschuldendienst zu Exporten in allen Entwicklungsregionen außer Südasien, Westasien und Ozeanien und erreichte im Gesamtdurchschnitt 3,6 Prozent. Am deutlichsten waren die Auswirkungen in den kleinen Inselentwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern zu spüren.

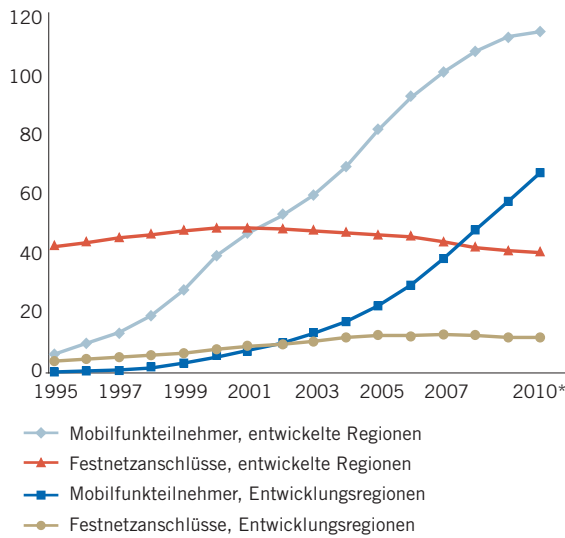
40 Länder erfüllen die Voraussetzungen für eine Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC). Davon haben 36 Länder in dem Prozess die Phase des „Entscheidungspunkts“ erreicht und für künftige Schuldentrückzahlungen Entlastungen in Höhe von 59 Milliarden Dollar (im Nettogegenwartswert von Ende 2009) erhalten; 32 Länder haben nach dem Erreichen ihres „Abschlusspunkts“ zusätzliche Hilfe in Höhe von 30 Milliarden Dollar (im Nettogegenwartswert von Ende 2009) erhalten. Die Schuldenlasten der in die HIPC-Initiative einbezogenen Länder liegen unter dem Gesamtdurchschnitt der am wenigsten entwickelten Länder.

ZIELVORGABE

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Die Welt ist durch mobile, schnelle Kommunikation zunehmend vernetzt

Zahl der Festnetzanschlüsse und Mobilfunkteilnehmer je 100 Einwohner – 1995-2010



* Die Daten für 2010 sind Schätzwerte.

Ende 2010 waren 90 Prozent der Weltbevölkerung mit Mobilfunksignalen versorgt. Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer war auf schätzungsweise 5,3 Milliarden gestiegen, darunter knapp 1 Milliarde Teilnehmer an 3G-Diensten (Diensten der dritten Generation), und mehr als 2 Milliarden Menschen weltweit nutzten das Internet, zunehmend über Breitbandzugang.

Da die steigende Nachfrage nach Informations- und Kommunikationsdiensten mit technologischen Fortschritten, einer wachsenden Infrastruktur und sinkenden Preisen einhergeht, können mehr und mehr Menschen auf der ganzen Welt Anschluss an die Informationsgesellschaft finden. Ende 2010 wurde die Mobilfunkverbreitung auf 76 Prozent geschätzt, und fast jeder Dritte hatte Zugang zum Internet.

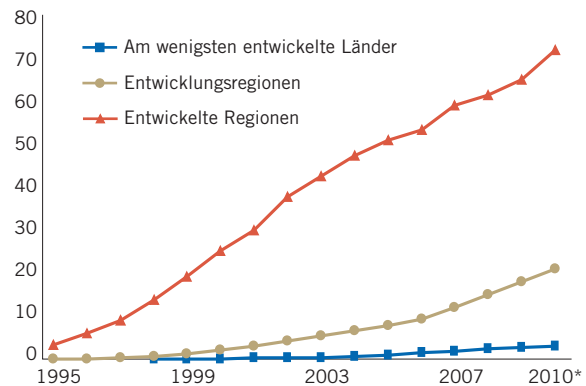
Viele entwickelte Länder erreichen bei der Mobiltelefonie mit einer durchschnittlichen Penetrationsrate von 116 Prozent Sättigungsniveau. Ein anhaltend starkes Wachstum auf diesem Gebiet verzeichnen die Entwick-

lungsregionen, in denen die Mobilfunkverbreitung Ende 2010 bei etwa 68 Prozent lag. Mobilfunknetze bieten vorher nicht vernetzten Regionen alternative Kommunikationsmöglichkeiten. In den am wenigsten entwickelten Ländern etwa beträgt die Mobilfunkpenetration etwa 30 Prozent, die Festnetzversorgung dagegen nur 1 Prozent.

Die mobile Kommunikation ermöglicht nicht nur den Anschluss an grundlegende Fernsprechkdienste für die Bevölkerung entlegener und ländlicher Gebiete, sondern kann durch innovative Anwendungen in Bereichen wie Wirtschaft, Gesundheit und Bildung auch zur Erreichung anderer Millenniumsziele beitragen.

Zwei Drittel der Weltbevölkerung haben noch keinen Internetzugang

Zahl der Internetnutzer je 100 Einwohner – 1995-2010

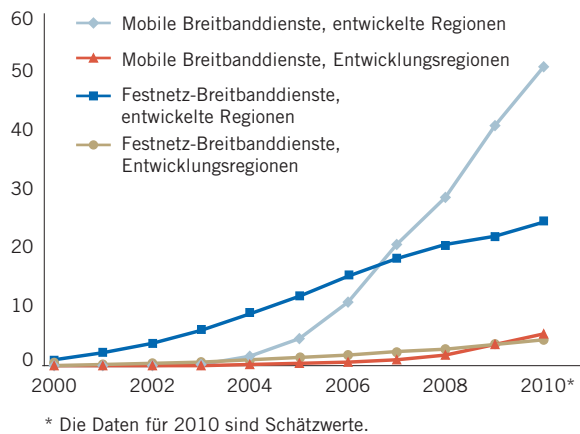


* Die Daten für 2010 sind Schätzwerte.

Die Zahl der Internetnutzer wächst weiter. Die Verbreitungsraten in den Entwicklungsregionen waren Ende 2010 mit 21 Prozent gegenüber den entwickelten Regionen (72 Prozent) jedoch weiterhin relativ niedrig. Weltweit haben zwei von drei Menschen keinen Internetzugang. In den am wenigsten entwickelten Ländern lag die Internetverbreitung Ende 2010 bei gerade einmal 3 Prozent. In absoluten Zahlen sind die entwickelten Regionen von den Entwicklungsregionen überholt worden, in denen 2010 60 Prozent der weltweiten Internetnutzer lebten, während es 2005 40 Prozent waren.

Schnelle Internetverbindungen sind heute weiter verbreitet und bieten vielversprechende Einsatzmöglichkeiten für die Entwicklung

Nutzer von Festnetz-Breitbanddiensten und Nutzer von mobilen Breitbanddiensten je 100 Einwohner – 2000-2010



Einige der Anwendungen und Dienste der Informations- und Kommunikationstechnologie mit dem potenziell größten Nutzen für die Entwicklung werden über Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetze bereitgestellt. Eine wachsende Zahl von Ländern führt nationale Breitbandpläne ein, um mehr Menschen ans Netz zu bringen, doch bestehen beim Breitbandzugang nach wie vor große Unterschiede.

Ende 2010 betrug die Versorgungsquote bei den Festnetz-Breitbanddiensten in den entwickelten Regionen 24,6 Prozent, in den Entwicklungsregionen dagegen lediglich 4,4 Prozent. Außerdem sind die Nutzer von Festnetz-Breitbanddiensten in den Entwicklungsregionen stark auf wenige Länder konzentriert. In der Mehrzahl der am wenigsten entwickelten Länder werden solche Dienste noch immer von sehr wenigen Menschen genutzt und sind unerschwinglich teuer.

Der mobile Breitbandzugang entwickelt sich zu einer echten Alternative zum Breitband im Festnetz. 2010 wurden mobile Breitbanddienste in 143 Ländern kommerziell angeboten, während es 2005 weniger als 50 Länder waren. In den kommenden Jahren wird ein schneller Nachfrageanstieg erwartet, vor allem in den Entwicklungsländern und in Regionen wie Afrika, in denen die Festnetz-Infrastruktur für Endnutzer begrenzt ist.

Noch entfallen zwei Drittel der Nutzer mobiler Breitbanddienste auf die entwickelten Regionen, in denen die Versorgungsquote 2010 die 50-Prozent-Marke überschritt.



Hinweise für den Leser

Messung des Umsetzungsstands der Ziele

Der Umsetzungsstand der acht Millenniums-Entwicklungsziele wird anhand von 21 Zielvorgaben und 60 offiziellen Indikatoren gemessen.¹ Dieser Bericht gibt auf der Basis der im Juni 2011 verfügbaren Daten Rechenschaft darüber, wie weit die Welt bisher bei der Zielverwirklichung gekommen ist.²

Die Frist für die Erreichung der meisten Zielvorgaben läuft 2015 ab. Das Basisjahr für die Fortschrittsmessung ist 1990. Aus den Länderdaten werden subregionale und regionale Aggregate gebildet, die den Gesamtfortschritt im Zeitverlauf aufzeigen. Zwar erleichtern die Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die einzelnen Länderdaten und die Zusammensetzung aller Regionen und Subregionen finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

Grundlagen dieser Analyse

Die in diesem Bericht vorgelegten regionalen und subregionalen Werte werden von Mitgliedern der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele zusammengestellt. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist. Für jeden einzelnen Indikator wurden eine oder mehrere Organisationen zur offiziellen Datenquelle und federführenden Stelle für die Entwicklung von Datenerhebungs- und -analysemethoden bestimmt (eine Auflistung der beitragenden Organisationen findet sich auf der vorderen Umschlagsinnenseite).

Die Daten stammen in der Regel aus amtlichen Statistiken, die die Regierungen den für den jeweiligen Indikator zuständigen internationalen Organisationen übermitteln. Um Datenlücken zu schließen, werden Daten für viele der Indikatoren ergänzend oder ausschließlich aus Erhebungen gewonnen, die von internationalen Organisationen gefördert und durchgeführt werden. Vor allem Gesundheitsindikatoren werden größtenteils aus Mehrfachindikator-Clustererhebungen sowie aus Bevölkerungs- und Gesundheitserhebungen zusammengestellt.

In einigen Fällen verfügen die Länder möglicherweise über aktuellere Daten als die zuständigen Sonderorganisationen oder legen die zur Zusammenstellung des Indikators erforderlichen Daten nicht vor, sodass die zuständigen internationalen Organisationen die fehlenden Werte schätzen. Selbst bei Vorliegen nationaler Daten sind für die internationale Vergleichbarkeit oft Anpassungen notwendig. Daher weichen die Daten aus internationalen Quellen oft von den Daten der einzelnen Länder ab.

Die VN-Statistikabteilung verwaltet die offizielle Website der Sachverständigengruppe (<http://mdgs.un.org>) und deren Datenbank. Im Interesse höherer Transparenz wird farblich kenntlich gemacht, welche Werte in den Länderdatenreihen Schätzungen sind und welche von nationalen Stellen stammen. Die begleitenden Metadaten erklären die Erstellung der

Indikatoren und die für die regionale Aggregation verwendete Methodik im Einzelnen.

Abgleich nationaler und internationaler Daten

Zuverlässige, aktuelle und international vergleichbare Daten zu den Millenniums-Indikatoren sind für die Rechenschaftslegung der internationalen Gemeinschaft ebenso unverzichtbar wie für die Mobilisierung von öffentlicher Unterstützung und Entwicklungsfinanzierung, die wirksame Hilfezuweisung und den Fortschrittsvergleich zwischen den Regionen und Ländern.

Discrepanzen zwischen Datenquellen und Lücken in nationalen Daten haben Bedenken bei Statistikern wie auch Produzenten von Länderdaten ausgelöst, die für denselben Indikator unterschiedliche Werte vorfinden.

Um die nationale und die internationale Überwachung abzugleichen und Unterschiede zwischen den von verschiedenen Stellen innerhalb der Länder und in internationalen Organisationen verwendeten Methoden und Definitionen auszuräumen, wurden mehrere Initiativen eingeleitet. Die Sachverständigengruppe regte einen Dialog zwischen nationalen und internationalen Stellen an, der die Kohärenz der nationalen und internationalen Daten verbessern und die Qualität und Transparenz der Methoden und der produzierten Daten sichern soll, und schulte nationale Statistiksachverständige in mehr als 60 Ländern. Infolgedessen richtet sich die nationale Datenproduktion zunehmend an den international vereinbarten Empfehlungen und Standards aus, und internationale Organisationen verstehen heute besser, welche Daten in den Ländern verfügbar sind und wie sie in Zusammenarbeit mit nationalen Sachverständigen Indikatoren erstellen und schätzen können.

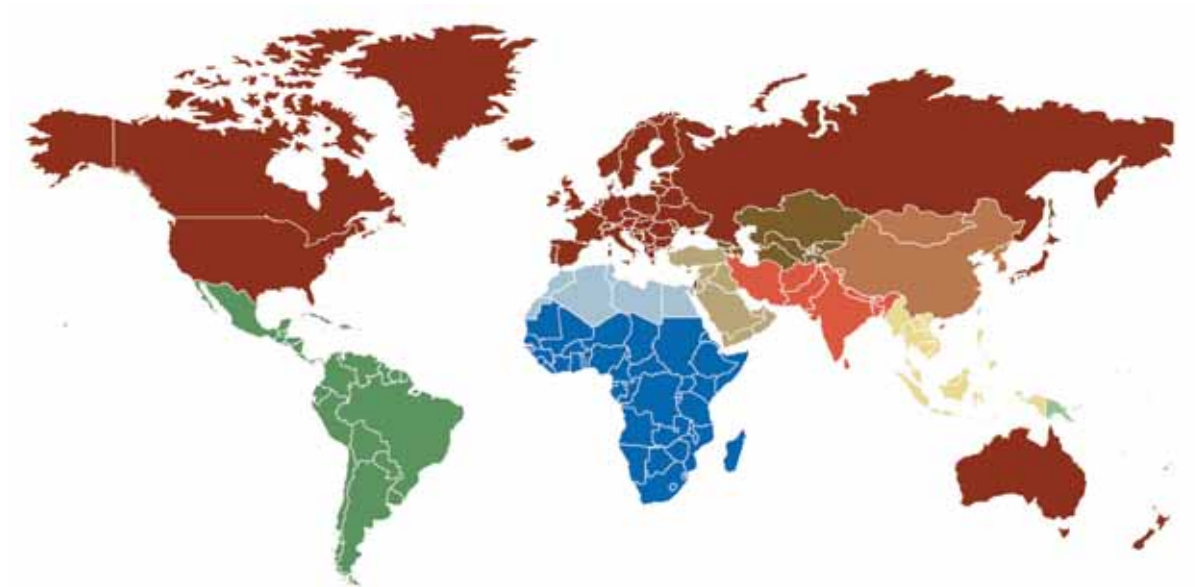
Verbesserung der Überwachungssysteme

Verbesserte Daten und Überwachungsinstrumente sind eine wesentliche Voraussetzung für die Erarbeitung geeigneter Politiken und Maßnahmen, die zur Erreichung der Millenniumsziele notwendig sind. Trotz einiger Fortschritte sind in vielen armen Ländern nach wie vor keine zuverlässigen statistischen Daten zur Beobachtung der Entwicklung vorhanden. Der Aufbau inländischer Kapazitäten zur Erstellung besserer, für die Politik relevanter Daten ist eine gewaltige Aufgabe, die eine verstärkte und gut koordinierte finanzielle und technische Unterstützung seitens der Entwicklungspartner ebenso erfordert wie nationale Eigenverantwortung und Regierungengagement zur Herbeiführung der institutionellen Veränderungen, die den Kapazitätsaufbau langfristig sichern.

Infolge der jüngsten Anstrengungen sind heute bei allen Millenniumszielen mehr internationale Datenreihen für die Trendbewertung verfügbar. 2010 lagen in 119 Ländern für jeweils mindestens zwei Zeitpunkte Daten zu 16 bis 22 Indikatoren vor, während 2003 nur vier Länder eine entsprechende Datenabdeckung aufwiesen. Ermöglicht wurde dies durch den Ausbau nationaler Kapazitäten für neue Datenerhebungsinitiativen sowie für die Erhöhung der Periodizität der Datenerhebung. So stieg die Zahl der Länder mit mindestens zwei Datenpunkten zur Verwendung von Verhütungsmitteln von 50 im Zeitraum 1986-1994 auf 103 im Jahr 2010, während die Zahl der Länder ohne Daten zu diesem Indikator von 106 auf 34 sank.

¹ Die vollständige Liste der Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren findet sich in Deutsch unter: <http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf>
² Angesichts des Zeitabstands zwischen Datenerhebung und -analyse liegen nur für wenige Indikatoren Daten des laufenden Jahres vor. Die meisten Indikatoren beruhen auf Daten aus früheren Jahren – in der Regel bis 2009 oder 2010.

Regionale Gruppen



- Entwickelte Regionen
- Kaukasus & Zentralasien
- Nordafrika
- Afrika südlich der Sahara
- Südostasien
- Ozeanien
- Ostasien
- Südasien
- Westasien
- Lateinamerika & Karibik

In diesem Bericht werden Daten zum Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Ländergruppen vorgelegt. Die Ländergruppen sind unterteilt in die „Entwicklungsregionen“ und die „entwickelten“ Regionen.* Die Entwicklungsregionen wiederum werden in die aus der Karte ersichtlichen Subregionen untergliedert. Diese regionalen Gruppen bauen auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Eine vollständige Liste der Länder jeder Region und Subregion findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

* Da im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs“- und „entwickelte“ Länder oder Gebiete besteht, erfolgt diese Unterscheidung hier lediglich zum Zweck der statistischen Analyse.

Weitere Informationen finden sich in Englisch

auf der Website der VN-Statistikabteilung über die
Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://mdgs.un.org>

auf der VN-Website über die Millenniums-Entwicklungsziele
unter <http://www.un.org/millenniumgoals>

auf der Website der VN-Gruppe für die Millenniums-Kampagne
unter <http://www.endpoverty2015.org>

FOTOS

Deckblatt: © Jonathan Ernst/Weltbank

Vorwort: © Roger LeMoyné/NYHQ2010-0750/UNICEF

Seite 6: © Scott Wallace/Weltbank

Seite 7: © Sara Duerto Valero/UNDESA

Seite 9: © Sara Duerto Valero/UNDESA

Seite 10: © Id No. 443349/VN-Foto

Seite 11: © Tran Thi Hoa/Weltbank

Seite 12: © Martine Perret/VN-Foto

Seite 14: © Kibae Park/VN-Foto

Seite 16: © Tom Pietrasik/NYHQ2009-2174/UNICEF

Seite 20: © Olivier Chassot/VN-Foto

Seite 24: © Sara Duerto Valero/UNDESA

Seite 28: © Isaac/NYHQ2008-0845/UNICEF

Seite 30: © Shehzad Noorani/NYHQ2006-0088/UNICEF

Seite 32: © Olivier Asselin/NYHQ2010-1030/UNICEF

Seite 34: © Masaru Goto/Weltbank

Seite 36: © Isaac/NYHQ2008-0852/UNICEF

Seite 39: © Nesbitt/NYHQ2010-0875/UNICEF

Seite 43: © Masaru Goto/Weltbank

Seite 44: © Arne Hoel/Weltbank

Seite 47: © Nesbitt/NYHQ2010-0849/UNICEF

Seite 48: © Jonathan Ernst/Weltbank

Seite 53: © Curt Carnemark/Weltbank

Seite 57: © Sara Duerto Valero/UNDESA

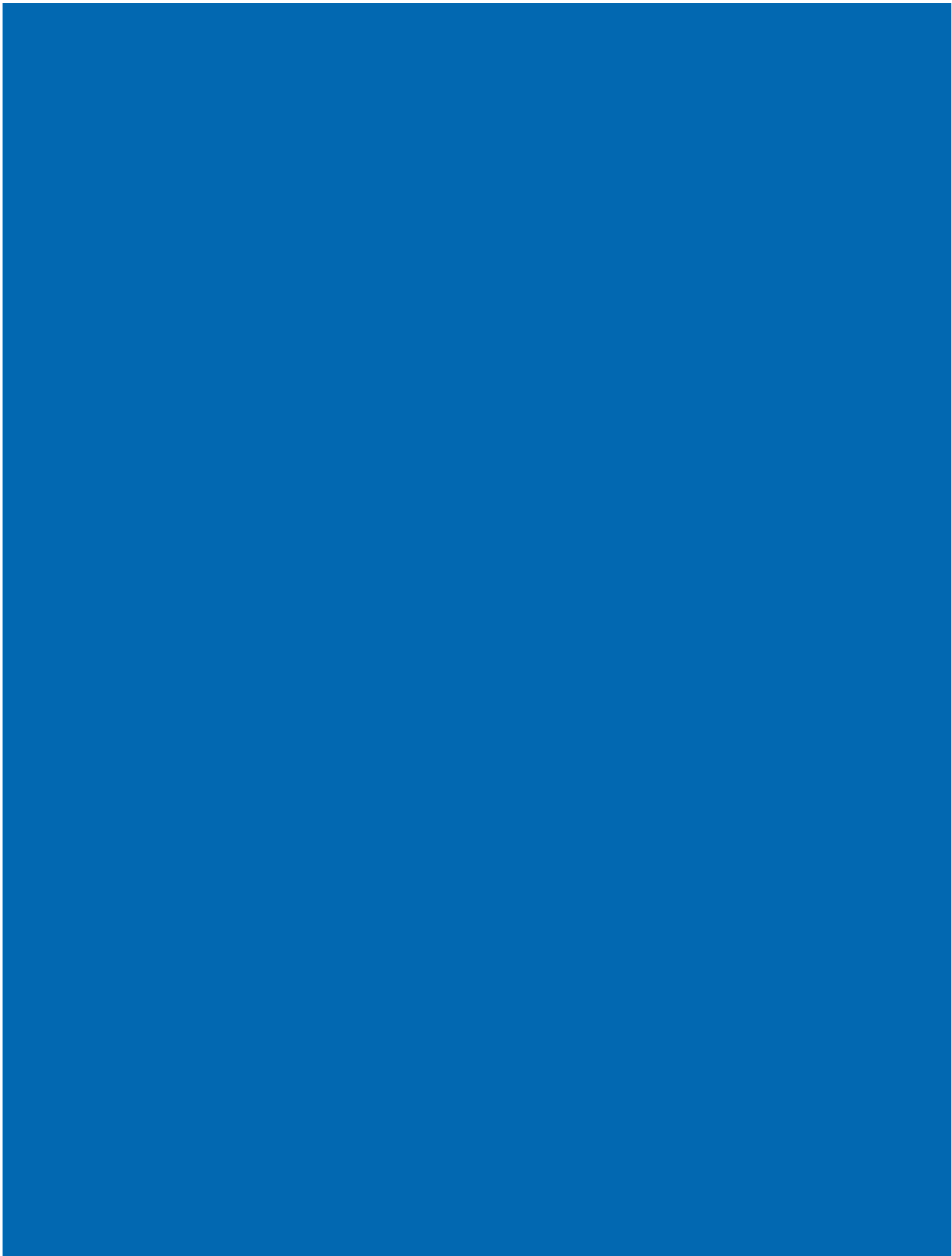
Seite 58: © Charlotte Kesl/Weltbank

Seite 59: © Sara Duerto Valero/UNDESA

Seite 65: © Jonathan Ernst/Weltbank

Redaktion: Lois Jensen

Copyright © Vereinte Nationen, 2011
Alle Rechte vorbehalten.



„In den Jahren bis 2015 müssen wir dafür sorgen, dass die gegebenen Versprechen auch gehalten werden. Gelingt uns das nicht, hätte dies tiefgreifende Folgen: Tod, Krankheit und Verzweiflung, unnötiges Leid und vertane Chancen für Abermillionen von Menschen.“

– VN-GENERALSEKRETÄR BAN KI-MOON